AFRIKA SÜD

Afrika – Asien



Beziehungen auf Gegenseitigkeit?

Inhalt

CHINA – AFRIKA

3 Neue Seidenstraßen
Uwe Hoering zu Chinas Ambitionen in Afrika.

5 Afrika – Beute Chinas
Von Klaus Thüsing.

8 Im chinesischen Schuldenturm
Chinas Rolle bei der Schuldenstopp-Initiative DSSI beschreibt Alex Vines.

10 Die Geschichte der chinesischen Entwicklungshilfe
schildert Marina Rudyak.

13 Teil des gesamten Engagements
Robert Kappel zu chinesischen Migranten auf dem afrikanischen Kontinent.

CHINA – LESOTHO

16 MaChina in Lesotho
für die einen ein Segen, für die anderen ein Ärgernis, meint Brigitte Reinhardt.

CHINA – SAMBIA

19 Widerstand gegen Chinas Präsenz
In Afrika gehört Sambia zu den ältesten Partnern Chinas. Von Abu-Bakarr Jalloh und Fang Wan.

CHINA – MOSAMBIK

21 Wahrnehmungen überbrücken
Chinas Rolle in Mosambik beschreibt Lauren Baker.

JAPAN – AFRIKA

25 Rivalität und imperiale Kontinuitäten
Japan versucht in Afrika, seinem großen Rivalen China auf den Fersen zu bleiben. Von Daniel Düster.

SÜDKOREA – AFRIKA

30 Diplomatie, Handel und Chaebols
Die Afrikapolitik Südkoreas zeichnet Ringo Raupach nach.

NORDKOREA – AFRIKA

33 Strategischer Partner Afrikas
Klaus-Dieter Seidel zur Partnerschaft zwischen einem nahezu weltweit isolierten Staat und Ländern Afrikas.

RUSSLAND – AFRIKA

35 Was hat Russland Afrika zu bieten?
Muhidin Shangwe widmet sich den Fragen nach dem Russland-Afrika-Gipfel in Sotschi von 2019.

38 EU-Russland-Dialog zu Afrika
Aussichten für einen abgestimmten Dialog? Von Alex Vines.

INDIEN – AFRIKA

40 Brückenmacht mit Prinzipien
Indiens Außenpolitik ist gekennzeichnet von Selbstbestimmung und Multiplen Identitäten. Von Anna Balkenhol.

42 Indiens eigener Zugang zu Afrika
Indien will einen Großteil seiner Ressourcen aus Afrika beziehen, schreibt Peter Lanzet.

46 Bollywood und die indische Softpower
Von Kanchana Lanzet.

AFRIKA SÜD-DOSSIER
Afrika und Asien –
Beziehungen auf Gegenseitigkeit?
Bonn, August 2020

Redaktion: Lothar Berger (V.i.S.d.P.), Anna Balkenhol, Daniel Düster, Brigitte Reinhardt, Klaus-Dieter Seidel

Herausgeber:
informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)
Königswinterer Str. 116, D-53227 Bonn
Tel.: 0228-464 369, E-Mail: info@issa-bonn.org
www.issa-bonn.org, www.afrika-sued.org

Titelbild-Gestaltung: Jan Philipp Huss, www.huss-design.de
Layout: Nikolai Link

Gefördert von der Rosa Luxemburg Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Bundesrepublik Deutschland.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht unbedingt den Standpunkt der Rosa Luxemburg Stiftung wieder.



Neue Seidenstraßen

CHINAS AMBITIONEN IN AFRIKA. Die Corona-Pandemie trägt dazu bei, die geopolitische Konfliktlage, in deren Zentrum die Konkurrenz zwischen China und den USA steht, zu verschärfen und neu zu konfigurieren. Verbündete sucht China besonders unter Ländern des Globalen Südens. Und es sieht so aus, als ob Peking in Afrika dafür durchaus gute Karten hat, trotz der durchwachsenen Erfahrungen mit seiner bisherigen Rolle.

Für den Kampf gegen SARS-CoV-2 in Afrika leistete China mit der Lieferung von Schutzkleidung, Tests und Beatmungsgeräten und der Entsendung von medizinischem Personal nicht nur finanzielle, sondern dringend benötigte materielle Unterstützung. Auf multilateraler Ebene verspricht die Regierung in Peking ein neues Hauptquartier für „Africa CDC" (Africa Centres for Disease Control and Prevention, gegründet im Januar 2017), die wichtigste Koordinierungsstelle bei Epidemien wie Corona und Ebola, und 50 Million US-Dollar für die Weltgesundheitsorganisation WHO, mit der sie auch eine Zusammenarbeit an einer „Seidenstraße der Gesundheit" vereinbart hat. Um die „chinesisch-afrikanische Solidarität gegen Covid-19" zu unterstreichen, lud sie Mitte Juni zu einem virtuellen Sondergipfel, bei dem neben einem Dutzend Staats- und Regierungschefs auch Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa, Vorsitzender der Afrikanischen Union, UN-Generalsekretär Antonio Guterres und WHO-Generaldirektor Tedros Ghebreyesus zugeschaltet waren. Für die US-Regierung sind das alles nur Versuche, Chinas Einfluss im globalen Gesundheitssystem auszuweiten.

Die Regierung in Peking braucht Imagepflege und Verbündete. Denn sie steht unter Druck. Die Corona-Krise stellt für ihre ehrgeizigen Ambitionen, die Volksrepublik bis zu ihrem 100. Gründungsjubiläum 2049 zu einer gleichberechtigten Großmacht zu führen, innenpolitisch und wirtschaftlich eine gewaltige Herausforderung dar. Zudem wurde dadurch der geopolitische Konflikt verschärft. Nicht ohne eigenes Verschulden Pekings hat sie US-Präsident Trump ein Narrativ geliefert, um China für die Pandemie, für wirtschaftliche Rezession und menschliches Leid weltweit verantwortlich zu machen. Daraus ist schnell eine weltumspannende Kampagne geworden, die durch die Repression gegen Uiguren in der westchinesischen Provinz Xinjiang, die Niederschlagung der Proteste in Hongkong und die territorialen Ansprüche gegenüber Nachbarn weitere Munition bekommt. Schon sprechen Beobachter wie Henry Kissinger, einst Architekt der Kooperation zwischen China und den USA, vom „Vorfeld eines Kalten Krieges". Und wieder steht Europa zwischen den Fronten.

Süd-Süd-Kooperation

Mit seiner Solidaritäts-Kampagne kann China an eine lange Geschichte der Kooperation anknüpfen. Schon frühzeitig bot es sich als Alternative zu postkolonialen Mächten an. Ein sichtbares und wirksames Symbol dafür waren Infrastrukturprojekte wie die 2000 Kilometer lange Bahnstrecke Tazara (Tanzania Zambia Railway), die in den 1970er-Jahren mit Unterstützung des kommunistischen China gebaut wurde und half, die Abhängigkeit von den Apartheidregimen im südlichen Afrika zu verringern.

So richtig in Schwung kam das Engagement allerdings erst in den 1990er-Jahren mit der zunehmend aktiven globalen Expansion Chinas. Die seit der wirtschaftlichen Liberalisierung 1979 immer stärker gewordene Wirtschafts- und Handelsmacht suchte weltweit Investitionsmöglichkeiten, Absatzmärkte und Zugang zu Ressourcen. Finanzielle Mittel hatte sie als „Werkstatt der Welt" zur Genüge. Als zeitweises Mitglied der in den 1950er entstandenen Bewegung der blockfreien Staaten und selbst Opfer kolonialer Mächte sah es sich an der Seite der unabhängigen Länder des Globalen Südens, als natürlicher Partner für eine gleichberechtigte Süd-Süd-Kooperation. Und mit einer Politik der Nichteinmischung in innere politische Verhältnisse bot Peking eine Alternative zur Dominanz postkolonialer Abhängigkeiten und westlicher „Entwicklungshilfe". Chinas eigener wirtschaftlicher Aufstieg, seine sozialen Erfolge und politische Stabilität lassen es manchen als ein Vorbild für Afrika erscheinen. „Wir betrachten China als ein erfolgreiches Entwicklungsmodell und einen verlässlichen Alliierten beim Kampf gegen Armut und dem Wunsch nach Wohlstand", erklärte beispielsweise Äthiopiens früherer Premierminister Hailemariam Desalegn.

Peking lässt sich die Süd-Süd-Kooperation einiges kosten. Geschätzt wird, dass Afrika etwa die Hälfte von Chinas Auslandshilfe erhält, die allerdings – wie bei anderen Ländern auch – häufig an den Kauf chinesischer Güter und Dienstleistungen gebunden ist. Dazu gehören zum Beispiel nicht-kommerzielle Projekte wie zahlreiche große landwirtschaftliche Ausbildungsbetriebe im südlichen Afrika. Nach offiziellen Zahlen stiegen zudem die Direktinvestitionen zwischen 2008 und 2018 von 7,8 auf 46 Milliarden US-Dollar. Für Afrikas Regierungen sind Kredite chinesischer Entwicklungsbanken wie der China Development Bank und der Exim Bank of China eine willkommene Alternative zu Internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank (AfDB) oder privaten Investoren, deren Finanzierung häufig mit Auflagen und langwierigen Verfahren wie der Prüfung von Umweltauswirkungen verbunden ist.

Ein höchst willkommener Fokus des chinesischen Engagements ist der Infrastrukturbereich, aus dem sich westliche Geber nach der Jahrtausendwende mehr und mehr zurückzogen. Geld und Baukonzerne aus China wurden immer wichtiger, um die „Infrastrukturlücke" zu verringern. Afrikas Nachholbedarf beim Ausbau moderner Infrastruktur erfordert nach Schätzung der AfDB jährlich mindestens 90 Milliarden US-Dollar. Die Belt&Road Initiative (BRI), die 2013 von Chinas Präsident Xi Jinping verkündet wurde und besser bekannt ist als Neue Seidenstraße, brachte weitere Milliarden-Kredite und Investitionen für zahlreiche Hafenprojekte rund um Afrika, den Ausbau des Straßen- und Bahnstreckennetzes, von Energieversorgung und Sonderwirtschaftszonen, für Schulen, Krankenhäuser, Stadien und Regierungsinstitutionen und für symbolträchtige Gebäude wie den Sitz der Afrikanischen Union in Addis Abeba. 2016, so wird geschätzt, lag der Umsatz chinesischer Bauunternehmen im Afrika 25 mal höher als die chinesischen Investitionen. Staatliche Unternehmen wie die China Communication Construction Company (CCCC) oder die China Harbour Engineering Company CHEC) bieten Planung, Finanzierung, Bau und Management aus einer Hand.

Außerdem lockte Afrikas gewaltiger Ressourcenreichtum, verfügt China doch nicht über ausreichende Rohstoffvorkommen für seinen rapiden Wirtschaftsaufschwung, abgesehen von Ausnahmen wie Kohle und Seltene Erden. Mit Finanzierungskonzepten wie dem „Angola-Modell", bei dem der Kredit mit Rohöl abbezahlt wird, machten chinesische Unternehmen der westlichen Vorherrschaft bei der Plünderung Konkurrenz. Dafür scheuten chinesische Investoren auch nicht vor Ländern mit hohen politischen Risiken oder schwierigen logistischen Bedingungen zurück. Mit Angola, Nigeria und Sudan wurde Afrika zum zweitgrößten Rohöllieferanten nach dem Mittleren Osten. Kurzzeitig versuchten sich chinesische Unternehmen auch als Agrarinvestoren, nachdem 2007/2008 die spekulativen Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel Chinas Ernährungssicherheit gefährdeten. Doch viele Großprojekte scheiterten, sodass China im Gegensatz zu landläufiger Meinung beim Landgrabbing in Afrika weit hinter den USA und Großbritannien rangiert.

Durchwachsene Bilanz

Das Engagement zahlte sich aus. Politisch erkaufte sich Peking damit wachsende internationale politische Unterstützung, etwa für seine „Ein-China-Politik", die Isolierung Taiwans. Für viele Regierungen bot China eine willkommene Alternative zu westlicher Finanzierung, leicht zugänglich und – auch politisch – zu günstigen Konditionen, häufig für die Finanzierung von Prestigeprojekten.

Aber auch wirtschaftlich war es im großen Ganzen ein Gewinn. Für China bieten diese Projekte die Möglichkeit, um Überkapazitäten wie bei Kohle, Zement, Aluminium und Stahl abzubauen, für seine Technologie zu werben und neue

Absatzwege zu erschließen. Im Gegenzug für Rohstoffe wie Erdöl, Eisenerz und Mineralien wurde Afrika zum Absatzmarkt für Konsumgüter. Bis 2014 stieg das Handelsvolumen auf 210 Milliarden US-Dollar, bereits 2009 rutschten die USA als Handelspartner auf Platz 2. Knapp ein Fünftel aller Importe für den afrikanischen Kontinent kommen inzwischen aus China, chinesische Händler sind längst im kleinsten Marktflecken anzutreffen. Viele chinesische Vertragsarbeiter blieben und gründeten mit ihren Ersparnissen Dienstleistungsunternehmen, Baufirmen und Betriebe – ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Mit seinem Engagement gewinnt China zwar die Unterstützung durch Regierungen, bietet aber auch vielfältige Angriffsflächen für Kritik und teils heftige Ablehnung. Die Importe verdrängen teilweise einheimische Produktion. Qualitätsmängel importierter Billigware, Korruption und Intransparenz bei der Vergabe von Aufträgen und der Kreditaufnahme, wirtschaftlich unsinnige Projekte und die Beschäftigung chinesischer Arbeitskräfte schüren Unmut und Proteste. Die wachsende Zahl von Chinesen, die inzwischen auf ein bis zwei Millionen geschätzt wird, ruft auch anti-chinesische Stimmungen hervor.

AFRIKA – BEUTE CHINAS

Unser Blick auf die Welt ist eurozentrisch – und damit einseitig. Ein Buch kann unsere Weltsicht verändern: Das 2019 erschienene Werk des in Indien geborenen Politikwissenschaftlers Pararg Khanna: „Unsere asiatische Zukunft". Aus Sicht Chinas ist die angestrebte Rolle, führende Wirtschafts-, Handels- und Militärmacht der Welt zu werden, eine überfällige Korrektur der Geschichte, die Beherrschung der Welt durch die Europäer nur ein kleine Zwischen-Episode. Die wachsende Macht Chinas, aber auch anderer asiatischer Staaten wie Indien, ist nicht mehr zu übersehen und wird in den Medien zur Kenntnis genommen.

Übersehen wird allzu oft, mit welchem System wir es in China zu tun haben: Einer Einparteiendiktatur mit dem auf Lebenszeit gewählten Präsidenten Xi Jinping. Das System nennt sich kommunistisch, aber die Lehren von Marx sind nicht erwünscht. Übrig geblieben vom Kommunismus sind die Techniken der Unterdrückung und Gewaltausübung von Lenin, Stalin und Mao Zedong, der zunehmend den Status eines Überirdischen bekommt. Ideologisch wird zunehmend und missbräuchlich an die Harmonielehre des Konfuzius (551-479 v.u.Z.) als Grundlage staatlichen und individuellen Handelns angeknüpft, nach der der Mensch dann edel ist, wenn er in Harmonie nicht nur mit seiner Umwelt, sondern vor allem mit der zentralen Harmonie, also dem Staat, lebt. Daraus folgt, dass individuelle Freiheitsrechte die Harmonie stören, dass es eine Opposition nicht geben darf und damit auch keine Pressefreiheit. Die Menschenrechte sind ein Ausfluss dekadenten westlichen Denkens. Der Konflikt um Hongkong legt all das zutage.

Außenpolitisch folgt aus diesem Staats- und Gesellschaftsverständnis und dem historischem Bewusstsein, dass die Rolle Chinas als führende Macht der Welt wiederhergestellt werden muss, eine aggressive Außenpolitik, die sich ausschließlich an den Interessen Chinas orientiert. Dabei hat Afrika für China eine deutliche Priorität mit seinen Bodenschätzen, seinen großen landwirtschaftlichen Ressourcen, seiner riesigen ungenutzten Arbeitskraft. Zudem ist der Zugang leicht wegen der schwachen und überwiegend korrupten Regierungen: Eine leichte Beute für China, das den Ländern Afrikas große Infrastrukturprojekte anbietet und einen Modernisierungsschub verspricht, der in eine blühende Zukunft führen soll.

Die Folge ist eine gigantische Verschuldung vieler afrikanischer Staaten gegenüber China. Bezahlt werden können diese Schulden nur mit den Ressourcen der Länder: Erdöl, Bodenschätzen, Holz, Land. Wer darüber aber bestimmt, bestimmt weithin auch die Politik. Ein Blick in die regelmäßig stattfindenden „Gipfeltreffen für die Zusammenarbeit von Afrika und China" (FOCAC) ist aufklärend: Oben auf dem Podium steht der chinesische Präsident, unten sitzen die afrikanischen Staatsführer wie gelehrige Schüler.

Auch ideologisch versucht China die jungen afrikanischen Eliten an sich zu binden. An nahezu allen Universitäten Afrikas werden „Konfuzius-Institute" gegründet. Über diese Kulturinstitute werden Tausende von Stipendien vermittelt, damit die junge Elite Afrikas in China lernt, den chinesischen Weg für den einzig richtigen zu halten. Es ist nicht zu übersehen: Die Staaten Afrikas werden immer mehr zu Klientel-Staaten Chinas. Befreien können sich die Länder Afrikas aus dieser neuen Abhängigkeit nur selbst. Europa kann auf Wunsch höchsten helfen.

Klaus Thüsing

Der Autor ist Politikwissenschaftler; ab 1988 für 17 Jahre Landesdirektor des DED in Kenia, Ghana, Botswana, Lesotho und Südafrika.

Immer wieder kommt es zu Konflikten wie im Kupferbergbau in Sambia, wo es gewaltsame Konfrontationen zwischen Belegschaft und chinesischem Management gab, oder Rückschläge wie in Kenia, wo ein großes Kohlekraftwerk nahe der kenianischen historischen Küstenstadt Lamu aus Umweltgründen gerichtlich gestoppt wurde. Aufgrund von Zweifeln an ihrer Wirtschaftlichkeit wurden geplante Bahnstrecken wie die Verlängerung der prestigeträchtigen Verbindung zwischen Nairobi und dem Hafen Mombasa aufgeschoben. Und vorwiegend westliche Medien, Entwicklungsexperten und Regierungsvertreter klagen, dass das chinesische Engagement, das die eigene wirtschaftliche und politische Vormachtstellung zunehmend bedroht, Entwicklungsansätze mit dem Fokus auf politischen und institutionellen Reformen, Menschenrechten und Demokratisierung untergraben würde.

Neue Perspektiven

Verglichen mit Zentralasien und Südostasien blieben die chinesischen Aktivitäten in Afrika dennoch gering. Mit der Amtsübernahme von Präsident und Parteichef Xi Jinping 2012 und der Belt&Road Initiative zeichnet sich aber eine Neuausrichtung von Pekings wirtschaftlichen Plänen für Afrika ab. Beim 7. Gipfeltreffen des Forums für die Zusammenarbeit von Afrika und China (FOCAC) in September 2018 in Beijing versprach Xi weitere 60 Milliarden US-Dollar Hilfsgelder, Investitionen und Kredite für einen umfassenden Aktionsplan – der in seinen Grundzügen BRI ähnelt. FOCAC bietet afrikanischen Regierungen eine weitere Alternative zu ihren Beziehungen zu westlichen Ländern und zu den in vielen Ländern ungeliebten „Economic Partnership Agreements", mit denen die Europäische Union eine weitere Öffnung für Investoren aus Europa erreichen will. Zudem ist die Zahl der afrikanischen Länder, die Vereinbarungen über die Kooperation im Rahmen des Multi-Milliarden-Programms BRI abgeschlossen haben, auf 40 gestiegen, von Tunesien bis Südafrika, das als BRICS-Partner (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) einen besonderen Status genießt, von Äthiopien bis Senegal, das als Chinas Tor nach Westafrika gilt.

BRI ist ein zentraler Pfeiler der Bestrebungen der Regierung unter Xi Jinping, um China – wie zur Zeit der historischen Seidenstraßen – wirtschaftlich und politisch wieder als Großmacht zu etablieren. Pendant dazu ist die Modernisierungsstrategie „Made in China 2025", die China von einem vorwiegend exportorientierten Produktionsstandort zu einer globalen High-tech-Großmacht machen soll. Diese Ambitionen, so die Einschätzungen, verfolgt die Regierung gegenwärtig zunehmend selbstbewusst, um nicht zu sagen aggressiv – sowohl innenpolitisch, beispielsweise repressiv in Xinjiang und gegenüber Hongkong, als auch militärisch-konfrontativ zur Bekräftigung territorialer Ansprüche auf Taiwan und in den Gewässern Südostasiens.

Schlüsselbegriffe für die Abkehr von der bisherigen Strategie, die China verbreitet den Vorwurf eingebracht hatte, den Kontinent mit Bergbau, Landgrabbing und dem Absatz billiger Konsumgüter nur auszubeuten, lauten „Kooperation im industriellen Bereich" und „strategische Komplementarität". Das treibt die Verlagerung arbeitsintensiver Industrien, die Erschließung neuer Märkte und den Zugang zu Ressourcen wie Platin und Chrom, wichtige Exportprodukte für Südafrika, Kobalt oder Kupfer, die für Grüne Energien und eine digitalisierte Industrie 4.0 erforderlich sind, durch weiteren Infrastrukturausbau und Investitionen voran – und die Hoffnungen auf einen Industrialisierungsschub.

Schwerpunkte sind bislang Ostafrika und Mosambik, Sambia und Simbabwe. Afrikas Ostküste hat einen direkten Anschluss an die „Maritime Seidenstraße", den Seeweg von China durch den Indischen Ozean und den Suez-Kanal nach Europa. Sie verbindet die im Rahmen von BRI in Asien ausgebauten Verkehrsverbindungen mit denen in Afrika. Angesichts gestiegener Löhne in China wird eine Verlagerung, beispielsweise in der Textil- und Lederverarbeitung, in Ländern wie Äthiopien mit den niedrigsten Löhnen weltweit attraktiv. Ein Vorzeigemodell sind die Sonderwirtschaftszonen bei Addis Abeba mit Fabriken von Huajian, einem der größten Schuhexporteure Chinas. In Südafrika kaufen sich chinesische Investoren in Bergbauunternehmen wie Palabora ein und wollen für 10 Milliarden US-Dollar einen riesigen Hüttenwerkskomplex errichten. Simi Technologies in Uganda exportiert Handys nach Marokko, Mobiltelefone aus der Transsion-Fabrik in Äthiopien haben einen Marktanteil von mehr als 50 Prozent. Ein McKinsey-Report von 2017 schätzt, dass die inzwischen rund 10.000 größeren chinesischen Unternehmen einen Anteil von 12 Prozent an Afrikas Verarbeitungsindustrie haben.

Die Krise als Chance

Durch die Corona-Krise erlitten die Pläne einen Rückschlag. Die wirtschaftliche Rezession in China und auf dem Kontinent führte dazu, dass Projekte verzögert oder ganz eingestellt wurden. Schlimmer noch war der Imageschaden durch die verbreiteten, als rassistisch empfundenen behördlichen Maßnahmen und Diskriminierungen gegen die zahlreichen Afrikanerinnen und Afrikaner in Guangzhou und anderen chinesischen Städten, deren Zahl auf eine halbe Million geschätzt wird. Es gab Demonstrationen, Boykottaufrufe, Kritik von Regierungsvertretern. Nigerianische Behörden lehnten medizinische Hilfen ab, weil sie sich bevormundet sahen. Der verbreitete Eindruck, dass Chinas Engagement und verstärkt die Belt&Road Initiative vorrangig von eigenen Interessen und weniger von Süd-Süd-Solidarität

geprägt werden, wurde verstärkt. Investitionen und Diplomatie von Jahrzehnten schienen plötzlich vergeblich gewesen zu sein.

Gleichzeitig gibt es auf beiden Seiten starke Interessen für ein weitere und engere Zusammenarbeit. Politisch sucht Peking Verbündete gegen die konzertierte Kritik an seiner expansiven und zunehmend aggressiven Politik in Asien, und setzt dafür nicht nur „Masken-Diplomatie" ein. Der Handelskrieg mit den USA und die durch die Corona-Krise aufgeworfenen Bestrebungen europäischer und anderer westlicher Industrieländer, sich von China in Schlüsselbereichen wie Medizinindustrie und Digitalisierung wirtschaftlich unabhängiger zu machen, könnten die „strategische Komplementarität" intensivieren. Das im Mai vergangenen Jahres abgeschlossene „African Continental Free Trade Agreement" (ACFTA), für dessen Zustandekommen China als wichtiger Motor gilt, eröffnet die Chance, nach der Überbrückung der Infrastrukturlücke nun andere Handelshindernisse wie Zölle, Tarife und Bürokratie zu verringern, die als wesentliche Hürden für Afrikas wirtschaftliche Integration und Wachstum gelten.

Auch von Seiten Afrikas besteht ein starkes Interesse an einer Vertiefung der Zusammenarbeit – und sei es als Gegengewicht zu westlichen Zumutungen und Offerten, die durch Interessen an Migrationskontrolle geprägt sind. Der Internationale Währungsfonds IMF schätzte Ende Juni, dass das Bruttosozialprodukt (GDP) in den Ländern Südlich der Sahara aufgrund der Coronakrise und gesunkener Rohstoffpreise in 2020 um mindestens 3,2 Prozent sinken wird. Länder wie Angola, Nigeria und Südafrika würden frühestens in drei bis vier Jahren wieder positive Wachstumsraten erreichen. Chinesische Investitionen und Angebote, als Antwort auf Covid-19 den Gesundheitsbereich zu digitalisieren, versprechen einen Einstieg in einen Modernisierungsschub – mit dem Nebeneffekt, wie in China staatlich-autoritäre Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten ausbauen zu können. Dass diese Interessenkonvergenz erfolgreich sein kann, zeigte sich beim „Solidaritäts-Gipfel" Mitte Juni: In der Abschlusserklärung heißt es, Afrika „unterstützt Chinas Position zu Taiwan" und die Maßnahmen in Hongkong „zum Schutz der nationalen Sicherheit".

Überschuldungskrise

Zu einer Nagelprobe für die weiteren Beziehungen wird die neue Überschuldungskrise, die durch die Pandemie verschärft wird. In vielen Ländern mit geringen Staatseinnahmen wird zwei bis vier mal so viel für den Schuldendienst wie für die Gesundheitsversorgung ausgegeben. Weltweit werden Forderungen nach Schuldenerleichterung laut. Auch wenn die Schuldenprobleme überwiegend durch andere Gläubiger verursacht wurden, kann sich China, das in den vergangenen Jahren zum größten bilateralen staatlichen Gläubiger der Länder des Globalen Südens geworden ist, der Forderung nicht entziehen, zumal es bereits mit dem Vorwurf konfrontiert ist, BRI betreibe „Schuldenfallen-Diplomatie" und sei neokolonialistisch.

Wie viel und zu welchen Konditionen afrikanische Länder chinesischen Gläubigern schulden, ist nicht transparent. Geschätzt wird, dass China um die 20 Prozent der Schulden, die auf insgesamt zwischen 130 und 195 Milliarden US-Dollar geschätzt werden, hält. Ähnlich sein Anteil am Schuldendienst, wenn man vom Großschuldner Angola absieht. Aktuell ist die Verschuldung bei chinesischen Gläubigern allerdings nur für wenige Länder problematisch, errechnet das Forschungsinstitut CARI. Erstmalig beteiligte sich Peking an einer multilateralen Initiative, dem Beschluss der G20-Länder, Zinszahlungen und Tilgungen für bilaterale Kredite für 77 einkommensschwache Länder, darunter 40 in Afrika, bis Ende 2020 auszusetzen (vgl. nachfolgenden Beitrag von Alex Vines) – ein erster, eher kleiner Schritt. Afrikanische Regierungsvertreter verlangen aber nicht nur kurzfristige, selektive und bilaterale Erleichterungen, sondern eine substanzielle Um- und Entschuldung.

Peking befindet sich dabei in einer Zwickmühle: Einerseits zögert es, solange die Internationalen Finanzinstitutionen und vor allem westliche Banken und Konzerne nicht an einer substanziell weitreichenden Umschuldung beteiligt sind. Zudem verfügt auch China nicht über unbegrenzte Finanzmittel und muss innenpolitisch Rücksicht nehmen auf Kritik, dass zu viel Geld für fragwürdige Projekte und korrupte Regierungen vergeudet wurde, das im Land selbst dringend benötigt wird. Andererseits würde Großzügigkeit politisch Sinn machen und die Süd-Süd-Solidarität unterstreichen.

Im neuen Wettlauf um Afrika zwischen den USA, der Europäischen Union und China und der Neuordnung geopolitischer Einflussbereiche hat China anscheinend die besseren Karten, zumal die Trump-Regierung gegenwärtig das Engagement herunterfährt: Peking hat bereits viel investiert, ist wirtschaftlich und politisch gut verankert, und afrikanische Regierungen brauchen rasche Unterstützung, die eher China liefert – und das ohne viele Fragen oder Konditionen. Ein Spitzendiplomat der Afrikanischen Union prognostiziert daher, „was China betrifft, sehe ich kaum langfristige Probleme".

Uwe Hoering

Der Autor, Dr. rer. pol., ist Politikwissenschaftler, freier Autor und hat im Sommer 2018 das Buch „Der Lange Marsch 2.0" (VSA: Verlag, Hamburg) über die Neuen Seidenstraßen veröffentlicht. Er ist Vorstandsmitglied der Stiftung Asienhaus in Köln und betreibt den Weblog www.globespotting.de.

Im chinesischen Schuldenturm

CHINAS ROLLE BEI DER SCHULDENSTOPP-INITIATIVE DSSI. Afrika durchlebt aufgrund der Auswirkungen von Covid-19 die erste kontinentweite Rezession seit 25 Jahren. Im südlichen Afrika spielen die gesundheitlichen Auswirkungen der Pandemie noch immer eine Rolle, aber die Schwere des wirtschaftlichen Einbruchs liegt angesichts einer Rezession in den meisten Ländern bereits zutage. Viele Staaten des südlichen Afrika befanden sich bereits vor Covid-19 in wirtschaftlicher Bedrängnis – Angola, Mosambik, Sambia und Simbabwe, zum Teil aufgrund einer nicht tragbaren Schuldenlast gegenüber China. Angola ist in dieser Hinsicht für Peking von besonderer strategischer Bedeutung, da es nicht nur eine massive Verschuldung gegenüber China auf sich genommen hat, sondern 2019 auch der viertgrößte Exporteur von Öl nach China war (72 Prozent aller Ölexporte Angolas).

Die Covid-19-Krise hat die afrikanische Verschuldung und ihren Erlass wieder an die Spitze der internationalen Agenda getrieben, obwohl diesmal ein Großteil der Schulden bilateralen, nicht-zinsvergünstigten oder kommerziellen Ursprungs ist. Im April haben der Entwicklungsausschuss der Weltbank und die G20-Finanzminister die Initiative zur Aussetzung des Schuldendienstes (Debt Service Suspension Initiative, DSSI) befürwortet, an der 40 der am wenigsten entwickelten Länder Afrikas (LDCs) beteiligt sind. Diese multilaterale G20-Initiative, die auch vom Weltwährungsfonds IWF und den G7 unterstützt wird, sieht keine Verringerung des gegenwärtigen Nettoschuldenwerts vor, setzt aber die Zinszahlungen und Tilgungen bis zum 31. Dezember 2020 aus. Außerdem drängt vor allem die Weltbank auf eine Verlängerung der DSSI um ein weiteres Jahr. Von besonderer Bedeutung ist, dass sich China zum ersten Mal dieser Erklärung zum Schuldennachlass angeschlossen hat, anstatt parallel seinen eigenen Weg zu gehen.

Auch der Pariser Club der Gläubiger hat sich auf eine Absichtserklärung geeinigt, die das DSSI-Prinzip unterstützt, und macht Vorschläge, wie dies in überarbeitete Darlehensverträge umgesetzt werden kann. Ferner hat man versucht, sich mit Gläubigern außerhalb des Pariser Clubs wie China zu koordinieren, jedoch mit unterschiedlichen Ergebnissen.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Schuldenstopp-Initiative denjenigen, die sich an ihr beteiligen, erhebliche Einsparungen bringen wird, so dass diese Staaten ihre Ressourcen auf die Bekämpfung der Pandemie konzentrieren können. Nach Angaben des IWF werden neun Staaten innerhalb der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) davon profitieren (s. Tabelle):

Nicht alle SADC-Staaten kommen für die DSSI in Frage, da sie nicht zu den von der UNO anerkannten LDC-Ländern gehören (Botswana, Eswatini, Seychellen, Mauritius, Namibia und Südafrika) oder sich geweigert hatten, den LDC-Status zu akzeptieren, wie Simbabwe.

Zwei SADC-Staaten haben einen Schuldenstand, der höher ist als die Größe ihrer Volkswirtschaften (Angola und Mosambik), und insgesamt vier geben mehr als 10 Prozent ihres Gesamtschuldenwertes für den Schuldendienst aus (Mauritius, Angola, Südafrika und Botswana). Daneben gibt es eine Reihe von Ländern, die mehr als ein Drittel ihrer Schulden bei privaten Gläubigern haben – bei Mauritius und Sambia macht dies mehr als 40 Prozent der Gesamtschulden aus. Weitere drei Länder des südlichen Afrikas befinden sich in einem Zustand der Überschuldung oder tragen ein hohes Risiko hineinzugeraten. Der Anteil chinesischer Kreditvergabe an diese Länder ist bereits signifikant (Mosambik 18 Prozent; Sambia 26 Prozent und Simbabwe 25 Prozent).

Sonderfall Angola

Chinas Schuldendiplomatie gegenüber Angola ist besonders aufschlussreich hinsichtlich Pekings Herangehensweise. 34 Prozent aller chinesischen Schulden für alle 72 LDCs entfallen auf Angola (19 Mrd. US-Dollar) und Pakistan (16 Mrd. US-Dollar). Angolas Gesamtverschuldung im Verhältnis zum BIP liegt derzeit bei über 100 Prozent, und der Schuldendienst Angolas allein verzehrt jährlich neun Mrd. US-Dollar. Fast die Hälfte des gesamten Schuldendienstes entfällt auf China und chinesische Gläubiger, nach Angaben der Zentralbank Angolas sind dies 45 Prozent der Auslandsschulden des Landes oder 22,4 Mrd. US-Dollar. Angola hätte nach Angaben des IWF und der Weltbank ein Einsparpotenzial von 3,4 Mrd. Dollar.

Aus diesem Grund schloss sich Angolas Präsident João Lourenço im April einer Gruppe von 19 afrikanischen und europäischen Staatsführern (darunter Deutschland, Frankreich, Italien sowie Kenia und Südafrika) an und unterzeichnete ein Dokument, in dem aufgrund der Covid-19-Pandemie ein Schuldenmoratorium und die Gewährung von Programmen zur Wirtschafts- und Gesundheitsförderung gefordert wird. Chinas Schuldenmanagement gegenüber Angola (und Pakistan) war ein Hauptgrund dafür, dass Peking die DSSI unterstützt und sich insbesondere dafür einsetzte, dass Angola der Initiative beitritt und der LDC-Status als Teilnahmekriterium akzeptiert wurde (da die Weltbank Angola als

Staat mit niedrigerem mittleren Einkommen einstuft).

Im Juni beantragte Angola offiziell die Teilnahme am DSSI und arbeitete mit den wichtigsten Gläubigerländern an der Anpassung seiner Schuldenfinanzierungsfazilitäten. Die Neuverhandlung Angolas über die Bedingungen der Rückzahlung seiner ölgestützten Darlehen an China und insbesondere die Dauer eines Tilgungsmoratoriums ist undurchsichtig. China hatte sich stark dafür eingesetzt, dass Angola der DSSI beitritt, hat aber keine Einzelheiten seiner eigenen Verhandlungen vorgelegt, die offenbar zu einer Übereinkunft über ein dreijähriges Moratorium für Zinszahlungsraten geführt haben. China scheint auch eine Entschädigung gefordert und eine langfristige Konzession für die strategisch wichtige Bahnlinie bzw. die Hafenanlagen in Benguela vorgeschlagen zu haben. Dies wurde allerdings von der angolanischen Regierung abgelehnt, die zusätzliches Anteilskapital an Offshore-Blöcken zur Ölforderung anbot. Es bleibt unklar, ob dies für Peking von Interesse war und wie die endgültigen Vereinbarungen aussehen.

Die angolanische Schuldenlast gegenüber China hat dazu geführt, dass sich die Regierung Lourenço Peking wieder mehr angenähert hat. Die Verhandlungen zeigten auch die offizielle Zweideutigkeit Pekings in der Frage, wie auf die wachsenden Schulden der LDC ihm gegenüber reagiert werden soll. Die Billigung des G20-Gipfels deutet auf die Einhaltung der koordinierten multilateralen Ansätze des Pariser Clubs hin, aber der Fall Angolas zeigt auch, dass China durch bilaterale und oft undurchsichtige Verhandlungen maximale Vorteile anstrebt. So erklärte David Malpass, Präsident der Weltbankgruppe, nach einem virtuellen Treffen der G20-Finanz- und Notenbankgouverneure am 18. Juli 2020: „Damit die DSSI ihre volle Wirkung entfalten kann, sollte es einen standardmäßigen Mindestbestand an Informationen zur Schuldenstrukturierung geben. Auf diese Weise werden die geheimen Umschuldungen vermieden, die in einigen Ländern wie Angola und Laos im Gange sind, oft mit ungenannten tilgungsfreien Zeiten und Bedingungen. Diese Zersplitterung benachteiligt andere Gläubiger und die Menschen im Schuldnerland."

Chinas Charme-Offensive

Im Juni hatte der chinesische Präsident Xi Jinping auf dem außerordentlichen China-Afrika-Gipfel zu Solidarität gegen Covid-19 erklärt, dass die chinesischen Finanzinstitutionen die DSSI-Initiative unterstützen und die afrikanischen Länder „nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen konsultieren sollten, um Vereinbarungen für kommerzielle Kredite mit staatlichen Garantien auszuarbeiten". Fünf Prozent der derzeitigen chinesischen Darlehen an die LDCs sind zinslos, und China hatte bereits 2020 seine Absicht signalisiert, einigen afrikanischen Ländern, die im Rahmen der bestehenden Verpflichtungen des China-Afrika-Kooperationsforums (FOCAC) zinslose Darlehen erhielten, einen Schuldenerlass zu gewähren. China bereitet sich auch auf den nächsten FOCAC-Gipfel vor, der für 2021 in Dakar geplant ist, und möchte dies zu einem Vorzeigeprojekt für die wirtschaftliche Erholung nach Covid-19 machen und China als bevorzugten Partner in Afrika präsentieren.

Im gesamten südlichen Afrika werben chinesische Diplomaten aggressiv für die Pekinger Antwort auf die Covid-19-Ausbreitung, preisen die Spenden von medizinischer Ausrüstung an und versprechen zusätzliche Unterstützung und Investitionen. Trotz der Auswirkungen der Geopolitik, die schlechter werdende Beziehungen zu den westlichen Ländern mit sich bringen, wächst der Druck auf China, sich konsequenter mit der DSSI auseinanderzusetzen, insbesondere durch die Offenlegung der Bedingungen für die Neuverhandlung seiner Darlehen mit Ländern wie Angola.

Afrikas Gläubigerlandschaft verändert sich, da neben den multilateralen und traditionellen bilateralen Gläubigern auch neue Marktteilnehmer wie China und private Gläubiger hinzukommen. Die Covid-19-Krise hat gezeigt, dass die derzeitige internationale Schuldenarchitektur umstrukturiert werden muss, und DSSI und seine Leistungen im südlichen Afrika könnten dazu ein Schritt in die richtige Richtung sein.

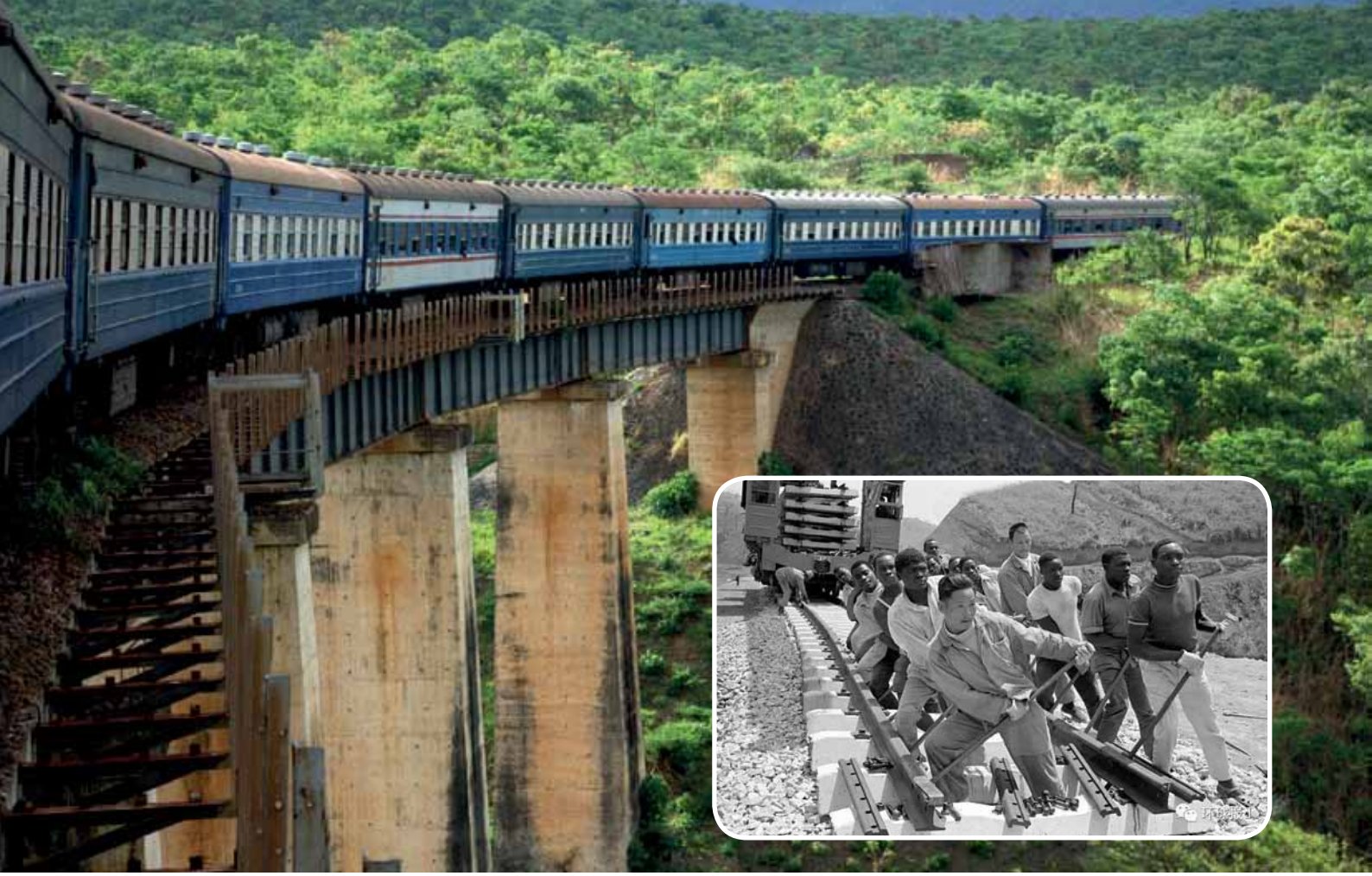
Alex Vines

Der Autor ist Direktor des Afrika-Programms des Chatham House, London, und Assistenzprofessor an der Universität Coventry.

WIE LDC-MITGLIEDER DER SADC VON DSSI PROFITIEREN

Land	Risiko der Gesamt-schulden-krise	Prozentsatz der DSSI-Einsparung-en (in Mio. USD)	Potenzielle DSSI-Ein-sparung-en (in % des BIP von 2019)
Angola	---	2.645,6	3,1 %
Komoren	mäßig	2,3	0,2 %
DR Kongo	mäßig	104,4	0,2 %
Lesotho	mäßig	9,5	0,3 %
Madagaskar	mäßig	24,0	0,2 %
Malawi	hoch	17,1	0,2 %
Mosambik	in Not	294,2	2,0 %
Sambia	hoch	139,2	0,6 %
Tansania	---	148,9	0,2 %
Gesamt		3.385,2	

Quelle: IWF, Chatham House



Die von China gebaute TAZARA-Eisenbahn in Betrieb (großes Bild, Foto Richard Stupart / cc:by) und im Bau (kleines Bild)

Die Geschichte der chinesischen Entwicklungshilfe

IN DER DEBATTE UM CHINESISCHE ENTWICKLUNGSPROJEKTE wird China gerne als ein „neuer Geber" bezeichnet. Was dabei oft übersehen wird, ist, dass China eine längere Entwicklungshilfe-Geschichte hat, als viele der „traditionellen Geber" im globalen Norden.

Schon kurz nach der Gründung der Volksrepublik China, die der Führer der chinesischen Kommunisten Mao Zedong am 1. Oktober 1949 in Peking am Platz des Himmlischen Friedens ausrief, leistet China Militär- und wirtschaftliche Aufbauhilfe an die kommunistischen Bruderstaaten Nordkorea und Vietnam. Gleichzeitig ist die Volksrepublik Empfänger sowjetischer Hilfe. Doch während diese aus Krediten besteht, welche Stalin laut jüngst freigegebenen historischen Quellen an Chinas Mitwirkung im Koreakrieg knüpft, erklärt China seine Hilfen an Nordkorea und Vietnam in 1953 zum „Geschenk". Ab Mitte der 1950er-Jahre folgen Hilfen an die entkolonialisierten Länder in Asien und Afrika, auch hier weitestgehend ohne, dass China auf Rückzahlungen besteht.

Warum vergab China Hilfen an andere, wo es die Ressourcen dringend für den eigenen Aufbau brauchte? Wer den dazugehörigen historischen Kontext versteht, versteht auch die Motive der chinesischen Entwicklungshilfe heute. Im Unterschied zu der populär verbreiteten Annahme, dass Hilfe altruistisch sei – oder zumindest sein sollte –, gibt es in der Literatur zu internationalen Beziehungen einen breiten Konsens, dass Entwicklungshilfe, wie vom Begründer des politischen Realismus Hans Morgenthau in seinem 1962 erschienenen Artikel „A Political Theory of Foreign Aid" (Eine Politische Theorie der Auslandshilfe) dargelegt, interessengeleitet und inhärent politisch ist. Der französische Soziologe Marcel Mauss wiederum beschrieb in seinem gleichnamigen Essay „Die Gabe" (1923) Entwicklungshilfe als einen Teil einer Schenkökonomie, die im Unterschied zu Almosen historisch immer eine (verzögerte) Reziprozität implizierte – und dem Beschenkten somit Status zusprach.

Chinas Führung spricht offen aus, dass Entwicklungshilfe schon immer ein zentrales Instrument ihrer Diplomatie war. Das Weißbuch zu „Chinas Auslandshilfe" von 2011 legt dar, dass es Auslandshilfe war, die China half, „freundschaftliche

Beziehungen und die Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel mit anderen Entwicklungsländern zu festigen".

Nach ihrer Gründung war die VR China international isoliert. Politisch wurde sie von den meisten westlichen Ländern nicht anerkannt, wirtschaftlich war sie mit einem durch die USA initiierten Embargo belegt. Letzteres hatte schwerwiegende ökonomische Folgen, denn auf die USA entfielen zwischen 1946 und 1948 über die Hälfte aller chinesischen Importe und 20-40 Prozent der chinesischen Exporte. Entwicklungshilfe wurde zum wichtigsten Instrument, um die internationale Isolation zu durchbrechen.

Zhou Enlai: Architekt der EZ-Politik Chinas

Ihr Architekt war Chinas erster Premierminister Zhou Enlai. 1955, bei der Konferenz der entkolonialisierten Ländern Asiens und Afrikas im indonesischen Bandung, gelang es Zhou, die anderen Delegierten davon zu überzeugen, dass China eine friedliche Politik verfolgte und keine Weltrevolution zu exportieren suchte. Stattdessen setzte sich Zhou für „gegenseitige Hilfe" der „rückständigen Nationen" ein und versprach, dass China im Rahmen seiner Möglichkeiten Industriemaschinen und Experten bereitstellen, Technologien austauschen und Experten trainieren würde.

Zhou Enlai nutzte in Bandung vor allem persönliche Gespräche mit anderen Delegierten, um Handelsvereinbarungen anzubahnen. Bei den später folgenden Gesprächen bot China auch technische und wirtschaftliche Hilfe an. Zumeist wurde Chinas Hilfsangebot mit diplomatischer Anerkennung erwidert; umgekehrt wurde diplomatische Anerkennung mit Entwicklungshilfe belohnt.

Es ging Zhou jedoch nicht nur um diplomatische Anerkennung. Er glaubte, dass China langfristig von der wirtschaftlichen Entwicklung seiner Empfängerländer profitieren würde, welche durch mehr wirtschaftliche Unabhängigkeit auch politisch unabhängiger vom Westen würden. Auf einem Parteitag in 1956 erklärte er:

„China ist ein Land, das erst kürzlich befreit wurde. Unsere Wirtschaft ist noch sehr rückständig, und wir haben noch keine wirtschaftliche Unabhängigkeit erreicht. Daher ist auch unsere wirtschaftliche Stärke begrenzt, und unser vorwiegender Weg der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Ländern der Handel. Aber, wir haben verstanden, dass wirtschaftliche Unabhängigkeit die wesentliche Voraussetzung zur Erreichung politischer Unabhängigkeit darstellt. Während wir also unsere eigene Wirtschaft aufbauen, wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten unsere begrenzten Kräfte dafür einsetzen, anderen Ländern bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu helfen."

Nach dem Desaster von Maos „Großem Sprung nach Vorne" und dem Bruch mit der Sowjetunion 1960 rückten die afrikanischen Staaten noch stärker in den Fokus von Zhous Politik. Ende 1963 brach er auf eine Tour zu zehn überwiegend afrikanischen Ländern auf (Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Algerien, Marokko, Tunesien, Ghana, Mali, Sudan, Äthiopien und Somalia). Auf dieser Reise verkündete er am 16. Januar 1964 in Ghana die „Acht Prinzipien der chinesischen Auslandshilfe", deren Betonung des gegenseitigen Nutzens und des Respekts für nationale Souveränität die afrikanischen Staaten an die mit China geteilte Erfahrung des Kolonialismus erinnern und einen Kontrast zur Politik der USA und der Sowjetunion bilden sollte.

Hilfe mit schneller Wirkung

1964 machten chinesische Kredite 53 Prozent aller an afrikanische Staaten vergebenen Kredite aus, womit China mehr Entwicklungshilfekredite an Afrika gab, als die westlichen Staaten und die USA zusammen. Dieser Trend setzte sich auch während der von Mao im Mai 1966 initiierten Kulturrevolution fort, obwohl dies China im inneren politisch paralysierte und seiner Wirtschaft und Gesellschaft einen schweren Schaden zufügte. 1967 erklärte sich China bereit, die 2000 km lange Tansania-Sambia-Eisenbahn (TAZARA) zu bauen, die die Kupferminen in dem landumschlossenen Sambia durch Tansania mit dem Meer verbinden würde, nachdem die Weltbank und mehrere westliche Staaten diese als unrealisierbar abgelehnt hatten.



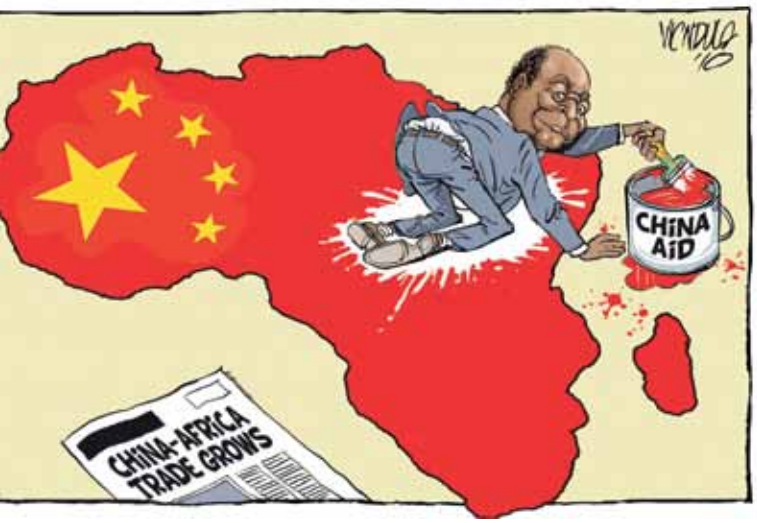
Foto: stepehenrwalli / cc:by-sa



Chinesische Hilfslieferungen

Der zeitgenössische Beobachter Peter Andrews Pool notierte 1966, dass die chinesische Entwicklungshilfe von den Empfängern positiv gesehen wurde: Kredite ohne oder mit sehr niedrigen Zinsen; kleine, unkomplizierte Leichtindustrieprojekte, die schnell operabel waren und dem Empfängerland zumindest einige schnelle und sichtbare Wirkungen brachten; und chinesische Techniker, die den Lebensstandard der Empfängerländer teilten. Letzteres steigerte für den deutschen Sinologen Wolfgang Bartke den Wert der chinesischen Projekte und bildete einen krassen Kontrast zu den extravaganten Lebensstilen westlicher Entwicklungshelfer. Selten wird erwähnt, dass der Lebensstandard in dem Empfängerländern oft um vieles besser war als in China.

Mit dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 und den geheimen Friedensverhandlungen der USA mit Vietnam änderte sich die globale geopolitische Lage. China bot dies ein Opportunitätsfenster, die Bemühungen um internationale Anerkennung zu verstärken. Zwischen 1969 und 1970 stieg Chinas Entwicklungshilfe um das 15fache an. Mit Erfolg: 1971 stimmte die UN-Generalversammlung für die Resolution Albaniens, die Volksrepublik China in die UN aufzunehmen und die Republik China auf Taiwan auszuschließen. Die entsprechenden Stimmen, heißt es, wurden durch die ständige Vertretung von Tansania organisiert.



Auch nach 1971 setzte sich der Anstieg der chinesischen Entwicklungshilfe fort, was darauf schließen lässt, dass die Entwicklungsländer für ihr Wahlverhalten in der UN „belohnt“ wurden. 1973 gab China zwei Prozent seines BIP für Entwicklungshilfe aus. Es war nahezu das dreifache der 0,7 Prozent, auf die sich entwickelte Länder 1970 als langfristiges Ziel geeinigt hatten (heute geben sie im Durchschnitt 0,4 Prozent aus). China zählte zu diesem Zeitpunkt zu den zwanzig ärmsten Ländern der Welt.

Nach 1978 musste sich die neue Führung um Deng Xiaoping eingestehen, dass China sich übernommen hatte. Gleichwohl erklärte Deng Entwicklungshilfe zu einer strategisch notwendigen Ausgabe: „Wir haben anderen geholfen, und sie halfen uns. Dass wir heute diese Stellung in der Welt haben [i.e. VN-Sitz], ist untrennbar von der Unterstützung befreundeter Länder, vor allem in der Dritten Welt.“

China, erklärte Deng, war auf Entwicklungshilfe angewiesen, um ein stabiles internationales Umfeld für die eigene Modernisierungspolitik zu schaffen. Es galt eine delikate Balance herzustellen zwischen diplomatischen und wirtschaftlichen Interessen. Zhou Enlais Beispiel folgend, reiste Chinas neuer Premierminister Zhao Ziyang zwischen Dezember 1982 bis Januar 1983 nach Afrika, um dort die „Vier Prinzipien der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen China und Afrika“ vorzustellen. Diese rückten den gegenseitigen wirtschaftlichen Nutzen in den Fokus. China hoffte, dass kooperative Produktion und Joint Ventures zu einem Vehikel für Technologie- und Industrieexporte werden könnten.

Das Entwicklungshilfevolumen sank jedoch nicht wesentlich. 1984 war China der achtgrößte Geber in Sub-Sahara-Afrika. Erst Mitte der 1990er-Jahre gelang es China, die Entwicklungshilfe mit dem wirtschaftlichen Nutzen für eigene Unternehmen zu verbinden. Da führte China, dem Modell Japans folgend, konzessionierte Kredite ein. Japanische Entwicklungshilfe für China hatte vor allem aus niedrig verzinsten Krediten bestanden, die Importe von Industrietechnologie und Gütern aus Japan im Austausch für Exporte von chinesischem Rohöl und Kohle finanzierten. Rohstoffgedeckte Kredite wurden ab Mitte der 2000er-Jahre zum wichtigsten Modus der chinesischen Entwicklungshilfe in Afrika.

Der Westen sah in China einen neuen Akteur in Afrika, doch China war in Afrika konstant seit Mitte der 1950er-Jahren präsent. Man nahm China nach 1978 nur nicht mehr als Geber wahr.

Marina Rudyak

Die Autorin ist Sinologin und hat ihre Doktorarbeit zur Außenpolitik Chinas am Institut für China-Studien der Universität Heidelberg geschrieben. Von 2009-2013 war sie für die GIZ in Peking tätig.



Foto: Nitniziv / cc:by

Teil des gesamten Engagements

CHINESISCHE MIGRANTEN AUF DEM AFRIKANISCHEN KONTINENT. Ihre Anzahl ist zwar nicht genau bekannt, doch immer mehr chinesische Staatsbürger lassen sich in Afrika nieder. Sie sind keine Agenten des chinesischen Staates und verfolgen ihre eigene Agenda. Aber sie sind Teil des wachsenden Engagement Chinas in Afrika.

Die Daten über die Zahl der chinesischen Migranten in Afrika sind unvollständig und unzuverlässig. Es wird geschätzt, dass in den 55 afrikanischen Ländern zwischen einer und zwei Millionen leben. So gab die äthiopische Botschaft in Peking an, dass sich ca. 35.000 bis 40.000 Chinesen in Äthiopien angesiedelt haben, andere Quellen sprechen von 20.000. Was Ghana betrifft, werden 7.000 bis 20.000 chinesische Migranten genannt. Nur eines ist eindeutig: Die Zahl der in Afrika ansässigen chinesischen Staatsbürger hat in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich zugenommen hat. Laut „Annual Report on Overseas Chinese Study" waren 2012 mehr als 1,1 Millionen chinesische Einwanderer auf dem afrikanischen Kontinent ansässig, verglichen mit weniger als 160.000 im Jahr 1996. 90 Prozent der Eingewanderten kamen nach 1970.

Aus den in ganz Afrika gesammelten Daten geht hervor, dass die meisten chinesischen Einwanderer in Südafrika zu finden sind, gefolgt von Nigeria, Sudan, Angola, Algerien und Mauritius. Man geht davon aus, dass sich Chinesen in Südafrika eher ansiedeln als in anderen Teilen des Kontinents, was vor allem mit der wirtschaftlichen Lage des Landes und den möglichen Chancen für Zuwanderer zu tun hat. Zu den Chinesen, die bereits sehr früh nach Südafrika kamen, gehörten Sträflinge und Firmensklaven der Niederländischen Ostindien-Kompanie, die Mitte bis Ende des 17. Jahrhunderts das Kap kontrollierte. Zwischen 1904 und 1910 wurden über 63.000 Vertragsminenarbeiter nach Südafrika importiert. Die Vorfahren der in Südafrika geborenen Chinesen kamen ab Ende der 1870er-Jahre in kleiner Zahl nach Südafrika. Heute zählt diese Gruppe etwa 10.000 Menschen. Sie stammen aus zwei Gebieten der Provinz Guangdong in Südchina. In den 1980er-Jahren siedelten sich ca. 2.500 Einwanderer aus Taiwan an. Von ihnen wurden fast 150 Fabriken mit 40.000 Beschäftig-

ten errichtet, zumeist in abgelegenen Teilen des Landes in oder in der Nähe der ehemaligen „Bantustans". In den 1990er Jahren begann eine weitere Einwanderungswelle. Im Gefolge von Industrieinvestitionen migrierten Taiwanesen und Hongkong-Chinesen nach Südafrika. Sie gründeten Import-/Exportfirmen und Restaurants und es kamen Studenten. Sie ließen sich vor allem in den größeren Städten Südafrikas nieder. Die gegenwärtige Einwanderungswelle ist durch die Einwanderung aus der Volksrepublik China gekennzeichnet. Seit den späten 1980er Jahren und mit zunehmendem Tempo bis zur Anerkennung der Volksrepublik China durch Südafrika im Januar 1998 sind vom chinesischen Festland aus sowohl legale als auch illegale Einwanderer in großer Zahl nach Südafrika gekommen. Die chinesische Botschaft schätzt die Zahl der Chinesen in Südafrika auf etwa 200.000. Südafrika hat gegenwärtig mindestens fünf- bis zehnmal mehr Chinesen in seinen Grenzen hat als jede andere afrikanische Nation.

Chinas Aufstieg

Die Wanderung chinesischer Migranten der letzten zwei Jahrzehnte nach Afrika ist eine Folge der Veränderungen im politisch-wirtschaftlichen Kontext Chinas. In den ersten drei Jahrzehnten nach der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 wurde die Migration Chinas streng kontrolliert. Die Menschen verließen das Land, um in staatlich geförderten Projekten in Entwicklungsländern im Ausland zu arbeiten, bspw. in Tansania. Um diplomatische Beziehungen mit den neuen unabhängigen afrikanischen Staaten zu fördern, sandte die Kommunistische Partei unter Mao Tse Tung ca. 150.000 Arbeiter und Techniker nach Afrika, um an Projekten in den Bereichen Landwirtschaft, Technologie und Infrastruktur mitzuwirken, von denen die überwiegende Mehrheit nach Abschluss ihrer Arbeit nach China zurückkehrte. In der Reform- und Öffnungsphase seit 1978 kam es zunächst zu einer allmählichen legalen Migration. Erst seit Beginn des 21. Jahrhunderts begannen Festland-Chinesen in nennenswerter Zahl eigenständig nach Afrika zu migrieren. Seit der Verkündung von Chinas Aufstiegsstrategie im Jahr 1999 hat die chinesische Regierung die Abwanderung von Unternehmen und Menschen aktiv gefördert. In der Folge investierten chinesische Unternehmen in großer Zahl in den Sektoren Bergbau, Bauwesen, Straßenbau, Wasserkraft, Elektrizität, Eisenbahn, Telekommunikation und in der Industrie. Laut McKinsey sind derzeit über 10.000 chinesische Firmen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent tätig. China ist dadurch zu einem der wichtigsten Wirtschaftspartner Afrikas geworden. Stark anwachsende chinesische Investitionen gibt es in afrikanischen Ressourcensektoren (Öl, Kupfer, Kohle, Diamanten, Gold, Bauxit, Eisenerz, Holz). Zudem hat China auf dem ganzen Kontinent in die physische Infrastruktur (Häfen, Straßen, Flughäfen, Eisenbahnen, Krankenhäuser, Brücken, Dämme, Minen, Kraftwerke, Raffinerien, Stadien, Regierungsgebäude usw.) investiert. Die chinesische Regierung ist auch daran interessiert, Märkte für chinesische Waren zu schaffen.

Welche Gruppen auswandern

Drei Arten von chinesischen Migranten in Afrika lassen sich identifizieren:

- Es gibt die große Gruppe der chinesischen Vertragsarbeiter. Sie arbeiten in chinesischen Unternehmen als Ingenieure, Manager und Facharbeiter. Sie bleiben als Vertragsarbeitnehmer in der Regel für ein oder zwei Verträge. Die Vertragsarbeiter, die in Infrastrukturprojekten arbeiten, haben den größten Kontakt mit Einheimischen. So wie in China leben diese Arbeiter oft kollektiv auf dem Betriebsgelände. Das tun sie jetzt auch in Afrika. Das hilft den Unternehmen, Zeit und Geld zu sparen. Oft müssen die Vertragsarbeiter unter sehr schlechten Bedingungen mit sehr niedrigen Löhnen leben und oft schlechten Unterkünften zurechtkommen.
- Chinesische Privatunternehmer sind in Afrika an verschiedenen Aktivitäten beteiligt, die von globalen Telekommunikationsfirmen bis hin zur Low-End-Globalisierung einzelner multinationaler chinesischer Konzerne reichen.
- Eine dritte Gruppe sind die kleinen Unternehmen, die oft auch chinesische Angestellte oder Familienangehörige als Arbeitskräfte einstellen. So gibt es chinesische Händler für Plastikspielzeug und -schmuck, Mobiltelefone, Kleidung und Unterwäsche. Einige Chinesen sind Grundstücksverkäufer auf lokalen Märkten, andere sind Besitzer von Gemischtwarenläden, Restaurants und Hotels. Einzelpersonen besitzen kleine Fabriken, Minen und Holzkonzessionen, züchten Schweine und Geflügel, bauen Weizen und Baumwolle an oder bieten Gesundheitsversorgung und Zahnmedizin an. Abhängig von ihrem wirtschaftlichen Status leben sie in kleinen Gruppen in den Städten Afrikas. Sie pflegen Beziehungen zu lokalen Angestellten, Kunden oder Partnern. Sie sind umso stärker lokalisiert, je länger sie bleiben – beispielsweise gehen ihre Kinder in örtliche Schulen, was ihnen eine bessere Integration ermöglicht.

Stereotypen

Die Darstellungen chinesischer Migrationen nach Afrika werden fälschlicherweise durch das staatliche Engagement Chinas auf dem Kontinent beurteilt. Oft werden chinesische Migranten als Agenten des chinesischen Staates beschrieben, dies ist jedoch keineswegs der Fall. In der Presse werden sie oft mit uninformierten Stereotypen bedacht. Bspw. würden „Millionen chinesischer Soldaten, die mit billigen Waren bewaffnet" seien, den Kontinent überströmen. Die Chinesen hätten „die Fähigkeit zur Selbstaufopferung, den

Riecher für Geschäfte, die Fähigkeit, sich an die Umgebung anzupassen, und das Talent, Kosten zu sparen und diskret zu agieren". Diese Stereotypen über China in Afrika widerspiegeln lediglich tief verwurzelte westliche Ängste, wonach ihre Vorherrschaft in Afrika im Begriff ist, von einer nichtwestlichen Macht abgelöst zu werden.

Wir behaupten nicht, dass einige der negativen Darstellungen vollkommen ungerechtfertigt sind. Aber um „die Chinesen in Afrika" besser zu verstehen, sollte es differenzierte Darstellungen der Aktivitäten der chinesischen Migranten geben. Es gibt durchaus eine „ethnische Ökonomie" von China-Läden mit Restaurants, die auf die chinesische Küche spezialisiert sind, Karaokebars, Geschäften für chinesische Medizin, Supermärkten mit chinesischen Nahrungsmitteln und Bordellen mit chinesischen Sexarbeiterinnen, die chinesische Kunden bedienen. Aber keineswegs trifft es zu, dass die Chinesen in afrikanischen Ländern ein homogener Block sind. Denn „die Chinesen" kommen aus verschiedenen Provinzen, Aufenthaltsdauer im Land, Beruf und Alter sind sehr verschieden. Sie kommen auch mit sehr verschiedenen Motivationen. Die Konzentration von chinesischen Restaurants in den Millionenstädten und die chinesischen Schriftzeichen täuschen darüber hinweg, dass es kaum Gemeinsamkeiten der chinesischen Migranten gibt.

Forschungen deuten darauf hin, dass viele Chinesen motiviert sind, nach Afrika umzuziehen, um ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Chinesen, die nach Afrika einreisen, haben in der Regel keine Verbindungen zu formalen chinesischen Institutionen wie der Botschaft und zu älteren chinesischen Gemeinschaften, falls es solche gibt, oder zu den Bewohnern der Aufnahmegesellschaft. Es fehlt ihnen an sozialem Kapital, wenn sie nach Afrika kommen, es sei denn, sie haben familiäre Bindungen.

In der afrikanischen Landwirtschaft sind nur wenige Chinesen tätig, trotz westlicher Medien- und NGO-Berichte über „Landraub". Selbst in Sambia, wo es etwa ein halbes Dutzend chinesischer Staatsfarmen und etwa 30 chinesische Privatfarmen gibt, bleiben chinesische Farmen im Großen und Ganzen relativ kleine Akteure. Im Gegensatz zur offiziellen chinesischen Rhetorik der China-Afrika-Agrarkooperation, die den modernisierten Agrarsektor Chinas, die fortschrittlichen Techniken und die mechanisierten großflächigen landwirtschaftlichen Praktiken betont, agieren die chinesischen Kleinbauern in Afrika wie die chinesischen Kleinbauern in China. Es besteht kaum eine Chance, dass diese Betriebe großflächig, hoch mechanisiert oder kapitalintensiv werden. Ihre Produktion ist nicht für den Export bestimmt, sondern ganz darauf ausgerichtet, den Bedarf eines Nischenmarktes für hauptsächlich chinesische Kunden in dem jeweiligen Land zu decken.

Im Gegensatz zum Stereotyp des erfolgreichen chinesischen Unternehmers in Afrika kämpfen viele chinesische Migranten unter erheblichen Entbehrungen um ihren Lebensunterhalt, sei es in der Landwirtschaft, im Einzelhandel oder im Kleingewerbe.

Die Realitäten chinesischer Migranten stimmen weder mit populären Medienstereotypen von Dominanz, Verschuldungsabhängigkeiten, Verdrängung der lokalen Unternehmen und Landnahme noch mit den Erzählungen der chinesischen Regierung über Süd-Süd-Kooperation, Technologietransfer und landwirtschaftliche Entwicklung überein. Chinesische Migranten sind keineswegs eine „schweigende Armee". Sie operieren unabhängig und verfolgen ihre eigene private Agenda.

Der Erfolg der Migranten hängt auch von den chinesischen Netzwerken ab, in die man bei der Ankunft eingebunden ist. Familiäre Bindungen bilden den Kern der transnationalen Netzwerke in der chinesischen Diaspora. Diese sind für viele chinesische Migranten der Schlüssel für den Erfolg ihrer Unternehmen.

Schlussfolgerung

Die chinesischen Neueinwanderer sind in gewisser Weise mit Indern in Kenia oder Libanesen in Westafrika vergleichbar. Diejenigen unter den chinesischen Neueinwanderern, die am ehesten Erfolg haben, sind die mit größerem Sozialkapital (Englischkenntnisse, besserer Ausbildung, früherer Auslandserfahrungen/-exponiertheit), stärkeren sozialen Netzwerken (chinesische Geschäftsverbindungen zu Vertriebshändlern/Großhändlern) und einem besseren Zugang zu Krediten. Die Art und Weise, wie sie nach Afrika gekommen sind, mit oder ohne Hochschulbildung, mit oder ohne Kapital – macht den entscheidenden Unterschied für Erfolg oder Misserfolg aus.

Es gibt einige bedeutende Unterschiede zwischen den neuen chinesischen Migrationen und den früheren Migrationen anderer Gruppen, bspw. der indischen Zuwanderung. Die beiden signifikantesten Unterschiede haben mit Chinas aufsteigender globaler Macht und Chinas Agieren im verarbeitenden Gewerbe zu tun. Vor dem Hintergrund des globalen Aufstiegs Chinas sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht, Chinas hohen Investitionen in afrikanischen Staaten, dem Handel mit Afrika und der Stärkung der Beziehungen zwischen China und afrikanischen Ländern sind chinesische Einwanderer Teil des gesamten chinesischen Engagements auf dem Kontinent.

Robert Kappel

Der Autor ist Professor em. an der Universität Leipzig. Er leitete von 2004-2011 als Präsident das GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg.
Blog Weltneuvermessung mit Beiträgen vom Autor: https://weltneuvermessung.wordpress.com/



Bau einer Mittelschule in Lesotho durch chinesische Firmen. Foto: Brigitte Reinhardt

MaChina in Lesotho

FÜR DIE EINEN EIN SEGEN, FÜR DIE ANDEREN EIN ÄRGERNIS

Maliretso Sehale kann die Freudentränen kaum zurückhalten. Die Chieftainess der Gegend von Tsoelike in den Bergen Lesothos ist überglücklich, dass nun endlich die so dringend benötigte Straße in die Provinzstadt Qacha's Nek gebaut wird. Bei der feierlichen Zeremonie anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Regierung Lesothos und einer chinesischen Baufirma berichtet sie, womit die Menschen in dieser Gegend bisher zu kämpfen haben. Der Zustand der vorhandenen Straße sei so schlecht, dass sie während der Regenzeit zeitweilig unpassierbar sei und Verbrecher leicht entkommen könnten, da die Polizei nicht schnell genug vor Ort einträfe. Darüber hinaus sei der Sehlabathebe National Park, Lesothos einziges Weltkulturerbe, für Touristen schwer erreichbar. Finanziert wird der Bau über einen Kredit der chinesischen Regierung in Höhe von 128 Millionen US-Dollar, 30 Prozent der Bauaufträge sollen an lokale Unternehmen vergeben werden und während der 36-monatigen Bauzeit sollen etwa 500 Menschen dort Arbeit finden.

Das Projekt wird jedoch nicht von allen begrüßt. Der Verband lesothischer Bauunternehmer beschuldigte die Regierung der Intransparenz im Zusammenhang mit dem Ausschreibungsverfahren. Offensichtlich würden chinesische Firmen lokalen Bauunternehmen vorgezogen. Außerdem sei die Regierung fahrlässig vorgegangen. Das betreffende Unternehmen stehe bereits seit 2011 auf der schwarzen Liste der Weltbank wegen Korruption und Betrug, was auch von der „South China Morning Post" bestätigt worden sei. Das zuständige Ministerium blieb jedoch bei seiner Entscheidung. Zum einen sei das Unternehmen bereit, die Anschubfinanzierung zu leisten. Zum anderen habe man mit manchen einheimischen Unternehmen keine gute Erfahrung gemacht hinsichtlich der Qualität ihrer Arbeit.

Die Unterstützung Chinas für Infrastrukturvorhaben in Lesotho geht weit über den Straßenbau hinaus. Bereits fertiggestellt wurden u.a. ein Kongresszentrum, das Parlamentsgebäude, die Staatsbibliothek, die Residenz des Premierministers, ein Industriepark und eine Mittelschule.

Geplant bzw. im Bau befindlich sind eine Feuerwache, eine Abfallbeseitigungsanlage, ein zentrales Lager für landwirtschaftliche Produkte und eine Klinik mit Augenklinik im Distrikt Maseru. Von chinesischer Seite heißt es, es gehe China nicht darum, Lesotho durch Überschüttung mit finanzieller Hilfe zu kolonisieren, wie gelegentlich unterstellt werde. Bei den meisten Interventionen handle es sich um Zuschüsse, nicht um Kredite. Man dränge sich nicht auf, sondern reagiere auf Anfragen und halte sich strikt an den Grundsatz der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Partnerländer. Dies beziehe sich auch auf den Entwicklungsweg, für den das Land sich entscheide.

Auch auf einem klassischen Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit ist China aktiv: Ausbildung und Fortbildung. Basotho studieren in China – z.B. Medizin – und nehmen an Fortbildungskursen teil – z.B. in den Bereichen Landwirtschaft, Technologie, Finanzmanagement und Tourismus. Zweifel am bisherigen Auswahlverfahren für diese Kurse äußerte Ende 2019 der damalige Minister für Entwicklungsplanung Tlohelang Aumane. Es mache wenig Sinn, wenn Teilnehmende aus China zurückkämen und dann von der Regierung erwarten würden, erst mal die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie das erworbene Wissen in die Praxis umsetzen könnten. Man werde in Zukunft darauf achten, vor allem Personen auszuwählen, die bereits in ihrem Geschäftsfeld aktiv sind und bei denen es nur um die Aneignung zusätzlicher Kenntnisse gehe.

Geschäft ist Geschäft

Wie nicht anders zu erwarten, bedienen sich auch chinesische Geschäftsleute der Patronage, um ihre Ziele zu erreichen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit und Kritik steht seit Jahren der inzwischen eingebürgerte Unternehmer Yan Xie, genannt „John", der sich einmal damit brüstete, „fast jeden Politiker" in Lesotho „gefördert" zu haben. Es ist kein Geheimnis, dass er dem ehemaligen Premierminister Tom Thabane nahestand. Thabane habe „seine Seele an die Chinesen verkauft", beklagte ein Kolumnist in „the Post". 2017 habe er in einem Haus von Yan Xie gewohnt, bevor seine Residenz bezugsfertig gewesen sei, und dann habe er sich von ihm den Wahlkampf der All Basotho Convention (ABC) finanzieren lassen.

Zu massiven Protesten von Bauern kam es im Frühjahr 2018, als eine Verordnung über die Vermarktung von Wolle und Mohair in Kraft trat. Statt über ein südafrikanisches Unternehmen, mit dem die Bauern zufrieden gewesen waren, sollte nun ausschließlich über ein neugegründetes Zentrum in Lesotho vermarktet werden, an dem der Chinese Stone Shi Mehrheitsanteileigner ist. Die Bauern befürchteten, von der Regierung und „ihrem chinesischen Freund" abgezockt zu werden. Die Proteste hatten Erfolg: Die Bauern können nun wieder frei wählen, wie sie ihre Produkte vermarkten.

Im jüngsten Bauskandal, der Ende 2019 Schlagzeilen machte, geht es um Betrug in Millionenhöhe. Yan Xie wird zur Last gelegt, einheimische Firmen als Front benutzt zu haben, um an einen lukrativen Auftrag zu gelangen. Mit Hilfe eines komplexen Firmengeflechts sei es ihm dann gelungen, die lokalen Firmen um ihnen zustehende Einnahmen zu betrügen. Der Fall ist inzwischen vor Gericht.

Auch einzelnen Ministern wird vorgeworfen, von Chinesen kontrolliert zu werden. Der ehemalige Minister für Kleinunternehmen, Kooperativen und Marketing Chalane Phori wehrte sich dagegen. „Schon bevor ich Minister wurde, war ich in China und habe Chinesen eingeladen, in Lesotho zu investieren. Chinesen sind Menschen wie wir. Sie haben die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und sind doch bereit, in unserem Land zu leben. Ich kann nicht begreifen, wie man etwas gegen sie haben kann. Die selben Leute, die im Parlament gegen die Chinesen rumpoltern, vergessen, dass es von Chinesen gebaut wurde."



Mit Unterstützung Chinas erbaut: das Parlamentsgebäude von Lesotho. Foto: Andrew Moore / cc:by-sa



Lesothisch-chinesische Freundschaft - ein Wunschtraum. Foto: Brigitte Reinhardt

Einig ist man sich in Lesotho darin, dass Kleinunternehmen Basotho vorbehalten sein sollen. Seit Jahren lässt sich beobachten, dass Chinesen nicht nur Supermärkte betreiben – selbst in entlegenen Gebieten –, sondern auch Getränkeläden, Kfz-Werkstätten, Tankstellen, Eisenwaren- und Möbelgeschäfte und neuerdings sogar Apotheken. Das zuständige Ministerium unterstützt den grundsätzlichen Vorbehalt, weist jedoch darauf hin, dass es nicht so leicht sei festzustellen, wie viele Unternehmen tatsächlich in einheimischer Hand seien, da korrupte Basotho ihre Lizenzen „ ausländischen Geschäftsleuten asiatischer Herkunft" zur Verfügung stellen würden. Demgegenüber weist ein ABC-Abgeordneter die Behauptung zurück, Chinesen würden langsam Basotho-Kleinunternehmer vertreiben. Anstatt sich über eine „neue Form des Imperialismus" zu beklagen, sollten Basotho Selbstkritik üben. Sie würden nur reden und nicht produzieren. Keiner würde wirklich produktiv arbeiten und außerdem könnten sie sich an der Arbeitsmoral der Chinesen ein Beispiel nehmen.

Wrangler's und Levi's Jeans aus Lesotho

In der Bevölkerung weitgehend akzeptiert sind die chinesischen Unternehmen, die seit mehreren Jahrzehnten im Textil- und Bekleidungssektor aktiv sind. Sie produzieren für den Export, vor allem in die USA, begünstigt durch das 2004 geschlossene AGOA (African Growth and Opportunity Act)-Abkommen, das neben anderen afrikanischen Ländern auch Lesotho zollfreie Einfuhren in die USA ermöglicht. In den vergangenen Jahren erwirtschafteten sie etwa 20 Prozent des BIP und boten ca. 40000 Menschen – überwiegend Frauen – relativ sichere Arbeitsplätze. Die Zukunft dieser Arbeitsplätze hängt jedoch von der jeweiligen Verlängerung des AGOA-Abkommens ab. Nach längeren Verhandlungen ist es nun bis 2025 gesichert.

Die Tatsache, dass die meisten dieser Unternehmen aus Taiwan kommen und nicht aus der Volksrepublik China, ist für Basotho unerheblich. Für sie sind alle Chinesen „MaChina". Anders sieht es jedoch auf der Ebene der großen Politik aus. Als Lesotho Schulden für mehrere Bauprojekte erlassen wurden, geschah dies von chinesischer Seite mit der Begründung, man bringe damit die Dankbarkeit dafür zum Ausdruck, dass Lesotho beharrlich die „Ein-China-Politik" der chinesischen Regierung vertreten und Taiwan nicht als separaten Staat anerkannt habe.

Zu einem Problem für Chinesen wird zunehmend die prekäre Sicherheitslage. Im August 2019 gingen Manager von zwei Textilunternehmen an die Öffentlichkeit, nachdem sie mehrfach überfallen worden waren. Sie kündigten an, ihre Investitionen in andere afrikanische Länder zu verlagern, da die Polizei offensichtlich nicht in der Lage sei, ihre persönliche Sicherheit zu gewährleisten. Länder wie Tansania und Mosambik böten besseren Schutz vor Gewaltverbrechen und darüber hinaus auch noch den Vorteil, billiger zu sein und über Häfen zu verfügen, die den Export erleichtern würden. Sollten sie ihre Ankündigung wahrmachen, würde dies den Verlust von 12000 Arbeitsplätzen bedeuten. Auch von daher ist zu begrüßen, dass sich die neue Regierung unter Moeketsi Majoro darum bemühen möchte, die industrielle Basis Lesothos zu vergrößern, um nicht länger vom Textilbreich abhängig zu sein.

Auch wenn der Beitrag der Chinesen zur Entwicklung der Infrastruktur Lesothos im Allgemeinen anerkannt wird – in der Bevölkerung beliebt sind sie nicht. Die Arbeitsbeziehungen in den Textilfabriken sind konfliktiv, ihr Umgangston wird als rau und oft respektlos beschrieben, die von ihnen verkauften Waren seien von schlechter Qualität. In einigen Bereichen werden sie als Konkurrenz empfunden und sehen sich darüber hinaus mit dem Vorwurf konfrontiert, ihre Positionen und auch die lesothische Staatsangehörigkeit durch Korruption erlangt zu haben. Wie viele von ihnen bereits dauerhaft in Lesotho leben, lässt sich nicht genau feststellen. Es könnten 5000 sein oder mehr.

Brigitte Reinhardt



Widerstand gegen Chinas Präsenz

IN AFRIKA GEHÖRT SAMBIA ZU DEN ÄLTESTEN PARTNERN CHINAS. Aber es wächst Unmut gegen die mächtige Präsenz der Chinesen im Land. Die Autoren, Reporter der Deutschen Welle, haben sich in Sambia umgehört.

Yan Aimi weint bitterlich, als sie durch den schmalen Gang in ihrem kleinen Gemischtwarenladen geht. Erinnerungen an den Einbruch in ihr Geschäft machen der chinesischen Geschäftsfrau immer noch zu schaffen. Sie lebt in Kitwe, der Hauptstadt des sogenannten Kupfergürtels und des Bergbaus in Sambia.

Die 42-Jährige lebte zuvor in Südafrika. „Ich hörte, dass es in Sambia sicherer sei", begründet die alleinerziehende Mutter ihren Umzug ins Nachbarland. Sie wirkt immer noch betroffen. „Sie sind durch diese kleine Tür gekommen und haben den ganzen Laden geplündert", erzählt sie der DW. Yan blieb unversehrt, ist aber immer noch traumatisiert. „Ich habe mehr als 75.000 Euro in diesen Laden investiert, mehr als zwei Drittel davon sind jetzt weg."

Der Angriff auf Yans Geschäft verdeutlicht die wachsende antichinesische Stimmung in Sambia, die auch durch polarisierende Medienberichte angeheizt wird. Einheimische Boulevard-Blätter titeln mit Schlagzeilen wie: „China kontrolliert unsere wirtschaftlichen Lebensadern." Oder: „Chinesen haben unsere Jobs und unseren Lebensunterhalt geraubt." Oder: „Sie respektieren uns nicht, sie wollen nur Geld machen." Ähnliche Äußerungen hört man auf den Marktplätzen und Straßen des Landes.

„Mit Geld um sich werfen"

Chinesische Staatskonzerne florieren in Sambia, sie bekommen den Zuschlag für fast jedes Großprojekt der sambischen Regierung, die zudem häufig von Peking aus finanziert werden. Flughäfen, Wasserkraftwerke, Autobahnen und mehr - solche milliardenschwere Infrastrukturprojekte sind Ausdruck der chinesischen Präsenz in Sambia.

Sambia ist ein bedeutender Teil von Chinas „One Belt, One Road"-Politik. Chinesen beschreiben das Programm auf Mandarin oft als dasabi – ein Ausdruck, der so viel bedeutet wie „mit Geld um sich werfen". Pekings Regierung sieht das jedoch anders: „One Belt, One Road" ist ihr Ansatz, um Entwicklungsländer zu unterstützen – besonders in Afrika. Wegen des negativen Beigeschmacks wird das Wort dasabi deshalb nur hinter vorgehaltener Hand gebraucht.

Doch weil Chinas Unterstützung mit einem wachsenden Zuzug chinesischer Bürger einhergeht, lehnen viele Sambier die chinesische Projektflut inzwischen rundheraus ab.

Weiße Elefanten

Wie genau Chinas dasabi in Sambia abläuft, ist schwer herauszufinden. Die wenigen bekannten Details stammen von früheren Regierungsmitgliedern Sambias, die aus unterschiedlichen Gründen ihre Posten räumen mussten. Einer von ihnen ist der frühere Informations- und Rundfunkminister Chishimba Kambwili.

2016 verlor Kambwili seinen Ministerposten, 2017 folgt der Ausschluss aus der Regierungspartei. „Ich bin sehr kritisch, was die Verschuldung der Regierung angeht, vor allem wenn das Geld aus China kommt", sagt er im DW-Interview. Er bemängelt, dass die Kredite häufig gar nicht auf sambischen Konten landen würden. „Die Aufträge werden an

chinesische Firmen vergeben, sie werden in China bezahlt. Aber in unserem Haushalt taucht das als Kredit aus China auf", ärgert er sich. Laut Kambwili gingen von China finanzierte Infrastrukturprojekte fast immer auch an chinesische Firmen.

Es regt sich Unmut im Land. Viele Sambier stellen die Qualität und Langlebigkeit der von China gebauten Infrastruktur infrage. 2011 etwa wurde ein großer Teil der Straße zwischen Lusaka und Chirundu nur kurze Zeit nach der Fertigstellung vom Regen weggespült. Gebaut hatte die Straße das chinesische Unternehmen China Henan.

#SayNoToChina auf Twitter

Andere fragen sich, ob manche der Projekte wirklich notwendig sind – beispielsweise die neuen Stadien in Lusaka und Ndola. Einheimische bezeichnen sie als „weiße Elefanten" und finden, sie seien zu teuer und zudem auch noch unpraktisch.

James Lukuku ist ein Sambier, der sich gegen die Geldverschwendung, wie er es nennt, auflehnt. Sambia brauche diese Art von Projekten nicht, sagt er. Der Wahlkampfslogan seiner neu gegründeten Republikanisch-Progressive Partei lautet: „Sag Nein zu China."

Lukukus Kampagne trifft offenbar einen Nerv: Was als Ein-Mann-Protest begann, erhält inzwischen große Unterstützung – auch in den sozialen Medien. Lukukus Twitter-Kampagne #SayNoToChina trendet jedes Mal, wenn China auf den Titelblättern von sambischen Zeitung auftaucht. Auch die von ihm organisierten Protestmärsche erregen Aufsehen: Tausende haben sich Lukuku bereits angeschlossen. Die meisten von ihnen sind unzufriedene Jugendliche, die sich von Präsident Edgar Lungus Entwicklungsagenda ausgeschlossen fühlen.

Undurchsichtige Kredite

Lukuku prangert auch an, dass die chinesischen Projekte die grassierende Korruption in Sambia noch verstärkt haben. Wie viele seiner Landsleute, die der sambischen Politikerklasse ohnehin skeptisch gegenüber stehen, glaubt er, dass chinesische Gelder häufig in privaten Taschen landen. Unabhängige Beobachter bestätigen das. Zum Beispiel Laura Miti, die die NGO „Alliance for Community Action" leitet. Sie sagt im DW-Interview: „Die Wege, die diese Kredite nehmen, sind sehr undurchsichtig."

Miti bemängelt: „Wir wissen nicht, zu welchen Bedingungen diese Kredite vergeben werden." Die chinesischen Gläubiger stellten in der Regel keine Fragen. „Wenn ein beträchtlicher Teil in den Bau von Villen fließt, dann stört das niemanden", sagt Miti. In westlichen Ländern wehe da ein anderer Wind. Selbst wenn die Regierung etwas verheimlichen wolle, gebe es immer noch die Zivilgesellschaft, die den Mächtigen auf die Finger schaue. „Aber in China kann man solche Informationen niemals finden", so die Aktivistin.

Abneigung gegen Chinesen wächst

Es gibt keine genauen Zahlen darüber, wie viele chinesische Staatsbürger in Sambia leben. Laut einer Statistik des sambischen Innenministeriums sollen es im Jahr 2014 rund 20.000 gewesen sein. Manche Experten gehen aber von etwa 100.000 Chinesen in Sambia aus. Und fragt man gewöhnliche Menschen auf der Straße, hört man häufig sogar Zahlen jenseits von einer Million.

Die meisten Chinesen leben zurückgezogen in ihren Communities. Der wachsende Unmut über ihre Anwesenheit im Land geht an ihnen vorbei. „Ich bin gut integriert, aber die meisten Chinesen sind nicht in der Lage, sich einzufügen", sagt ein Chinese, der anonym bleiben möchte. „Chinesen ziehen es in der Regel vor, unter sich zu bleiben", fügt er hinzu. Er selbst lebe seit 13 Jahren in Sambia und möge die Hauptstadt Lusaka, erzählt er im DW-Interview. Und er habe sich an das Leben in dem südafrikanischen Land gewöhnt.

Aktivisten fordern Schutz für einheimische Unternehmen

Die wenigen Chinesen, die sich gut in das afrikanische Leben integrieren, sind häufig Ladenbesitzer und Kleinstunternehmer. Doch ausgerechnet die sorgen für den meisten Unmut, da sie mit einheimischen Geschäftsleuten konkurrieren. Dabei sehen die aktuellen Gesetze in Sambia vor, dass Ausländer nur im Großhandel arbeiten dürfen, nicht aber im Einzelhandel. Die Behörden stehen in der Kritik, diese Regeln nicht konsequent durchzusetzen.

„Die Regierung braucht ein System, um diesen Zustrom in unser Land zu regulieren und gleichzeitig die einheimische Wirtschaft zu schützen – besonders die kleinen Geschäfte, die nicht auf Investitionen hoffen können", sagt Kryticous Patrick Nshindano, Leiter der NGO „Civil Society for Poverty Reduction Zambia".

Nshindano findet, dass bestimmte Wirtschaftsbereiche der einheimischen Bevölkerung vorbehalten bleiben sollten. Viele in Sambia teilen diese Ansicht. Sie fürchten Jobverluste durch die chinesischen Aktivitäten im Einzelhandel. Ein junger Mann in einem Handyladen in Lusaka bringt die Stimmung auf den Punkt: „Man kann nicht einfach herkommen und den Markt überfluten."

Abu-Bakarr Jalloh, Fang Wan

Die Autoren sind als freie Journalisten für die Deutsche Welle tätig. Ihren am 9.4.2019 erschienenen Beitrag entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung der Deutschen Welle (www.dw.com)
https://www.dw.com/de/sambia-widerstand-gegen-chinas-pr%C3%A4senz/a-48267412



Von China erbaut: die Maputo-Katembe-Brücke. Foto: Jcornelius / cc:by-sa

Wahrnehmungen überbrücken

CHINAS ROLLE IN MOSAMBIK. Vielerorts wächst die Besorgnis über Chinas Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas. Chinesische Finanzen und Investitionen auf dem Kontinent werden in neokoloniale Erzählungen über Pekings „Belt and Road Initiative“ und die sogenannte „Schuldenfallendiplomatie“ gegossen. Solche Bedenken werden von den Eliten Mosambiks nicht geteilt. Die mosambikanische Regierung macht sich das zu eigen, was eine Wirtschaftselite als eine „symbiotische“ Beziehung zu China bezeichnet. Sie fördert aktiv chinesische Projekte im Land und genießt es, sich im diplomatischen Rampenlicht zu sonnen, das Peking dem Land bietet.

Ein Feuerwerk erhellte den Himmel und spiegelte sich über der längsten Hängebrücke Afrikas. Deutlich sichtbar von dem Dach, auf dem ich mich befand, verband die im November 2018 eröffnete Maputo-Katembe-Brücke die Hauptstadt Mosambiks mit der unterentwickelten Strandgemeinde auf der anderen Seite der Bucht von Maputo. Straßenverkäufer verhökerten Waren mit Abbildungen der Brücke auf aus China importierten Polyester-T-Shirts, um ein Vorzeigeprojekt zu feiern, das von – wem sonst? – den Chinesen gebaut und finanziert wurde.

Überall in Mosambik werden täglich Schilder und Transparente in Mandarin und Portugiesisch aufgestellt, die an Gerüsten, Schaufensterfronten und sogar an Podien angebracht werden, auf denen Präsidenten und Botschafter sitzen. Sollte Filipe Nyusi, der amtierende Präsident, seinen Vorgängern weiterhin nacheifern, werden chinesische Aktivitäten in der ehemaligen portugiesischen Kolonie zum alltäglichen Bild.

Als begeisterter Empfänger der Finanzierung durch Peking und starker Befürworter chinesischer Privatinvestitionen ist Nyusi einer von vielen afrikanischen Führern, der eine Chance für eine symbiotische Beziehung erkennt, wenn er eine solche sieht. Die glänzende neue Maputo-Katembe-Brücke wäre ohne eine solche Beziehung nicht möglich gewesen. Ohne sie hätten sich die Mosambikaner immer noch mit der überfüllten, verrosteten alten Fähre oder den vielen Fahrstunden um die Bucht herum abgefunden. Was aber brachte so viele Menschen gegen die Brücke auf?

Maputos offizielle herzliche Umarmung

Die Beziehungen zwischen Peking und Maputo haben sich durch jahrzehntelange politische Verflechtungen und einem Gemisch aus Investitionen und Vorzugskrediten für ein Land, das von Schulden und einem schwierigen Geschäftsumfeld geplagt ist, verfestigt. Auch wenn Mosambik zu den am wenigsten entwickelten und den wenigen nicht-

englischsprachigen Ländern im östlichen und südlichen Afrika gehört, ist es heute eine Region, die für Chinas „Belt and Road Initiative" (BRI) von entscheidender Bedeutung ist. Mosambik war das erste afrikanische Land, das eine globale strategische Partnerschaftskooperation und ein Abkommen unterzeichnet hat, und es ist Mitglied der Länder der Seidenstraße.

Maputo scheut sich kaum, diese bilaterale Zusammenarbeit bei jeder sich bietenden Gelegenheit öffentlich anzupreisen. Nicht nur singen Regierungsbeamte regelmäßig Loblieder auf die chinesische Hilfe und Investitionen, noch jeder Präsident seit der Unabhängigkeit hat mehrere Reisen nach China unternommen. Mosambik wiederum hat jeden chinesischen Präsidenten und fast jeden Ministerpräsidenten zum offiziellen Staatsbesuch eingeladen.

Es bestehen auch verschiedene inoffizielle Verbindungen. Der ehemalige Präsident Joaquim Chissano leitet den politischen Arm des neu gegründeten China-Afrika-Instituts, und an der Eduardo-Mondlane-Universität, der renommiertesten Universität des Landes, wird derzeit ein brandneues Konfuzius-Institut gebaut. Auch wenn Mosambik von mächtigen und wohlhabenderen afrikanischen Volkswirtschaften umgeben ist, die für Chinas Geschäfts- und Handelsinteressen wichtiger sind, genießt es dennoch die anhaltende politische und diplomatische Gunst Pekings.

Skepsis der Mosambikaner

Aber es besteht eine große Kluft zwischen Mosambiks offizieller Umarmung Chinas und der allgegenwärtigen Skepsis, die unter den Nichtregierungseliten herrscht. Die Konzentration auf nichtstaatliche Eliten ist gewollt. In einem überwiegend armen und ländlichen Land wie Mosambik stellen sie einen einzigartig wichtigen Teil der öffentlichen Meinung dar: Sie haben Zugang zu reichhaltigen Informationen über politische und wirtschaftliche Angelegenheiten des Landes, sind aber nicht verpflichtet, sich an die offizielle Linie zu halten.

Während in den üblichen Umfragen, in denen auch ein großer Prozentsatz ländlichen Wähler mit niedrigem Informationsstand befragt wird, ein rosigeres Bild von China gezeichnet wird und 36 Prozent der Befragten China als das beste Entwicklungsmodell nennen, wäre es unter den nichtstaatlichen Eliten – die sozial mobil, gebildet und wohlhabend genug sind, um in der regierungsnahen und privaten Industrie zu arbeiten und dabei in gewissem Maße auch chinesischen Firmen ausgesetzt sind – schwer, eine positive Einstellung gegenüber China zu finden. Das verbindende Element in dieser Elite ist der tiefe Zynismus, den sie gegenüber China hegen – ein Zynismus, der völlig losgelöst ist von der Rhetorik der „Schuldenfallendiplomatie", die in Washington und anderen westlichen Hauptstädten geäußert wird. Ihre Furcht hat nichts mit Neokolonialismus zu tun oder damit, dass China Militärstützpunkte errichten könnte. Ihr Skeptizismus speist sich aus ihrer Überzeugung, dass die Art und Weise, wie chinesische Unternehmen in Mosambik operieren, ein Spiegelbild der endemischen Korruption ihrer eigenen Regierung ist.

Die Auswirkungen dieser relativ tief verwurzelten Wahrnehmung könnten wichtig sein, da China versucht, die Märkte in Entwicklungsländern in ganz Afrika zu erweitern und mit Initiativen wie dem Forum für die Zusammenarbeit zwischen China und Afrika (FOCAC) „Herzen und Köpfe" zu gewinnen.

China ist mit 2,2 Milliarden US-Dollar der größte bilaterale Gläubiger Mosambiks, aber die chinesischen Auslandsinvestitionen (FDI) in Mosambik sind, selbst im afrikanischen Vergleich, nur ein kleiner Teil von Chinas FDI-Portfolio. Warum erhalten dann chinesisch unterstützte Projekte – viel mehr als andere ausländische Investoren – unter den Eliten Mosambiks unverhältnismäßig viel Aufmerksamkeit? Die Antwort liegt in der Art der chinesischen Investitionen und in der Art und Weise, wie die Einheimischen der chinesischen Präsenz begegnen und mit ihr interagieren. Das lässt sich an drei verschiedenen Fällen veranschaulichen.

Die Brücke: Ergebnis hochrangiger Verbindungen

Die Maputo-Katembe-Brücke – die längste Hängebrücke Afrikas – ist ein perfektes Beispiel für die hohe Sichtbarkeit chinesischer Projekte. Sie ist heute das bekannteste Wahrzeichen in der Skyline der Hauptstadt und wäre ohne China nie gebaut worden. Sie wurde fast vollständig von der China Exim Bank finanziert und von der staatlichen Firma China Road and Bridge Company gebaut. Ein ausländischer Berater in der Rohstoffindustrie sagte mir: „Die Chinesen bauen eine Brücke und eine Straße, und jeder kann sehen, dass sie es geschafft haben. Nicht jeder kann die Auswirkungen eines europäischen Erdölunternehmens sehen, selbst wenn es langfristig größer ist."

Sicher, amerikanische und europäische Offshore-Flüssiggas-Projekte sind buchstäblich weiter entfernt, während viel mehr Mosambikaner die Brücke persönlich erleben. Aber der wahre Grund, warum diesem Infrastrukturprojekt so viel Aufmerksamkeit geschenkt wird, ist, dass die mosambikanische Regierung darum bittet. Im Laufe des sehr angespannten Bauprozesses lief die offizielle Öffentlichkeitsarbeit auf Hochtouren, das Projekt wurde überschwänglich gelobt. Als es schließlich mit fünf Monaten Verspätung und Zig-Millionen über dem Budget eröffnet wurde, rollte die Regierung den roten Teppich aus. Präsident Nyusi hielt eine im Fernsehen übertragene Zeremonie zum Durchschneiden des Bandes ab, an der der chinesische Botschafter und andere hoch-

rangige Politiker teilnahmen, bei der Straßen gesperrt und Feuerwerkskörper eingesetzt wurden. Die Brücke verband lediglich Maputo und Katembe, aber der offizielle Prunk und die Umstände, die sie umgaben, lassen vermuten, dass sie die gesamte Nation symbolisch mit China verband.

Die Kehrseite dieser Öffentlichkeitswirkung bedeutet jedoch, dass chinesische Initiativen auch zu einer verstärkten öffentlichen Kontrolle einladen, insbesondere im Hinblick auf ihre Durchführbarkeit und ihre Beweggründe, wie in hitzigen Facebook-Debatten deutlich wurde. Ich konnte miterleben, wie sich wohlhabende junge Profis zum Knall und Zischen des entfernten Feuerwerks auf einer Dachparty über die üppige Zeremonie lustig machten. Sie gingen davon aus, dass das ganze Brückenprojekt samt seiner vielen Verzögerungen und Kostenüberschreitungen nur ein Gewinnspiel des staatlichen chinesischen Bauunternehmens sei.

In Wirklichkeit haben die Chinesen auf der Brücke jedoch eher verloren als von ihr profitiert. Das Projekt war finanziell nicht durchführbar, wie die Auflösung der staatlichen Holdinggesellschaft drei Monate nach ihrem Bau aufgrund fehlender Einnahmen beweist. Das bedeutet, dass Maputo durch die Brücke zusätzliche Schulden aufgebürdet wurden, falls die China Exim Bank diese Kredite nicht erlässt, wie es in der Vergangenheit geschehen ist. In diesem Fall würde China die gesamten Kosten für die Brücke tragen.

Kurz gesagt, die Eliten der Nichtregierungsorganisationen verstanden, dass die Mauteinnahmen die Kosten für das Brückenprojekt nicht decken würden, und niemand dachte, dass die China Exim Bank ihr Geld jemals zurückbekommen würde. Wenn China also nicht von der Brücke profitiert hat, warum bestehen die Eliten dann darauf, dass es irgendwo ein Gewinnmotiv geben muss? Dass sich eine solche Ansicht durchgesetzt hat, hat viel mit dem Ansehen zu tun, das sich die Chinesen in Mosambik erworben haben.

Die Farm: Wachsendes Misstrauen

„Für ein kommunistisches Land sind die Chinesen in Afrika doch strikt kapitalistisch", wie ein Agrarexperte feststellte. Chinesische Firmen, ob in Staatsbesitz oder nicht, sind für ihre hastige, profitorientierte Geschäftskultur bekannt. Im Allgemeinen weisen viele Quellen auf die Neigung chinesischer Firmen hin, selbst in schwierigen Umgebungen Gewinne zu erzielen und sich nicht an westliche Arbeitspraktiken zu halten. Dass chinesische Firmen angesichts dieses Rufs schlechte Investitionsentscheidungen treffen könnten, fällt den lokalen Eliten schwer zu glauben. Sie sind in der Regel davon überzeugt sind, dass die chinesische Firma irgendwie Gewinn machen muss und ihre Projekte nur auf den ersten Blick ein „Verlust" sind.

Dieses Muster wird durch die Initiative des Zentrums für landwirtschaftliche Tests und Entwicklung (ATDC) veran-



Foto: Ton Rulkens / cc:by-sa

schaulicht, die durch den Transfer chinesischer Technologie und Expertise in 23 afrikanischen Ländern die Ernährungssicherheit fördern und die landwirtschaftlichen Erträge steigern soll. Das vom chinesischen Handelsministerium gesponserte und einige Stunden außerhalb Maputos gelegene ATDC in Mosambik war das allererste, das 2012 eröffnet wurde. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um eine öffentlich-private Partnerschaft (PPP), die Vertreter chinesischer und mosambikanischer Ministerien beherbergt, Forschungsagronomen und chinesische Staatsunternehmen zusammenbringt und auf einer staatlichen Landkonzession eine kommerzielle Farm betreibt.

Die PPP sollte die lokalen Bauern ausbilden und gleichzeitig einen gesunden Gewinn erzielen. In der Praxis hat sie jedoch weder das eine noch das andere erreicht. Das chinesische Unternehmen hat zwar das glänzende neue ATDC-Testzentrum auf der Machamba (Feld) gebaut und den Übergang zur Kommerzialisierung geschafft, die Ziele des Projekts blieben aber im Dunkeln. Obwohl das ATDC offiziell als Entwick-



Foto: Xinhua/Nie Zuguo

lungshilfe gilt, betonten Direktiven des chinesischen Handelsministeriums die Rentabilität als Ziel des kommerziellen Landwirtschaftsprojekts. Diese Profitorientierung schien auf Kosten der von China geführten landwirtschaftlichen Forschung und der Bemühungen um die Einbeziehung der Gemeinden zu gehen, was die Amtskollegen der mosambikanischen Regierung, die es nicht gewohnt waren, mit Profitdenken zu arbeiten, eher ratlos zurückließ.

Einer der Hauptgründe dafür, dass das ATDC ins Stocken geriet, waren die sprachlichen und kulturellen Barrieren, die von den Teilnehmern des Modellbauernhofs als „immens" bezeichnet wurden. Selbst nach vielen Betriebsjahren hatte der Betrieb keine chinesischen Mitarbeiter, die bequem und fließend Portugiesisch sprechen konnten. Der Mangel an angemessenen Sprachkenntnissen schuf auf beiden Seiten Ressentiments und erwies sich als ein Produktivitätsalbtraum.

Vielleicht könnte der ATDC aus dem Erfolg des privaten chinesischen Agrarunternehmens Wanbao lernen. Das Unternehmen begann als PPP mit Finanzierung aus dem China-Afrika-Entwicklungsfonds, konnte sich aber durch effektive Lokalisierung von den staatlich geförderten Programmen, die es ins Leben riefen, abheben. Wanbao verkauft seinen Reis heute unter dem portugiesischen Markennamen Bom Gosto mit einer Verpackung, auf der das Logo in lateinischer Schrift abgebildet ist. Mit der Zeit hörten die Mosambikaner auf, Wanbao mit der chinesischen Regierung in Verbindung zu bringen, und begannen, Wanbao als lokale Reismarke zu akzeptieren. Dadurch wurde Wanbao zu einem der größten und profitabelsten Reisanbaubetriebe in Mosambik.

Der Hafen: Kapitalistische Verschwörung und Korruption

Die mosambikanischen Eliten neigen zu der Ansicht, chinesische Kapitalisten steckten mit der Regierung unter einer Decke, um voneinander zu profitieren. Ein Beispiel dafür ist der kommerzielle Fischereihafen in der Stadt Beira in Zentralmosambik. Die chinesische Regierung stellte 120 Mio. US-Dollar zu Vorzugsbedingungen für eine vollständige Überholung des Porto de Pesca im Jahr 2017 zur Verfügung, um seine Anlegekapazität zu verdoppeln und die Fischereiproduktion um mehr als das 200-fache zu steigern. Das Projekt wurde vom Büro des Präsidenten und der chinesischen Botschaft als Markenzeichen der Zusammenarbeit von Staat zu Staat gefördert, mit der Erwartung, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Exporte in die asiatischen Märkte erheblich auszuweiten.

Doch nach der Ankündigung bemerkten die Küstenbewohner einen offensichtlichen Zustrom von Industriefischereischiffen und berichteten regelmäßig über Sichtungen von Schiffen, die unter chinesischer Flagge fuhren. Bei vielen Gelegenheiten wurden Schiffe mit den Flaggen anderer asiatischer Nationen in sozialen Medien wie Facebook und WhatsApp mit chinesische Schiffen in einen Topf geworfen, was zu Vorwürfen von gefälschten Nachrichten und Fotos führte. Dennoch war man ausschließlich auf chinesische Flaggen fixiert, da sich Kommentatoren lautstark darüber beschwerten, dass die Regierung die Küste an die Chinesen verkauft habe und ihnen freie Hand ließ, um im Austausch gegen den glänzenden neuen Hafen „unsere Ozeane trockenzulegen".

Die Erzählung über die Gier der Regierung, die es chinesischen Fischereifahrzeugen ermöglicht, die noch im Entstehen begriffene mosambikanische Fischereiindustrie zu überholen, wurde schnell alltäglich. Die Ironie liegt darin, dass, hätte die Regierung nicht die Renovierung des Hafens durch China als ein weiteres Beispiel für bilaterale Zusammenarbeit und Hilfe angepriesen, die Eliten China gegenüber vielleicht nicht so zynisch eingestellt wären. Diese „kapitalistische Verschwörung" rührt im Grunde von der tief verwurzelten Wahrnehmung der chinesischen Akteure als gewiefte Profiteure. Dabei projizieren die Eliten ihre Gefühle über ihre eigene Regierung auf China: Wenn die eigene Regierung korrupt ist, ist auch jeder, der mit der Regierung zusammenarbeitet, korrupt.

Zügellose Spekulationen über chinesische Motive haben ihre eigene konspirative Logik angenommen, obwohl sie eher prosaisch als schändlich sind. Niemand geht davon aus, dass der kommerzielle Fischereihafen bald zu einem Stützpunkt für die chinesische Marine wird, sondern es muss ein anderes kommerzielles Motiv dahinter stecken. Wie eine Quelle aus der Politik es ausdrückte: „Es ist nicht so, dass die Chinesen nach anderen Regeln spielen als die Amerikaner und Europäer, sie spielen nicht einmal das gleiche Spiel."

Lauren Baker

Die Autorin arbeitete zehn Wochen als Absolventin eines Sommerkurses von MacroPolo in Chicago an einer Fallstudie, die auf Erkenntnissen und Quellen basierte, die sie während ihres Jahres als Boren-Stipendiatin in Mosambik pflegte. Nach ihrem Studium für internationale Beziehungen an der Universität von Chicago lebt sie jetzt in Washington, DC. Ihren hier stark gekürzten Beitrag „Bridging Perceptions: China in Mozambique" vom 27.8.2019 entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung der Seite von MacroPolo – Decoding China's Economic Arrival: https://macropolo.org/analysis/china-mozambique-elite-perceptions/



Japans Premierminister Shinzo Abe bei einer Konferenz zu Entwicklung in Afrika. Foto: Denis Mukundi / World Bank

Rivalität und imperiale Kontinuitäten

JAPAN VERSUCHT IN AFRIKA, SEINEM GROSSEN RIVALEN CHINA AUF DEN FERSEN ZU BLEIBEN. Dabei knüpft Tokio an alte Konzepte aus dem Kaiserreich an. Dies lässt sich besonders eindrücklich am Beispiel des ProSavana-Projekts und dem Nacala-Korridor in Mosambik festmachen.

Wenn man an die Außenbeziehungen des afrikanischen Kontinents denkt, dann kommen einem wahrscheinlich spontan die einstigen europäischen Kolonialstaaten in den Sinn, Frankreich und das Vereinigte Königreich, oder auch Belgien, Deutschland und Portugal. Vielen ist es gewiss auch nicht entgangen, dass China in den letzten 20 Jahren zum wichtigsten externen Akteur auf dem Kontinent aufgestiegen ist. An Japan denkt gewöhnlich niemand. Doch es wäre gewiss ein Fehler, den Einfluss und die Interessen der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt zu übersehen, die sich zum Teil mit anderen aufstrebenden Mächten wie Brasilien und Indien verbündet.

Von EZ zu Geopolitik: die TICAD

Dabei ist Japans Engagement in Afrika in erster Linie aus einer Konkurrenz zum Reich der Mitte heraus zu verstehen. Während Japans Afrikapolitik sich bis vor wenigen Jahren noch auf klassische Entwicklungshilfe beschränkte, steuerte das Land zuletzt um. 1991 war der asiatische Inselstaat noch das weltweit größte Geberland, reduzierte seine Beiträge jedoch, seit die japanische Wirtschaft in den 1990er-Jahren in eine bis heute andauernde Phase wirtschaftlicher Stagnation eintrat. Ein Schlüsselinstrument zur Koordinierung der afrikanisch-japanischen Beziehungen wurde die TICAD, die „Tokyo International Conference for African Development". Die Konferenz tagte das erste Mal 1993 und wurde bis 2013 nur im Fünfjahresturnus abgehalten. Während sich die ersten drei Konferenzen im Wesentlichen um Fragen der Entwicklungszusammenarbeit drehten, markierten die Konferenzen der Jahre 2008 und 2013 den Beginn einer stärker interessengeleiteten japanischen Politik. In dem Maße, in dem sich China über günstige Kredite und Infrastrukturmaßnahmen als Gegenleistung den Zugang zu den reichen afrikanischen Bodenschätzen und vielversprechenden Absatzmärkten sicherte, wollte Japan nicht hinter seinen asiatischen Rivalen zurückfallen.

Verfassungspazifismus und militärisches Engagement

Doch auch militärisch begann man stärker in Afrika Fuß zu fassen. Seit 2011 verfügt Japan über eine Militärbasis am Horn von Afrika, selbst wenn die japanische Nachkriegsverfassung, wie die deutsche, den Einsatz der „Selbstverteidigungsstreitkräfte" eigentlich strikt auf die Landesverteidi-

gung beschränkt. Im Jahr 2016 ließ Japan seine Militärbasis im ostafrikanischen Dschibuti, in dem China ebenfalls seine bislang einzige Basis in Afrika unterhält, sogar noch ausbauen, und begründete dies mit dem wachsenden chinesischen Engagement in der Region. In Nigeria etablierte sich Japan außerdem als militärischer Geldgeber und finanziert den bewaffneten Kampf gegen islamistische Milizen wie Boko Haram im Norden des Landes.

Im Jahr 2014 beschloss die Regierung unter Shinzo Abe schließlich eine Neuinterpretation des umstrittenen Artikels 9 der Verfassung. Diese neue Doktrin, die 2015 durch das Parlament bestätigt wurde, spricht Japan das Recht auf eine „kollektive Selbstverteidigung" zu, die es dem Land erlaubt, sich an militärischen Einsätzen und Konflikten zu beteiligen, auch wenn es selbst nicht angegriffen wurde. Diese Zäsur in der japanischen Außenpolitik wurde mit einer vermeintlich wachsenden Gefahr durch das immer stärkere China begründet. Anwendung fand die neue Sicherheitsdoktrin nur ein Jahr später im Südsudan. Seine Beteiligung an einer dortigen UN-Stabilisierungsmission, für die Japan ab 2016 ein fünfjähriges Mandat besaß, musste das Land allerdings schon 2017 nach einem Jahr Einsatz abbrechen, da Premierminister Abe zu Hause unter Druck geriet.

Monokultur als Vision: ProSavana

Abgesehen vom Militärischen hat die japanische Afrikapolitik drei regionale Schwerpunkte: In Westafrika ist dies der „West African Growth Ring", der Côte d'Ivoire, Ghana, Togo und Burkina Faso umfasst. Der bestehende ostafrikanische „Northern Corridor" hingegen soll die Binnenländer Uganda, Ruanda, Burundi, Südsudan sowie den östlichen Teil der DR Kongo noch besser mit dem kenianischen Hafen Mombasa verbinden, der als Tor zum Indischen Ozean und insbesondere den asiatischen Märkten fungiert. Der dritte Fokus japanischer Interessen liegt im nördlichen Mosambik und heißt „Nacala Economic Corridor", obwohl das Projekt in den letzten Jahren eher aufgrund seines Teilprojekts „ProSavana" Schlagzeilen machte.

Tatsächlich ist ProSavana als Herzstück des Nacala Corridor geplant worden. Das agro-industrielle Großprojekt sollte entlang der bestehenden Bahntrasse entstehen, die Mosambiks Hafenstadt Nacala mit dem westlich gelegenen Hinterland und Malawi verbindet. Neben der Bahnverbindung, die modernisiert und bis Sambia verlängert werden sollte, wollte man den Hafen ausbauen und eine Autobahn errichten. Auch ein Flughafen und eine Erdgas-Pipeline waren im Gespräch.

Das Projekt geht auf die Initiative eines Konsortiums zurück, das im Jahr 2008 zu gleichen Teilen aus dem brasilianischen Bergbaukonzern Vale und dem japanischen Mischkonzern Mitsui Group gebildet wurde. Vorbild für das Konsortium war die landwirtschaftliche Entwicklung des südbrasilianischen Cerrado, die man auf den klimatisch ähnlichen Norden Mosambiks übertragen wollte. Die natürliche Savannenlandschaft im Cerrado ist seit den 1980er-Jahren kontinuierlich den extensiven Monokulturen gewichen, die heute etwa im südwestlichen Bundesstaat Mato Grosso do Sul das Landschaftsbild prägen. Neben Weizen, Reis und Zuckerrohr ist es dort vor allem Soja, das für die Erzeugung von „Bio-Kraftstoff" und als Futtermittel in der Fleischindustrie exportiert wird und nur unter massivem Einsatz von Düngern und anderen Agrochemikalien auf den mageren tropischen Böden wächst.

Was für die Umwelt eine massive Zerstörung und für die indigenen Bewohner dieser Region Vertreibung sowie anhaltende Verfolgung, Tötung, Erniedrigung und Armut bedeutet, inspirierte die damaligen brasilianischen und japanischen Staatschefs Luiz Ignácio da Silva und Taro Aso als Modell für Mosambik. Beim G8-Gipfel 2009 im italienischen L'Aquila beschlossen sie im Einverständnis mit der mosambikanischen Regierung das Großprojekt ProSavana, das die Umstrukturierung von ca. 11 Millionen Hektar Land (entspricht etwa der Fläche Bulgariens) in den Provinzen Zambezia, Niassa und Nampula innerhalb des Nacala-Korridors umfasst.

Koloniale Tradition

Laut der japanischen Wissenschaftlerin Sayaka Funada-Classen knüpft dieses Projekt an koloniale Traditionen der ostasiatischen Großmacht an. Als das japanische Kaiserreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer aggressiver und expansionistischer auftrat, konnte es während des Ersten Weltkriegs mit seinen „21 Forderungen" an China unter anderem seinen Einfluss auf die Mandschurei ausdehnen. Damit setzte das kaiserliche Japan seinen imperialen Kurs fort und verleibte seinem Einflussbereich nach Korea und Taiwan die ausgedehnte Tiefebene im Nordosten Chinas ein, die es vor allem wegen seiner Bodenschätze interessierte.

„Dort errichtete das kaiserliche Japan eine Eisenbahnlinie, die die Kohlebergbauzonen mit dem Hafen verband, und entwickelte dann Sojafelder", so Funada-Classen. „An diesem gigantischen Regionalentwicklungsprogramm waren also Japans öffentliche Eisenbahngesellschaft, Banken und auch Unternehmen wie die Mitsui Corporation beteiligt. Heutzutage nennen wir dies eine ‚Public Private Partnership', angeblich eine gute Sache."

Die Parallelen zwischen der damaligen Kolonisierung Chinas und dem gegenwärtigen Projekt sind frappierend. Nicht nur ist derselbe Mitsui-Konzern im Zusammenspiel mit dem japanischen Staat in die ProSavana-Initiative involviert. Auch heute dient die Modernisierung des Nacala-Korridors neben der landwirtschaftlichen „Entwicklung" bzw. Trans-

formation in erster Linie einer verbesserten Extraktion von Kohle, diesmal aus der mosambikanischen Region Tete südwestlich von Malawi.

Abgesehen von den ausbeuterischen Bedingungen der japanischen Hegemonie (die 1931 in eine militärische Besatzung und die Errichtung eines Marionettenstaats mündete) waren die ökologischen Auswirkungen des Projekts verheerend: Die einstmals dichtbewaldete und artenreiche Mandschurei wurde stark abgeholzt und ist heute ökologisch degradiert.

Soja aus Brasilien

Die grausame Ära des japanischen Imperialismus nahm schließlich mit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki ein jähes und nicht minder grausames Ende, doch ähnlich wie bei den westlichen Staaten wurden auch in Japan viele Vorstellungen, ungleiche Machtbeziehungen und fixe Ideen aus der Zeit des Imperialismus in die neue Zeit mitgenommen.

Einen ähnlich extraktivistischen Ansatz wie damals in der Mandschurei verfolgte Japan auch Jahrzehnte später in Brasilien. In den 1970er-Jahren sah sich Japan, wo die Hülsenfrucht zu den Grundnahrungsmitteln zählt, mit einem Mangel an Soja konfrontiert. Da die Ölsaat im dicht besiedelten Japan mangels potenzieller Anbauflächen weder in ausreichendem Maße angebaut noch importiert werden konnte, begann man sich im Ausland nach Möglichkeiten umzusehen, um sich einen privilegierten Zugang zu dem Rohstoff zu sichern.

Fündig wurde man in Brasilien, das damals (1964-1985) unter der brutalen Herrschaft einer Militärdiktatur stand. Mit den Machthabern schloss Japan ein Abkommen namens Prodecer („Japanisch-Brasilianisches Kooperationsprogramm zur Savannen-Entwicklung"), um den Savannengürtel im Süden Brasiliens in eine „Soja-Kornkammer" für den japanischen Markt zu verwandeln. Dass die Böden der südamerikanischen Savanne eigentlich zu sauer für den Sojaanbau waren, störte nicht, da man mit chemischer Düngung im großen Stil abzuhelfen gedachte.

Tatsächlich wurde der Plan mit japanischer Unterstützung ab den 80er-Jahren Schritt für Schritt ökonomische und ökologische Realität – allerdings ging Japan dabei weitestgehend leer aus, denn die Hauptabnehmer des brasilianischen Sojas wurden zunächst die US-Firma Cargill und später China, das auch heute noch den Großteil des brasilianischen Sojas als Tierfutter importiert. Zu sehr hatte sich Japan bei dem Projekt auf seine Diaspora in Brasilien verlassen, die das Transformationsprogramm leiten und die Kooperation mit Japan sicherstellen sollte. Dies führte allerdings zu anti-japanischen Ressentiments in Brasilien, wo man durchaus zu Recht den neo-kolonialen Ansatz des Projekts erkannte und ablehnte. Letztlich gab man in Brasília dem Druck nach, hielt die Japaner raus und kam stattdessen mit den USA und China ins Geschäft.

„Triangular cooperation"

Das sollte nicht noch einmal geschehen. Wie Funada-Classen erläutert, zog man als Lehre aus dem geplatzten Geschäft, dass man das nächste Mal nicht nur die Produktion bedenken, sondern auch die Kontrolle über die Logistik ausüben sollte. Es sollte noch weitere 20 Jahre dauern, bis man im südöstlichen Afrika einen weiteren Anlauf nahm. Diesmal sicherte man sich vorab die Unterstützung jenes Landes, auf das sich damals die Begehrlichkeiten gerichtet hatten, und bezog es in die Planung mit ein. Brasilien verfügte inzwischen über einiges an Erfahrung, sprach die gleiche Landessprache wie in Mosambik und war überdies gegen Ende der 2000er-Jahre unter Präsident Lula da Silva eine aufstrebende und expandierende Macht der südlichen Hemisphäre mit neiderregenden Wachstumszahlen, die nur zu gerne ihren Einfluss auf andere Länder, besonders lusophone Staaten, ausweiten wollte. Außerdem konnte man das Programm mit

JAPAN HINKT CHINA HINTERHER

Bei der sechsten TICAD-Konferenz, die 2016 zum ersten Mal auf afrikanischem Boden stattfand, sorgte Japans Premier Shinzo Abe in Nairobi für Aufsehen, indem er ankündigte, in den kommenden drei Jahren insgesamt 30 Milliarden US-Dollar an privaten oder staatlichen Mitteln zu investieren. Diese Zielmarke verfehlte er allerdings mit 20 Milliarden Dollar deutlich. Ein wesentlicher Grund für das Scheitern ist wahrscheinlich die inzwischen enorme Schuldenlast vieler afrikanischer Staaten. Da 80 Prozent der japanischen Investitionen in Form von Darlehen kommen, zögern zahlreiche afrikanische Staatschefs, weitere Schulden aufzunehmen. Gewissermaßen ist China somit seinem Nachbarn zuvorgekommen, denn der größte Gläubiger des Kontinents ist die Volksrepublik. Auch die eher gering ausgeprägte Risikofreudigkeit vieler japanischer Unternehmen, die Instabilität und Investitionsrisiken in Afrika oftmals als zu hoch einschätzen, hemmt das japanische Engagement und kann kaum mit dem chinesischen Staatskapitalismus konkurrieren. So verfügt die chinesische Wirtschaft über einen erheblichen Anteil an Unternehmen, die direkt oder indirekt der staatlichen Kontrolle unterliegen.



Protest der Bauernvereinigung UNAC gegen das ProSavana-Projekt. Foto: grain.org

Brasilien an Bord als eine sogenannte „triangular cooperation" verkaufen.

Dieses Konzept beinhaltet, ähnlich wie „south-south cooperation", die Einbeziehung von anderen Partnerländern des Globalen Südens, was damals wie heute in diplomatischen Kreisen häufig als positives Gegenmodell zur als tendenziell einseitig und hierarchisch wahrgenommenen Entwicklungszusammenarbeit zwischen Globalem Norden und Süden gehandelt wird.

So nahm „ProSavana" 2008 Gestalt an und wurde 2009 von den Staatschefs Brasiliens und Japans auf dem G20-Gipfel besprochen. Selbstverständlich war auch die politische Führung von Mosambik mit in die Pläne einbezogen, hielt sich jedoch hierzu bedeckt, sodass die Bevölkerung Mosambiks erst 2011 aus brasilianischen Medien von den Plänen erfuhr, als ihr Landwirtschaftsminister dort ein Interview zum ProSavana-Programm gab.

Ab 2012 begann sich der Widerstand in den Regionen zu regen, die von dem Entwicklungsprojekt unmittelbar betroffen waren, jedoch zu keinem Zeitpunkt als gleichwertige Partner in den Planungen berücksichtigt waren. Als eine Gruppe mosambikanischer Aktivisten den Cerrado in Brasilien besuchten, um sich ein Bild von den Plänen für ihr Land zu machen, kehrten sie schockiert und wütend zurück. „Es ist eine alptraumhafte Vorstellung, dass aus unserem Land auch so eine Ödnis werden könnte", sagte etwa Abel Saida vom Kleinbauernverband Oram, der an der Reise teilnahm. Auch der größere mosambikanische Bauernverband UNAC (União Nacional de Camponeses) schloss sich dem Widerstand an und wurde zu einem entscheidenden Akteur in der Auseinandersetzung. 2012 verurteilte die UNAC in einer Erklärung ProSavana und kritisierte den Landraub, der bereits im Norden des Landes im Zuge des Projekts begonnen hatte.

Teilen, herrschen und Widerstand leisten

Bei der folgenden TICAD-Konferenz im Jahr 2013 überreichten Vertreter der mosambikanischen Zivilgesellschaft einen offenen Brief an den japanischen Premierminister Shinzo Abe und forderten die drei teilnehmenden Länder auf, ProSavana zu stoppen. Der Brief wurde von 23 mosambikanischen Organisationen sowie 43 internationalen Organisationen und sozialen Bewegungen unterzeichnet, darunter einige aus Japan und Brasilien. Erfolgreich gelang es dem Widerstand, auch in den Partnerländern der „triangular cooperation" Fuß zu fassen, sodass sich die Verantwortlichen dort auf einmal unangenehme Fragen gefallen lassen mussten. Gleichzeitig ließ die japanische Seite nichts unversucht, den Widerstand systematisch zu diskreditieren und die verschiedenen Gruppen zu entzweien. Das ging aus offengelegten Dokumenten zur „Kommunikationsstrategie" für ProSavana hervor, die explizite Strategien aufzählten, die Akteure gegeneinander auszuspielen, etwa die mosambikanischen Bauernverbände gegen die Landbevölkerung sowie die Zivilgesellschaften verschiedener Länder gegeneinander. So empfahl die portugiesische Beraterfirma CV&A, die von der Japan International Cooperation Agency (JICA) eigens dafür beauftragt wurde, mit Bezug auf den lokalen Widerstand: „Wenn der Einfluss [lokaler NGOs] anhält, wird Folgendes empfohlen: ... die Rolle ausländischer Organisationen in Mosambik infrage zu stellen oder zu kritisieren (Kritik von einigen mosambikanischen Behörden fördern)."

Zudem nahm man sich vor, wohlgesonnene Artikel und Beiträge in den Medien gezielt zu fördern. Ferner wollte man die mosambikanische Regierung um Hilfe ersuchen, um „district collaborators" in jedem der 19 Bezirke im Zielgebiet zu identifizieren, um auf lokaler Ebene das Projekt voranzutreiben und den Widerstand zu unterdrücken. Dies fachte den Zorn der Projektgegnerinnen und -gegner jedoch nur noch weiter an. Der Protest zog immer weitere Kreise, breitete sich in alle Landesprovinzen aus und erreichte schlussendlich auch die internationale Öffentlichkeit.

Erfolg durch die Hintertür

Brasilien zog sich bereits Ende 2013 offiziell aus dem Projekt zurück, da offensichtlich der Imageschaden inzwischen zu groß geworden war. Dies bedeutete jedoch nicht das Ende des privatwirtschaftlichen Engagements aus Brasilien. Allein 2014 erfolgten 35 Landakquisitionen durch brasilianische Firmen im Nacala-Korridor, davon 11 zur Soja-Produktion. Bereits bestehende Projekte in der Provinz Niassa wurden zügiger umgesetzt und auch heute ist Brasilien an vielen Fällen von Landerwerb beteiligt. Doch auch die japanische Regierung blieb trotz der Erfolge von Gegnerinnen und Gegnern des Projekts am Ball.

Zwar konnten diese 2018 einen entscheidenden Erfolg vor Gericht erringen, der die Verantwortlichen zwang, das Projekt vorerst auf Eis zu legen. Offiziell vom Tisch ist ProSavana jedoch erst seit Kurzem. Am 20. Juli 2020 gab das mo-

sambikanische Landwirtschaftsministerium bekannt, das Programm zu beenden. Stattdessen soll das neue Programm „Sustenta“ realisiert werden, das auf nationale Investitionen setzt und die Landrechte der lokalen Bevölkerung besser schützen soll. Dies bedeutet einen großen Erfolg für die Gegnerinnen und Gegner des Projekts, die acht Jahre lang erbittert und ausdauernd Widerstand geleistet haben. Trotz einiger Vorbehalte bezüglich des „Sustenta“-Programms begrüßten die Vertreter des Bauernverbands UNAC die Entscheidung einhellig, mahnten jedoch zur Vorsicht. Denn in der gleichen Erklärung, in der die Regierung den „Abschluss“ von ProSavana meldete, kündigte sie an, die Zusammenarbeit mit Japan fortsetzen und vertiefen zu wollen. Und tatsächlich scheint es bereits seit etwa zwei Jahren, seitdem es ruhig um das Projekt geworden ist, als hätte Japan lediglich seine offensive Strategie geändert und versuche nun, das Projekt „durch die Hintertür“ umzusetzen. So wurden sogenannte Pilotprojekte im Agrarbereich in Höhe von 14 Millionen Dollar für ca. 4800 Landwirte finanziert, die nicht zufällig alle im Einzugsgebiet des Nacala-Korridors leben.

Das formelle Ende von ProSavana ist also auch die logische Folge einer bereits länger andauernden veränderten Strategie. Da passt es ins Bild, dass im offiziellen Sprachgebrauch bereits seit einiger Zeit kaum mehr von ProSavana die Rede war, dafür jedoch umso mehr vom Nacala-Korridor. Offensichtlich möchte man von japanischer Seite aus zunächst die „low hanging fruits“ pflücken und hat wohl aus pragmatischen Gründen der verbesserten Erschließung der mosambikanischen Kohle für den japanischen Energiemarkt Vorrang gewährt. Dafür soll die Infrastruktur entlang der alten Bahntrasse ausgebaut werden.

Aus Gründen der Energieversorgung geht das japanische Interesse jedoch auch über den Nacala-Korridor hinaus und richtet sich u.a. auf die Erdgasvorkommen im Norden Mosambiks. Hier spiegelt sich deutlich Japans Energiesektor in seiner Außenpolitik, da Erdgaskraftwerke mit 39 Prozent den größten und Kohlekraftwerke mit 33 Prozent den zweitgrößten Anteil an der japanischen Energieversorgung aufweisen. Der japanische Mitsui-Konzern, Schlüsselfigur bei ProSavana, hält weiterhin 20 Prozent der Anteile an einem Offshore-Erdgasfeld in Cabo Delgado und erwarb vor wenigen Jahren vom brasilianischen Bergbaukonzern Vale 50 Prozent der Schürfrechte an den Steinkohlevorkommen von Moatize in der mosambikanischen Provinz Tete. Dabei umfasst die Sphäre japanischer Engagements und Interessen weitere Länder in der Region.

Auch Malawi plant man besser über den Korridor anzubinden. Der über Nacala abzuwickelnde Außenhandel des Binnenlandes soll von acht Prozent im Jahr 2015 auf 39 Prozent im Jahr 2030 steigen, um so den Häfen in Durban und Beira Konkurrenz zu machen, über die heute der Großteil der malawischen Außenwirtschaft läuft. Ähnliches verspricht man sich für Sambia. Insgesamt soll das Handelsvolumen des Nacala-Hafens den Plänen zufolge von 1,9 Mrd. (2015) auf 4,6 Mrd. US-Dollar (2030) wachsen. Parallel finanziert Japan über einen 370 Millionen Euro umfassenden Kredit den Ausbau eines Tiefseehafens in Toamasina an Madagaskars Ostküste.

Gekommen um zu bleiben

Betrachtet man die reinen Zahlen, fällt Japans Engagement, auf den gesamten Kontinent gerechnet, sicher kaum ins Gewicht. Während die Volksrepublik China bzw. chinesische Unternehmen insgesamt etwa 3700 Kooperationsprojekte in Afrika unterhalten, entfallen auf den japanischen Staat und Privatsektor gemeinsam lediglich 800 Kooperationen, allein die Hälfte davon auf Südafrika. Auch was das schiere Handelsvolumen betrifft, übertrifft China seinen Nachbarn um ein Vielfaches. Japan hinkt seinem Rivalen also weiterhin mit deutlichem Abstand hinterher und die ökonomische Entwicklung der letzten Jahre deutet darauf hin, dass China den längeren Atem und dauerhaft größere Kapazitäten haben könnte, um als einflussreicher Geldgeber im Ausland aufzutreten. Aber obwohl China wohl auch besser aus der jüngsten, durch Covid-19 bedingten Wirtschaftskrise hervortreten wird als Japan, mehren sich die Zeichen, dass China künftig sein Augenmerk stärker auf die unmittelbare asiatische Nachbarschaft lenken und an manchen Stellen ein Machtvakuum hinterlassen könnte.

Richtet man den Blick nun auf einzelne Regionen wie Südost-Afrika, dann ist der japanische Einfluss bereits heute sehr bedeutsam. Dabei weist Japan, obgleich niemals Kolonialmacht in Afrika, einige imperiale Kontinuitäten in seinem Engagement auf und seine Interessen sind, wie bei anderen Akteuren auch, hauptsächlich extraktivistischer Natur. Dies wird überdeutlich an dem verheerenden ProSavana-Programm, bei dem es vorrangig um die Erschließung von Kohle, Soja und Mais ging, allerdings auch um die Furcht, gegenüber den Konkurrenten ins Hintertreffen zu geraten. Dass das Projekt durch ein breites Bündnis aus lokalen, nationalen und internationalen Organisationen und Initiativen gestoppt werden konnte, ist ein großer Erfolg und stimmt hoffnungsvoll. Allerdings scheint es verfrüht, Entwarnung zu geben, denn offensichtlich hat Japan seine Pläne diesbezüglich nicht aufgegeben und sucht nun diskretere Wege, sie zu verwirklichen. Und auch jenseits von ProSavana bleibt der Inselstaat aktiv: Anfang Juli kündigte ein Konsortium aus japanischer Regierung, Banken und Unternehmen an, mehr als 12 Milliarden Euro in die Förderung von Flüssigerdgas in Mosambik zu stecken. Mit Japan ist also weiterhin zu rechnen.

Daniel Düster



Foto: Jeon Han / cc:by-sa

Diplomatie, Handel und Chaebols

DIE AFRIKAPOLITIK SÜDKOREAS. Die südkoreanische Afrikapolitik war zunächst durch die komplizierte Beziehung zum nordkoreanischen Nachbarn geprägt. Nach dem Ende des Koreakrieges im Jahr 1953 und der damit vollzogenen Teilung des Landes legte Südkorea den Fokus auf sein Bündnis mit den USA. Ziele waren, die Wirtschaft anzukurbeln und militärische Sicherheit zu erreichen. Es dauerte ein knappes Jahrzehnt, bis Südkorea diplomatische Beziehungen zu afrikanischen Staaten aufnahm.

Die ersten Jahre seiner Diplomatie in Afrika konzentrierten sich darauf, die Unterstützung der afrikanischen Nationen für den Beitritt Südkoreas zu den Vereinten Nationen zu erlangen. 1961 etablierte Südkorea diplomatische Beziehungen zum Tschad, Kamerun, der Elfenbeinküste und dem Niger. In den kommenden Jahrzehnten baute Südkorea Beziehungen zu vielen Ländern auf dem gesamten Kontinent auf. Dabei arbeitete das Land eng mit den Vereinigten Staaten und Westeuropa zusammen. Die anfangs verfolgte Ein-Korea-Politik gab Südkorea 1973 auf.

Nach dem Fall der Berliner Mauer schien es, als würde Südkorea sein Engagement in Afrika verringern. In den beiden letzten Jahrzehnten trat jedoch das Interesse am Austausch und an stärkeren Handelsbeziehungen in den Vordergrund und führte zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit sowohl von staatlicher Seite als auch seitens der großen Unternehmenskonglomerate in Südkorea, Chaebols genannt. Das Jahr 2006, das Seoul zum „Jahr der Freundschaft mit Afrika" erklärte, machte diese Verschiebung sichtbar. In diesem Jahr setzte der damalige südkoreanische Präsident Roh Moohyun mehrere bedeutende koreanisch-afrikanische Initiativen in Gang. Im März 2006 besuchte er Ägypten, Nigeria und Algerien. Dies war der erste Besuch eines koreanischen Präsidenten in Afrika seit 24 Jahren. Während der gesamten Präsidentschaft von Roh gab es einen Eckpfeiler, den er bei der Kommunikation und Entwicklung der Politik Südkoreas gegenüber Afrika verwendete: Südkorea hatte in den vergangenen Jahrzehnten einen massiven wirtschaftlichen Wandel erlebt und wollte den afrikanischen Ländern helfen, ähnliche Fortschritte zu erzielen. Offensichtlich gab es Bemühungen, südkoreanische Unternehmen beim Eintritt in afrikanische Märkte zu unterstützen, aber dies geschah auch im Einklang mit der Unterstützung afrikanischer Länder bei der Entwicklung.

Koreas Entwicklungshilfe

Der Besuch in Afrika war auch der Startschuss der koreanischen Initiative für die Entwicklung Afrikas, die eine rasche Erhöhung der offiziellen Entwicklungshilfe Südkoreas (ODA) für den Kontinent förderte. Die Initiative konzentrierte sich auf die Entwicklung des Humankapitals, der Infrastruktur im Bereich der öffentlichen Gesundheit, der Regierungsführung, der Informations- und Kommunikationssysteme sowie der landwirtschaftlichen Gemeinschaften.

Südkorea hatte seit dem Ende des Koreakrieges eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen und dabei in den

ersten Jahrzehnten selbst von Entwicklungshilfeleistungen profitiert. Im Jahr 2006 unterstützte das Land seinerseits die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika mit einem Betrag von 39,5 Mio. US-Dollar. Bis zum Jahr 2017 war dieser Betrag auf 413 Mio. US-Dollar angestiegen.

Bis August 2006 hatte Südkorea bereits diplomatische Beziehungen zu allen dreiundfünfzig afrikanischen Ländern aufgenommen. Im November 2006 wurde das erste Korea-Afrika-Forum (KAF) vorgestellt, das seitdem alle drei Jahre stattfindet. Gleichzeitig startete Südkorea die alle zwei Jahre stattfindende Korea-Africa Economic Cooperation Conference (KOAFEC) und 2008 das Korea-Africa Industry Cooperation Forum.

Einige der auf der KAF diskutierten Themen umfassen die Suche nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Asien und Afrika, den Austausch der Erfahrungen Koreas in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung mit Afrika und die Förderung des kulturellen Verständnisses zwischen Korea und afrikanischen Ländern. Die KOAFEC verfolgt einen praktischeren Ansatz und erörtert Möglichkeiten für den koreanischen Privatsektor, sich nach Afrika zu wagen, sowie Möglichkeiten zur Verbesserung des Handels zwischen dem Land und dem afrikanischen Kontinent.

Handel mit Afrika

Neben dem nach 2006 beobachteten signifikanten Anstieg der ODAs vom asiatischen Land nach Afrika nahm seitdem auch der Handel zwischen Südkorea und afrikanischen Ländern zu. Insbesondere stiegen die Importe aus Afrika im Jahr 2006 um 50 Prozent, wobei Südkorea in diesem Jahr afrikanische Waren im Wert von 5,7 Mrd. US-Dollar importierte, gegenüber 3,5 Mrd. US-Dollar im Vorjahr. Trotz des absoluten Wachstums machten die Importe aus Afrika nie mehr als 2,2 Prozent der weltweiten Gesamtimporte Südkoreas aus.

Mehr als zehn Jahre später waren die Importe afrikanischer Waren durch Südkorea gegenüber 2006 nicht wesentlich gestiegen. Nach einem Höhepunkt der Importe im Jahr 2014, als die Aufnahme von nigerianischem und algerischem Öl in Südkorea einen historischen Höchststand erreichte, gingen die Gesamtimporte wieder zurück und summierten sich 2017 auf 7,1 Mrd. US-Dollar.

Die Vision Südkoreas in den frühen 2000er Jahren für die Zukunft seiner Handelsbeziehungen mit Afrika war eine der gegenseitigen Zusammenarbeit, bei der der Kontinent eine reichliche Quelle für Mineralien und Energie liefern würde, die in der südkoreanischen Technologie- und Marineindustrie verwendet werden. Schließlich würden die begünstigten Endprodukte nach Afrika zurückgekauft. Südkoreas gesättigter Binnenmarkt bedeutet, dass das verarbeitende Gewerbe des Landes zunehmend exportorientiert ist. Der Schwerindustriesektor ist für das Wirtschaftswachstum von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig ist Südkorea auf Importe angewiesen, um etwa 98 Prozent seines Verbrauchs an fossilen Brennstoffen aufgrund unzureichender heimischer Ressourcen zu decken. Das Land ist einer der weltweit führenden Energieimporteure. Die Erweiterung der Möglichkeiten zur Beschaffung von Öl und Gas ist auch ein Ziel für das verstärkte Engagement Südkoreas in Afrika nach Mitte der 2000er Jahre.

Die südkoreanischen Exporte nach Afrika sind seit Beginn dieses Jahrhunderts erheblich gestiegen – von 3,6 Mrd. US-Dollar im Jahr 2000 auf 10,7 Mrd. US-Dollar im Jahr 2017. 20 Prozent davon gingen nach Nigeria.

Trotz des seit 2000 beobachteten dreifachen Anstiegs der südkoreanischen Exporte nach Afrika in US-Dollar stieg der Anteil Afrikas an den südkoreanischen Exporten nicht über das überschaubare Niveau von 1,9 Prozent aller südkoreanischen Exporte weltweit. Die Tatsache, dass sich die Importe und Exporte zwischen Afrika und Korea prozentual nicht verändert haben und seit Beginn des Jahrhunderts im niedrigen einstelligen Bereich geblieben sind, zeigt, dass Südkorea beim Handel immer noch anderen Regionen Vorrang vor Afrika einräumt.

Koreanische Privatinvestitionen

Seit dem Jahr 2006 hat die Zahl der in Afrika investierenden koreanischen multinationalen Unternehmen kontinuierlich zugenommen. Hyundai Motors, LG Electronics, Samsung und Posco Steel sind nur einige Beispiele für die Expansion südkoreanischer Chaebol auf dem afrikanischen Markt. Samsung, eines der größten dieser Unternehmen, errichtete ein Montagewerk im südafrikanischen Durban, einem der wichtigsten Häfen im südlichen Afrika. Seit 2014 werden in der Anlage täglich 5.000 Samsung-Fernseher montiert, die in ganz Afrika südlich der Sahara verkauft werden. Die erfolgreiche Marktdurchdringung von Samsung in Afrika ermöglichte es dem Unternehmen, nach den besten Standorten für den Bau von Fabriken auf dem Kontinent zu suchen. Für den Bau eines Montagewerks in Kenia nutzte Samsung offenbar seine Verhandlungsmacht, um Steuervergünstigungen zu verlangen als Ausgleich für Verluste durch gefälschte Importe.

Der Plan von Samsung, ein Werk in Kenia zu errichten, beleuchtet seine Strategie, seinen Marktanteil in Ostafrika zu erhöhen und zu festigen und die Wettbewerber in der Region einzudämmen. Das Unternehmen erreicht derzeit den ostafrikanischen Markt, indem es seine Laptops, Kühlschränke, Fernsehgeräte und Drucker direkt aus dem Ausland als Fertigwaren sowie aus anderen regionalen Werken wie dem in Durban importiert. Ein Werk in Kenia würde sowohl Logistikkosten als auch Arbeitskosten sparen.

Der Aufstieg von Samsung zu einem regionalen Star auf dem afrikanischen Elektronikmarkt wurde 2016 gekrönt, als Samsung in der jährlichen Brand Africa 100-Umfrage zur

am meisten bewunderten Marke gekürt wurde. Das Unternehmen ist mit 42 Prozent des Anteils an diesem Segment im Jahr 2016 führend auf dem afrikanischen Markt für Smartphones. Afrika hat die Aufmerksamkeit von Samsung auf sich gezogen und das Engagement für den Kontinent bekräftigt. Samsung verfügt außerdem über Produktionsstätten in Ägypten, Sudan, Senegal und Äthiopien sowie über Vertriebs- und Supportbüros in den meisten großen städtischen Zentren Afrikas.

Neben Samsung ist der afrikanische Markt für Smartphones und Weiße Ware (Küchengroßgeräte) das Schlachtfeld für ein weiteres koreanisches Chaebol. LG, das in verschiedenen Marktsegmenten direkt mit Samsung konkurriert, hat in Südafrika ein Fernsehmontagewerk gebaut und sucht in Tansania nach einem weiteren Werk, das hauptsächlich den ostafrikanischen Markt beliefern soll. Auch Lotte, Südkoreas führender Snackhersteller, hat im Juni 2016 sein Büro in Nairobi, Kenia, eröffnet.

Rückschlag auf Madagaskar

Es gibt mehrere andere Beispiele für Koreas erfolgreiche private Investitionen in verschiedenen afrikanischen Staaten. Allerdings gab es auch Misserfolge zu verzeichnen. Südkoreas bekannt gewordene Beteiligung an illegaler und unregulierter Fischerei und die Landpacht in Madagaskar waren einige dieser Rückschläge.

Zwischen 2013 und 2015 hat die Europäische Union (EU) Südkorea in ihre vorläufige Liste der Länder aufgenommen, die nicht gemeldete und nicht regulierte Fischerei betreiben. Dies geschah aufgrund der ständigen Beteiligung von Fischereifahrzeugen unter südkoreanischer Flagge an solchen illegalen Aktivitäten. Um dem entgegenzuwirken, erhöhte Südkorea die Geldstrafen für einheimische Schiffe, die an illegalen Aktivitäten beteiligt waren, und installierte GPS-Ortungsgeräte in allen Schiffen unter südkoreanischer Flagge. Schließlich erreichte Südkorea im Jahr 2015 die Streichung aus dieser Liste der EU und umging damit ein Einfuhrverbot für Fischprodukte.

Der andere internationale Rückschlag in Afrika, der südkoreanische Vertreter aufschreckte, bezieht sich auf den Versuch, 2009 auf Madagaskar eine enorme Menge Land für die Landwirtschaft zu erwerben. Madagaskar war bereit, mit der südkoreanischen Daewoo Logistics Corporation einen 99-Jahres-Pachtvertrag über eine Fläche von 1,3 Millionen Hektar zu unterzeichnen – 3,1 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche Madagaskars. Dort sollten Mais und Palmöl für den Export angepflanzt werden. Dies brachte Südkorea den Vorwurf des Neokolonialismus ein. Letztlich wurde der Deal nicht abgeschlossen, dennoch hatte das Vorhaben gravierende Auswirkungen auf die Politik und die Situation in Madagaskar. Die bereits laufenden Proteste gegen die Regierung von Präsident Ravalomanana aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation, Korruptionsvorwürfen und staatlicher Einschränkungen der Meinungsfreiheit erhielten zusätzlichen Zündstoff. Präsident Ravalomanana wurde schließlich abgesetzt.

Südkorea war nicht der einzige Akteur, der an der Abfolge der Ereignisse in Madagaskar beteiligt war, aber es war möglicherweise der letzte Strohhalm, der den Ausbruch der Krise in diesem Land verursachte. Die Haltung bei diesem Ereignis hat südkoreanische Unternehmen unbestreitbar auf die Probe gestellt, wenn es um Geschäfte in Afrika geht. Es hielt Daewoo jedoch nicht lange von anderen Geschäftsaktivitäten ab.

Daewoo hat über seine Tochtergesellschaften seine Position in Afrika gestärkt und eine Vielzahl von Projekten in verschiedenen Sektoren durchgeführt. 2012 wurde ein Vertrag über den Bau eines 1,3 Mrd. US-Dollar teuren Kraftwerks in Kenia unterzeichnet. Im Jahr 2015 wurde vereinbart, in Äthiopien eine Autobahn im Wert von 82 Mio. US-Dollar zu bauen. Das Unternehmen verkaufte zwei Bohrschiffe an die angolanische Öl- und Gasgesellschaft Sonangol. Daewoo ist auch am Bau der Kazungula-Brücke über den Sambesi beteiligt, die vor der Fertigstellung steht und Botswana mit Sambia verbinden soll. Das Unternehmen baut außerdem ein Kohlekraftwerk im Wert von 1,8 Mrd. US-Dollar in Marokko und hat Projekte in Nigeria, Libyen und Algerien gewonnen.

In den Jahren seit dem gescheiterten und umstrittenen Landabkommen in Madagaskar hat Südkorea hart daran gearbeitet, die diplomatischen Beziehungen zu vielen afrikanischen Ländern wieder aufzubauen und zu verbessern. Obwohl diese Episode wahrscheinlich andere afrikanische Länder dazu veranlasste, die Geschäftsinteressen Südkoreas auf dem Kontinent zu überdenken und zu analysieren, hinderte sie die asiatische Nation offensichtlich nicht daran, das Spektrum und den Umfang von Projekten in Afrika durch koreanische Privatunternehmen oder ODAs der koreanischen Regierung erheblich auszuweiten.

Der Beitrag basiert im Wesentlichen auf dem Artikel von Otavio Veras, „Unpacking South Korea's engagement with Africa", erschienen am 6. September 2018 auf www.howwemadeitinafrica.com/. Übersetzt und aktualisiert von Ringo Raupach.
https://www.howwemadeitinafrica.com/unpacking-south-koreas-engagement-with-africa/62140/

Otavio Veras ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des NTU-SBF-Zentrums für Afrikastudien, einer trilateralen Plattform für Regierung, Wirtschaft und Wissenschaft zur Förderung von Afrika-Expertise, die von der Technologischen Universität Nanyang und der Singapore Business Federation gegründet wurde.



Gestiftet von Nordkorea: Die Samora-Machel-Statue am Platz der Unabhängigkeit in Maputo, Mosambik. Foto: Fritz Joubert / cc:by-sa

Strategischer Partner Afrikas

WAS ZEICHNET DIE PARTNERSCHAFT ZWISCHEN EINEM NAHEZU WELTWEIT ISOLIERTEN STAAT UND VIELEN LÄNDERN IN AFRIKA AUS?

Nordkorea hat mit Blick auf den Block der afrikanischen Länder, die immerhin ein Viertel der UN-Mitgliedsländer repräsentieren, einen eher strategischen Ansatz. Neben dem Bemühen, Verbündete für einen gemeinsamen Widerstand gegen den westlichen Neokolonialismus zu schaffen, geht es auch um einen Markt für Sicherheitsdienstleistungen aufgrund der unverändert hohen Zahl an Konflikt-/Postkonfliktsituationen auf dem Kontinent. Diesen Markt zu bedienen ist Nordkorea sehr willig und bereit.

Neben der Beschaffung notwendiger Devisen macht der Anstieg der See- und Luftverkehrsaktivitäten auf dem afrikanischen Kontinent in Verbindung mit seiner geographischen Lage ihn zu einem attraktiven Transitziel für verbotene Güter und Personen, die ansonsten Reiseverboten unterliegen. Schließlich haben viele afrikanische Staaten selbst negative Erfahrungen mit Sanktionsregimen gemacht und sind von daher tendenziell eher unwillig, sich mit Blick auf die aus ihrer Sicht guten Beziehungen zu Nordkorea darauf einzulassen.

Aus Sicht afrikanischer Staaten, die sich ihre Unabhängigkeit erkämpfen mussten, gilt sicherlich, dass ihre Weltsicht vor allem dadurch bestimmt wird, wer in der entscheidenden Zeit des Kampfes auf ihrer Seite war. Und das war mit Sicherheit Nordkorea. Insofern wird Nordkorea als langjähriger Verbündeter, als Partner in der Entwicklung und als erschwinglicher Auftragnehmer und Handelspartner gesehen.

Belastet durch Sanktionen

Die auswärtigen Beziehungen der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) haben sich über Jahrzehnte durch die Konflikte mit kapitalistischen Ländern und seine historischen Verbindungen zum Weltkommunismus entwickelt. Zunächst hatte Nordkorea ausschließlich diplomatische Beziehungen zu kommunistischen Ländern. In den folgenden Jahrzehnten etablierte es aber auch Verbindungen zu den sog. Entwicklungsländern und trat 1975 der Bewegung der blockfreien Staaten bei. In der Folge gelang es ihm, den Beitritt Südkoreas zu verhindern. 1991 erfolgte dann der Beitritt zu den Vereinten Nationen. Auch wenn am Anfang die Beziehungen zur Sowjetunion das bestimmende Element waren, spätestens mit dem Zerfall des „Ostblocks“ rückte China an die Spitze der Nordkorea unterstützenden Nationen. Allerdings hat Nordkorea in den letzten Jahren seine wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Russland wieder verstärkt.

Aufgrund seines weltweit kritisierten Atomprogramms, der militärisch begründeten Raketenentwicklung sowie Menschenrechtsverletzungen verhängte der UN-Sicherheitsrat seit 2006 mehrmals immer stärker werdende wirtschaftliche Sanktionen mit dem Ziel der Isolation des Landes. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, bestimmen seine wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten auch die Zusammenarbeit mit diversen afrikanischen Ländern. Bisher zeigen die Handelsbeschränkungen keine sichtbare Wir-

kung. Das liegt u.a. daran, dass sich nicht alle Länder an diese Sanktionen halten. Und gerade auch in Afrika besteht nicht überall Interesse, die Beziehungen zu Pjöngjang zu beenden. Wegen fehlender Möglichkeiten des UN-Sicherheitsrats, jene zu bestrafen, die sich nicht an die Sanktionen halten, hängt letztlich der Erfolg der Sanktionen vor allem vom Willen der einzelnen Staaten ab. Nur der Druck der USA als größte Gebernation hat z.B. Namibia und Uganda dazu bewegt, zumindest offiziell die Zusammenarbeit mit der nordkoreanischen Armee zu beenden und zukünftig die Sanktionen zu befolgen. Dagegen hat Botswana 2014 aus eigener Überzeugung seine ursprünglich gute Verbindung zu Nordkorea aufgrund angeblicher Menschenrechtsverletzungen beendet.

Monumentale Bauten

Viele der Beziehungen zwischen afrikanischen Staaten und Nordkorea sind dabei historisch begründet. So unterstütze Nordkorea in den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts eine Reihe afrikanischer Staaten im Kontext der Beendigung der Kolonialherrschaft. Dabei lag ein Fokus im südlichen Afrika mit dem Anliegen der Stärkung des Sozialismus. Nutznießer dieser Kooperation waren die Kämpfer des African National Congress/ANC (militärisches Training in den Camps in Angola) und der South West Africa People's Organisation/Swapo, während im angolanischen Bürgerkrieg bei Kämpfen gegen südafrikanisches Militär auch eigene Truppen und Berater zum Einsatz kamen und simbabwische Befreiungskämpfer in Nordkorea trainiert wurden.

Unübersehbares Zeichen der Zusammenarbeit Nordkoreas mit afrikanischen Staaten ist eine Reihe von Monumentalbauten. Damit beauftragt ist die Monumentenfabrik „Mansudae Overseas Project" (MOP), die mit dem Bau von Denkmälern und Militärinstallationen im Ausland jahrzehntelang Devisen für Nordkorea erwirtschaftet hat. Zu den Bauten gehören der Heldenfriedhof in Harare/Simbabwe, Statuen der ehemaligen Präsidenten Laurent Kabila in Kinshasa und Samora Machel in Maputo sowie der Präsidentenpalast und das Kriegsdenkmal mit dem unbekannten Soldaten in Windhoek, aber auch eher profane Bauten wie das neue Hauptquartier des Militärs und eine Munitionsfabrik. Nach Untersuchungen der UN hat Namibia bis 2017 über 15 Jahre hinweg dafür etwa 100 Millionen US-Dollar investiert. Weitere durch Mansudae erbaute Statuten befinden sich in Benin, Botswana und Senegal. Insgesamt soll es solche Bauten in 16 afrikanischen Staaten geben.

Militärische Beziehungen

Neben den Monumenten finden vor allem Waffenlieferungen und militärische Beratung und Ausbildung das Interesse afrikanischer Staaten. Schon in den 80er-Jahren entsandte Nordkorea Offiziere als Militärausbilder nach Uganda und Simbabwe. Besonders in Erinnerung im letzteren Fall, da die so trainierte berüchtigte 5. Brigade das bisher immer noch nicht aufgearbeitete Massaker an Tausenden von Ndebele zu verantworten hat. Neben militärischer Beratung (Präsidentengarde im Kongo und in Angola und Luftwaffe in Uganda) finden aber auch militärische Güter den Weg nach Afrika. Dazu gehören u.a. Schnellfeuerwaffen (Kongo) und Funkausrüstung (Eritrea) oder wie im Falle Namibias gleich eine ganze Munitionsfabrik. Neben diesen Gütern unterliegen mittlerweile auch Textilexporte sowie Mengenbeschränkungen bei den Ölimporten den Sanktionen. Um die diplomatischen Beziehungen zu intensivieren, war Nordkorea in den 70er-Jahren auch durch einen Bildungs- und Kulturaustausch präsent und gründete zahlreiche „Juche" (self-reliance)-Studiengruppen und Forschungsinstitute in ganz Afrika. Darüber hinaus wurden in den 80er-Jahren afrikanische Studenten zum kostenlosen Studium nach Nordkorea eingeladen, da eine Reihe afrikanischer Führer Nordkoreas alternativen Ansatz eines modernen Sozialismus bewunderten. Schließlich gibt es mit Tansania eine langjährige Zusammenarbeit im medizinischen Bereich mit eigenen Kliniken Nordkoreas. Ein ganz anderes Kapitel ist dagegen die Beteiligung nordkoreanischer Diplomaten am Elfenbeinschmuggel aus mehreren afrikanischen Staaten.

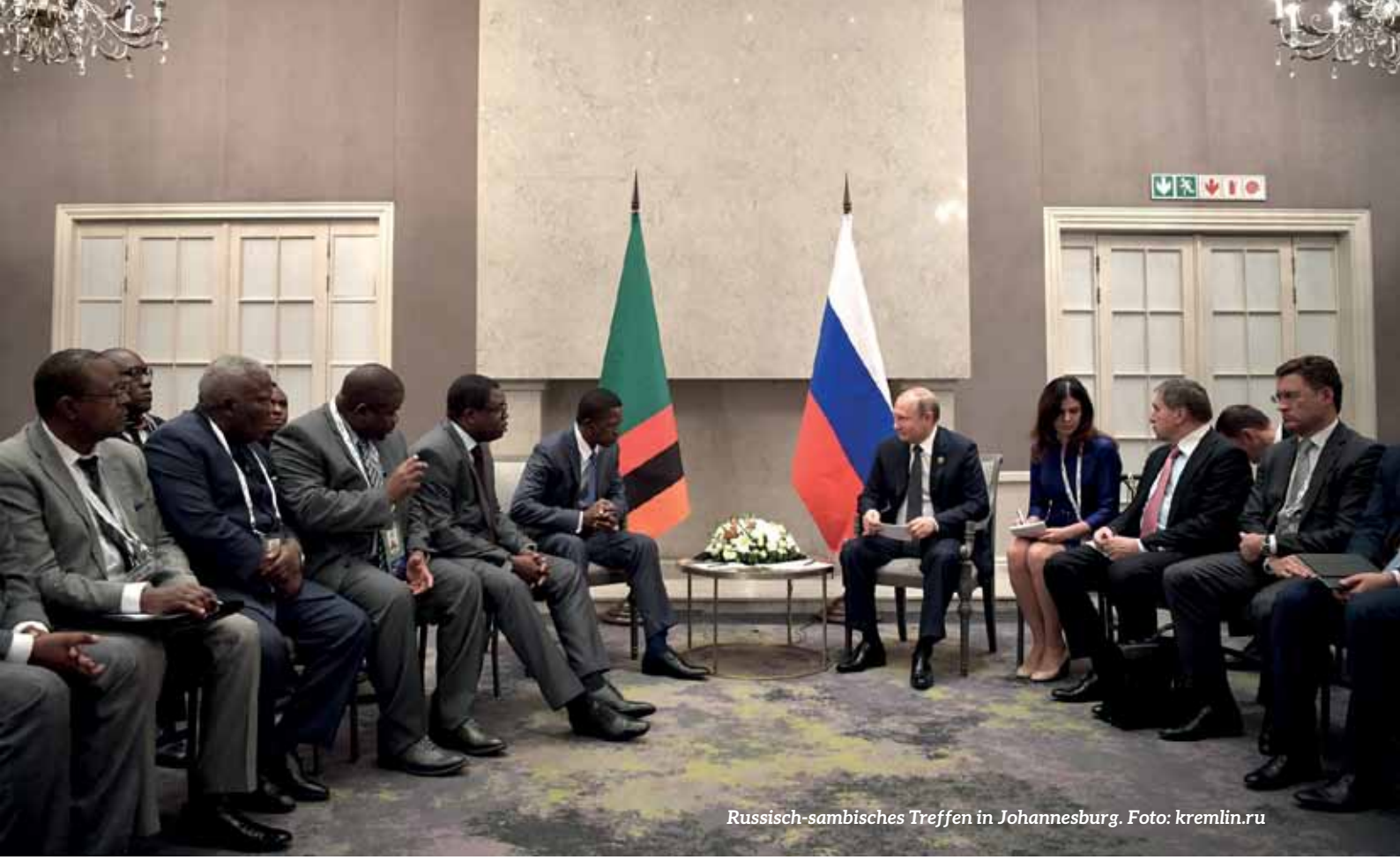
Steigender Handel trotz Sanktionen

Die Handelsaktivitäten zwischen Nordkorea und den afrikanischen Staaten haben seit der Verhängung der ersten UN-Sanktionen zugenommen. Zwischen 2007 und 2015 lag der Handelswert bei durchschnittlich 216,5 Millionen US-Dollar, 2010 in der Spitze sogar bei 627 Millionen. Davor (1998 – 2006) waren es durchschnittlich 90 Millionen. Zuletzt (2011 - 2015) gingen die Zahlen wieder zurück, liegen aber immer noch über dem Wert von vor der Sanktionsverkündung mit 118 Millionen US-Dollar. Im Verhältnis dazu stehen allein die Importe Chinas aus Nordkorea bei etwa 2,9 Milliarden US-Dollar pro Jahr, gegenüber rund 200 Million US-Dollar an Exporten (2019). Damit deckt China alleine 95,4 Prozent (!) des Handelsvolumens von Nordkorea ab.

Dass China seinen Nachbarn intern durchaus kritisch sieht, wurde Ende 2010 durch Veröffentlichungen von WikiLeaks und The Guardian bekannt. Demnach bezeichneten offizielle Stellen in China Nordkorea als „verwöhntes/verzogenes Kind" und sein Atomprogramm „als Bedrohung für die Sicherheit der ganzen Welt".

Ob es der internationalen Gemeinschaft gelingt, über die UN-Sanktionen die diversen Handelsbeziehungen zu afrikanischen Ländern tatsächlich zum Erliegen zu bringen, wird im Rahmen weiterer Untersuchungen und Studien zu klären sein. Zumindest auf „nur" diplomatischer Ebene scheinen die afrikanischen Länder jedoch an der historisch gewachsenen Partnerschaft unverändert festhalten zu wollen.

Klaus-Dieter Seidel



Russisch-sambisches Treffen in Johannesburg. Foto: kremlin.ru

Was hat Russland Afrika zu bieten?

FRAGEN NACH DEM RUSSLAND-AFRIKA-GIPFEL IN SOTSCHI VON 2019

Der Russland-Afrika-Gipfel im Oktober 2019 in Sotschi mag der erste seiner Art gewesen sein, aber er war das Ergebnis der verstärkten Bemühungen der Regierung von Präsident Wladimir Putin, enge Beziehungen zu Afrika zu knüpfen. Ein Jahr, nachdem er die Präsidentschaft vollständig übernommen hatte, traf Putin 2001 mit mehreren afrikanischen Führern zusammen, darunter Meles Zenawi aus Äthiopien, Lansana Conte aus Guinea, Hosni Mubarak aus Ägypten, Abdelaziz Bouteflika aus Algerien, Omar Bongo aus Gabun und Olusegun Obasanjo aus Nigeria. Dies wurde als eine wichtige Entwicklung angesehen, da es im Jahrzehnt nach dem Zerfall der Sowjetunion unter dem Vorsitz von Boris Jelzin weniger diplomatische Beziehungen zwischen Afrika und Russland gab. Die Veranstaltung in Sotschi war jedoch insofern anders, als an ihr Vertreter des gesamten afrikanischen Kontinents teilnahmen. Der Modus operandi von „Afrika-Plus-Eins" war jedoch ähnlich wie bei anderen Gipfeltreffen zwischen Afrika und ausländischen Mächten in den letzten Jahren. Dabei handelt es sich um ein Arrangement, bei dem ein ausländischer Staatschef afrikanische Staatschefs „herbeizitiert", um Fragen von Interesse zwischen seinem Land und Afrika zu erörtern.

Dieser Ansatz ist sogar innerhalb der Afrikanischen Union (AU) kritisiert worden, wo er als bevormundend und damit unfruchtbar angesehen wird. Im Jahr 2006 verabschiedete die AU die Banjul-Formel, nach der die AU selbst 15 afrikanische Staats- und Regierungschefs, darunter die Chefs der fünf Regionen des Kontinents, zur Teilnahme an solchen Gipfeltreffen auswählt. Der Gipfel von Sotschi soll diese Vereinbarung ignoriert haben, indem er alle afrikanischen Länder einlud, dank Präsident Abd al-Fattah as-Sisi von Ägypten, dem damaligen AU-Vorsitzenden und engen Verbündeten Putins. Dennoch kann der Gipfel von Sotschi aus zwei Gründen als Erfolg gewertet werden: erstens wegen der großen Zahl hochrangiger afrikanischer Delegierter, die daran teilnahmen, und zweitens wegen der zahlreichen Abkommen, die zwischen Moskau und afrikanischen Ländern unterzeichnet wurden. Kritiker sind jedoch skeptisch gegenüber dem jüngsten Vorpreschen Russlands in Afrika. Fragen nach Putins wahren Motiven kamen auf.

Russlands Ziele in Afrika

Der Gipfel von Sotschi bietet naturgemäß keine direkten Antworten auf solche Fragen, aber er vermittelt einen Eindruck von den Themen, die nicht nur für Russland, sondern auch für afrikanische Länder von Interesse sind. Ich möchte diesen Punkt hervorheben, weil die Beziehungen zwischen Russland und Afrika normalerweise so gestaltet sind, dass

letzteres als passiver Empfänger dessen dargestellt wird, was Russland anbietet, ohne eine eigene Agenda zu haben. Eine ähnliche Charakterisierung wird auch im Verhältnis des Kontinents zu anderen Weltmächten gesehen. Vor dem Hintergrund dieser Darstellung stellt Jideofor Adibe fest, dass Russland mit seiner neuen expansiven Afrikapolitik vier Hauptziele verfolgt. Diese sind:

- Machtprojektion auf der Weltbühne;
- Zugang zu Rohstoffen und natürlichen Ressourcen;
- Export von Waffen und Sicherheitsdiensten und
- Unterstützung der Energie- und Machtentwicklung in Afrika durch russische Unternehmen.

Im Text von Wladimir Shubin (siehe Verweis am Ende des Artikels) werden das zweite und vierte Ziel korrekterweise als wichtige Aspekte der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Afrika und Russland erläutert. Den beiden anderen Zielen wurde nicht die Aufmerksamkeit zuteil, die sie verdienen.

Was das erste Ziel anbelangt, so ist es kein Zufall, dass die Intensivierung der Bemühungen um eine Vertiefung der Partnerschaft mit Afrika zu einem Zeitpunkt erfolgt, da die Westmächte insbesondere nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 Druck auf Moskau ausüben. Die Europäische Union, die USA, Kanada und ihre Verbündeten haben seither abgestimmte Sanktionen gegen Russland verhängt. Gleichzeitig hat Moskau durch die Osterweiterung der EU weniger Verbündete in der Region. Es ist logisch, dass Russland sich nach Partnern in anderen Ländern umsehen würde. Afrika ist mit einer Gesamtzahl von 54 Ländern ein attraktiver Block. Sein politisches Bündnis wird strategisch als entscheidend angesehen, um die Hegemonie des Westens in globalen Machtkonfigurationen herauszufordern. Unterdessen hegt Afrika seinen eigenen Groll gegen die von den Westmächten dominierte Weltordnung. Der Ezulwini-Konsens von 2005 zum Beispiel ist eine Stellungnahme der AU, die der Forderung nach demokratischeren und repräsentativeren Vereinten Nationen Ausdruck verleiht, indem diese Afrika mindestens zwei ständige und fünf nicht-ständige Sitze im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewährt. Russland, ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, ist somit für Afrika von strategischer Bedeutung.



Russlands Präsident Putin mit Sambias Präsident Lungu. Foro: kremlin.ru

Was das dritte Ziel betrifft, so ist Russland in den letzten Jahren zum größten Waffenlieferanten Afrikas geworden, auf den 13 Prozent der Waffenexporte in die Region entfallen. Dies geschieht zu einer Zeit, in der die afrikanischen Volkswirtschaften ein stetiges Wachstum erfahren haben und nun seit dem letzten Jahrzehnt in der Lage sind, ihre Militärausgaben zu erhöhen. Moskaus Erfolgsbilanz in der Produktion von fortschrittlicher militärischer Hardware macht es zu einem attraktiven Partner für solche Volkswirtschaften. Die politische Instabilität in Ländern wie der Zentralafrikanischen Republik hat ebenfalls zur Nachfrage nach Rüstung beigetragen.

Look East Policy

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass sich die internationalen Beziehungen Afrikas seit dem Ende des Kalten Krieges erheblich verändert haben. Eine dieser Veränderungen ist die zunehmende Einbeziehung „neuer Akteure" auf dem Kontinent. Dazu gehören Länder wie China, Indien, die Türkei und Brasilien. Diese Entwicklung hat den afrikanischen Ländern eine Atempause in ihren Beziehungen zur Außenwelt verschafft, wobei zu berücksichtigen ist, dass die so genannten traditionellen Partner Afrikas (westliche Länder) nach wie vor auf dem Kontinent aktiv sind. Vor fast zwanzig Jahren wurde die „Look East Policy" zu einem Schlagwort in den internationalen Beziehungen Afrikas, als die Länder versuchten, ihre Beziehungen zu alternativen Entwicklungspartnern zu stärken. Dies war eine Folge der abgebrochenen Beziehungen zu westlichen Ländern und/oder der „Entwicklungsmüdigkeit" afrikanischer Länder, die nach jahrzehntelanger Befolgung wirtschaftlicher Vorschriften, die von westlichen Ländern und ihren Institutionen verwaltet wurden, auftraten.

Simbabwe ist hier ein gutes Beispiel. Im Jahr 2005 erklärte der damalige simbabwische Präsident Robert Mugabe, dass „wir uns nach Osten gewandt haben, wo die Sonne aufgeht, und dem Westen den Rücken zugewandt haben, wo die Sonne untergeht". Auch wenn die „Look East Policy" als ein Versuch afrikanischer Länder beschrieben wurde, die Beziehungen zu Ländern in Asien wie Singapur, China, Malaysia, Indien und Indonesien zu stärken, so beinhaltet diese Politik in der Praxis doch auch, auf Länder wie Russland zuzugehen.

Angesichts der historisch gemischten Rolle der Sowjetunion auf dem Kontinent ist es jedoch schwierig, in Bezug auf Russland von „Soft Power" in Afrika zu sprechen. Wie ein Beobachter bemerkte, hat es der Zusammenbruch der Sowjetunion erschwert, in Afrika die Marke Russland zu verkaufen. Dennoch hat Moskau den Afrikanerinnen und

Afrikanern immer etwas zu bieten gehabt. Die Rolle der Sowjetunion bei der Unterstützung der Befreiung Afrikas ist gut dokumentiert und hat ihr damals unter afrikanischen Nationalisten Bewunderung eingebracht. Aber diese interventionistische Rolle war nicht immer im Interesse Afrikas. In einigen Fällen war sie destruktiv in dem Sinne, dass sie im Widerspruch zu Afrikas eigenem Vorgehen im Befreiungskampf und dem Projekt der Nationalstaatsbildung stand, das darauf folgte. Es kann auf die Einmischung Moskaus beispielsweise in Somalia und Äthiopien verwiesen werden, die Marionettenregime an die Macht gebracht haben, was zu innenpolitischen Auseinandersetzungen mit verheerenden Folgen führte. In letzter Zeit wurde die Einmischung Russlands in Ländern wie dem Sudan und Guinea kritisiert. Ein kürzlich durchgesickerter UN-Bericht zeigt die Existenz russischer Söldner in Libyen. Obwohl die russische Regierung jegliche Unterstützung für die Gruppe, deren Existenz auch in Madagaskar und der Zentralafrikanischen Republik entdeckt wurde, verweigert hat, gibt es Anzeichen dafür, dass die Gruppe starke Verbindungen zum Kreml hat.

Moskau stark bei Energie und Verteidigung

Starke historische Bindungen zwischen Afrika und der Sowjetunion können Moskau jedoch einen Vorteil gegenüber einigen der „neuen Akteure" auf dem Kontinent verschaffen – insbesondere aufgrund früherer persönlicher Verbindungen zwischen afrikanischen Eliten und ihren Kollegen in Russland. Wieder andere Beobachter sind der Ansicht, dass Russland es versäumt hat, das Beste aus solchen Verbindungen zu machen. Eine Befragung etwa zum Atomdeal zwischen Südafrika und Russland zeigt jedoch Anzeichen für persönliche Verbindungen zwischen den Eliten beider Seiten. Das Abkommen wurde während der Regierungszeit des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma unterzeichnet, der zuvor als Mitarbeiter des Afrikanischen Nationalkongresses in Russland ausgebildet worden war. Zuma war nicht allein, denn viele andere Genossen erhielten in Moskau eine ähnliche Ausbildung. Inzwischen wurde das Abkommen nach einem großen Korruptionsskandal annulliert. Es ist schwer auszuschließen, dass die Rolle persönlicher Beziehungen dahinter stecken könnte. Nichtsdestotrotz stehen solche historischen Elemente in den Beziehungen zwischen Afrika und Russland vor Herausforderungen, da die mit Moskau vertrauten afrikanischen Eliten gealtert sind und durch jüngere ersetzt wurden, die weder die sowjetische Nostalgie noch eine persönliche Verbindung zu Russland haben.

Die Herausforderung, vor der Russland in Afrika steht, beginnt mit der grundlegenden Frage, was Moskau anbieten kann – was andere nicht können, wenn ich hinzufügen darf. Sicherlich hat es keine finanziellen Möglichkeiten, um China, die USA oder die EU herauszufordern. Was wir jedoch aus dem Gipfel von Sotschi lernen, ist Moskaus Stärke in Bereichen wie Energie und Verteidigung. Es wurde berichtet, dass in Sotschi „Russland den afrikanischen Ländern Kernkraftwerke, Kampfjets und Raketenabwehrsysteme angeboten hat". Es wurde auch berichtet, dass der russische Ölkonzern Lukoil und der Energiekonzern Rosatom Geschäfte mit einer Reihe afrikanischer Länder abgeschlossen haben. In einer Zeit, in der Afrikas Entwicklungsdiskurs von der Industrialisierungsagenda dominiert wird, könnten russisches Fachwissen und Investitionen im Energiesektor von entscheidender Bedeutung sein.

Ein weiterer Bereich von entscheidender Bedeutung, der eine Herausforderung für die afrikanisch-russische Zusammenarbeit darstellt, ist die Fehlinformation auf beiden Seiten, die zu Stereotypen führt, die das gegenseitige Vertrauen behindern können. Meines Erachtens kann dies durch verstärkte zwischenmenschliche Interaktionen in Form von Kulturaustausch, Sport, Bildungsaustausch und gemeinsamen Forschungsprogrammen abgemildert werden. Ich bin ein wenig kritisch gegenüber Shubins Unterstellung, dass die bestehenden Stereotypen von außen aufgezwungen werden. Er selbst hat in der Vergangenheit über die Tendenz russischer Medien geschrieben, Afrika als „Null-Standard" für Ländervergleiche zu verwenden und Afrika negativ und abwertend darzustellen. Es muss festgestellt werden, ob diese Tendenz die Wahrnehmung über Afrika in Russland weiterhin prägt. Dies deutet darauf hin, dass einige dieser Probleme von innen heraus bestehen. Die Vertreterinnen und Vertreter Afrikas und Russlands müssen aufrichtig zueinander sein und ein ehrliches Gespräch fördern, das den Samen des gegenseitigen Vertrauens und der Freundschaft wachsen lässt. Dies ist wichtig, um sowohl die afrikanische als auch die russische Handlungsmacht in dieser Beziehung geltend zu machen.

Muhidin Shangwe

Der Autor ist Dozent für internationale Beziehungen in der Abteilung für Politikwissenschaft und öffentliche Verwaltung an der Universität von Daressalam, Tansania.

Sein Beitrag „It's All About What Russia Can Offer Africa" erschien am 7.2.2020 auf der Seite der Rosa-Luxemburg-Stiftung: https://www.rosalux.de/en/news/id/42595/its-all-about-what-russia-can-offer-africa?cHash=b908dedc4ecf322d57f98da30fe9b0c2
und ist eine Antwort auf die Kommentare von Wladimir Shubin zum Russland-Afrika-Gipfel: „Russia and Africa Need Each Other", RLS. 7.2.2020, https://www.rosalux.de/en/news/id/42595/its-all-about-what-russia-can-offer-africa?cHash=b908dedc4ecf322d57f98da30fe9b0c2

EU-Russland-Dialog zu Afrika

AUSSICHTEN FÜR EINEN ABGESTIMMTEN DIALOG?



Illustration: Ffikretow / Dreamstime.com

Trotz Covid-19 führt Europa Gespräche mit seinen afrikanischen Partnern über eine neue gemeinsame Strategie, die auf dem 6. Gipfeltreffen im Oktober 2020 zwischen Afrikanischer und Europäischer Union in Brüssel verabschiedet werden soll. Diese Vorbereitungen Europas müssen eine kohärente Afrika-Politik in den Bereichen Sicherheit, Einwanderung und Klimawandel aufweisen, die über den Handel hinausgeht. Dies bietet zumindest die Gelegenheit für einen Dialog mit der Russischen Föderation, die sich ebenfalls wieder in Afrika engagiert. Der erste Russland-Afrika-Gipfel in Sotschi im Oktober 2019 fand unter dem gemeinsamen Vorsitz des russischen Präsidenten Wladimir Putin und des ägyptischen Präsidenten und AU-Vorsitzenden Abd al-Fattah as-Sisi statt. Er zog auch 43 Staats- und Regierungschefs und mehr als 6.000 Teilnehmer und Medienvertreter aus Russland und 104 anderen Ländern und Gebieten an.

Aus dem Gipfeltreffen in Sotschi ist das Russland-Afrika-Partnerschaftsforum hervorgegangen, das den zweiten Russland-Afrika-Gipfel im Jahr 2022 vorbereiten soll. Auf dem virtuellen G20-Gipfel, der Ende März stattfand, schlug Präsident Putin die Einrichtung eines Sonderfonds zur Unterstützung Afrikas vor und betonte die Notwendigkeit des Informationsaustauschs. Rund 30 afrikanische Länder hatten um russische Unterstützung zur Bekämpfung von Covid-19 gebeten. So haben bspw. in der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) die Komoren und Madagaskar Nahrungsmittellieferungen bekommen, während Südafrika Testkits erhielt. Allerdings werden die wirtschaftlichen Auswirkungen von Covid-19 wohl Moskaus Afrika-Ambitionen erheblich zurückwerfen. Dies wiederum wird zu einer stärkeren Konzentration auf Schlüsselländer wie Südafrika führen. Moskau ist Gastgeber des 12. BRICS-Gipfels (auch wenn er wegen Covid-19 verschoben wurde) und strebt eine vertiefte Verteidigungs- und Nuklearpartnerschaft mit Pretoria an, trotz des erheblichen Rückschlags nach dem Rücktritt von Jacob Zuma.

EU-Russland-Dialog

Die EU und Russland haben gemeinsame wirtschaftliche, politische und strategische Interessen, und eindeutig gibt es Bereiche von Sicherheitsinteressen, einschließlich maritimer Sicherheit und der Bekämpfung von gewaltsamem Extremismus, die sich überschneiden. Besonders ist das in Nordafrika (derzeit vor allem Libyen) und der Sahelzone der Fall sowie im Golf von Aden, im westlichen Indischen Ozean und an der ostafrikanischen Küste.

Das militärische Engagement Russlands in der Zentralafrikanischen Republik, in Libyen und in jüngster Zeit in Mali und Mosambik hat der EU und ihren Mitgliedstaaten gezeigt, wie wichtig es für sie ist, den Dialog mit Moskau fortzusetzen. Gleichzeitig erfordert ein solcher Dialog jedoch Transparenz und Vertrauen, um erfolgreich zu sein. Brüssel und Moskau fördern derzeit weiterhin rivalisierende Normen und Visionen. So setzt sich die EU beispielsweise für gute Regierungsführung und den Aufbau von Institutionen ein. Das wiederum kollidiert manchmal mit Russlands Strategie, keine Vorbedingungen zu stellen, die auf geopolitischen und merkantilistischen Interessen beruht.

Russische Aktionen in Afrika bedürfen der Offenlegung. Im Oktober 2019 stoppte Facebook die Beiträge im Zusammenhang mit Jewgeni Prigozhin, dem Geschäftsmann, der angeblich hinter Russlands Trollfabrik steht. Die Facebook-Einträge versuchten aktiv, die Innenpolitik einer Reihe afrikanischer Länder zu beeinflussen. Facebook sperrte drei Netzwerke „unechter" russischer Konten, die acht Länder des Kontinents zum Ziel hatten. In den letzten zwei Jahren waren die mit Russland verbundenen Organisationen durch ihre Aktivitäten auf sozialen Medien insbesondere bei den Wahlen in der DR Kongo, Mosambik und Madagaskar sichtbar. Sie scheinen sich auch auf die Wahlen in Tansania (Oktober 2020) und in Sambia (2021) vorzubereiten.

Die jüngste Erfahrung auf Facebook erinnert an die Grenzen der Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU. Die Annexion der Krim und der Konflikt in der Ostukraine haben viele EU-Mitglieder zutiefst skeptisch gegenüber den russischen Absichten und der Möglichkeit eines konstruktiven Engagements mit Moskau gestimmt, insbesondere die NATO und die ostmitteleuropäischen Staaten der EU (vor allem die Visegrad-Gruppe).

Felder der Zusammenarbeit

Dennoch gibt es für Brüssel und Moskau Möglichkeiten, die Risiken einzudämmen und die Kosten jedweder Konfrontation zu reduzieren. Teilweise könnte dies erreicht werden,

indem man nicht nur darauf abzielt, den afrikanischen Kontinent zu einem neuen Schauplatz für geopolitischen Wettbewerb und Experimente zu machen, sondern auch, indem man Informationen austauscht.

Es gibt Bereiche, in denen Russland die Transparenz erhöhen könnte, wie etwa die Offenlegung seiner Verteidigungstransfers in das Register der Vereinten Nationen für konventionelle Waffen. Es gibt auch Raum für die Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten im UN-Sicherheitsrat bei den Sanktionen gegen die Zentralafrikanische Republik, den Südsudan, Mali und Libyen sowie bei anderen Themen wie der Friedenssicherung in Mali, der DR Kongo und der Zentralafrikanischen Republik.

Die Hochschulbildung ist ein Bereich, in dem Russland expandieren will. Moskau nimmt für sich in Anspruch, eine halbe Million Afrikaner habe sich in Russland oder der ehemaligen Sowjetunion ausgebildet. Es gibt in diesem Bereich ein Potenzial für die Zusammenarbeit im öffentlichen Gesundheitswesen und in den Naturwissenschaften, wo EU-Hochschuleinrichtungen eine Qualitätsbeurteilung oder eine gemeinsame Ausbildung anbieten könnten. Die Unterstützung der Hochschulbildung von Afrikanern ist eine wachsende Priorität der EU. Im November 2017 nahm das Europäische Parlament einen Beschluss mit dem Titel „EU-Afrika-Strategie: Ein Impuls für die Entwicklung" an, in der die EU und die AU aufgefordert werden, den Austausch zwischen Studierenden, Lehrkräften, Geschäftsleuten und Forschenden zwischen den beiden Kontinenten zu fördern. Ferner begrüßt es den Vorschlag der Kommission, eine EU-Einrichtung für die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie ein afrikanisches Jugendwerk einzurichten und damit den Anwendungsbereich des Erasmus-Plus-Programms zu erweitern. Darüber hinaus fordert das Parlament eine Diskussion über die Anerkennung der von afrikanischen Schulen und Universitäten ausgestellten Zeugnisse und Diplome durch die EU. Im Oktober 2019 veranstaltete die Europäische Kommission eine hochrangige Konferenz zum Thema „Investitionen in Menschen durch Investitionen in Hochschulbildung und Qualifikationen in Afrika". Das Interesse der EU an der Förderung der Hochschulbildung Afrikas könnte den Weg ebnen für eine trilaterale Zusammenarbeit mit russischen Hochschulanbietern zu Afrika.

Gemeinsame Projekte im Bereich der Infrastrukturentwicklung und öffentlich-privater Partnerschaften könnten eine Möglichkeit für Partnerschaften mit EU-Ländern in der Zukunft schaffen, aber das würde Vertrauen und Transparenz erfordern. Die in Kairo ansässige Afrikanische Export-Import-Bank (Afreximbank) ist ein gutes Beispiel für eine Institution, die von einer erhöhten russischen Finanzierung für afrikanische Infrastrukturinvestitionen profitiert. Projekte über die Afreximbank könnten die Förderungen zusammenführen. Nach Angaben der Afreximbank hat sich der Handel zwischen Afrika und Russland in den Jahren verdoppelt, seit sich die Bank mit dem Russischen Exportzentrum (REC) zusammengetan hat, um den Handel zwischen beiden Seiten zu fördern. Auf dem Gipfel in Sotschi verpflichteten sich die Afreximbank und das REC, das Handelsvolumen in den nächsten zwei Jahren erneut zu verdoppeln.

Die breitere Konfrontation zwischen Russland und der EU darf nicht dazu führen, dass der Dialog mit Russland über gemeinsame Interessen und Anliegen in Afrika eingestellt wird. Insbesondere Subsahara-Afrika könnte ein Gebiet sein, in dem die geopolitische Rivalität kein Nullsummenspiel sein muss, und Moskau und Brüssel könnten Nischenbereiche für eine Zusammenarbeit finden, entweder bilateral oder über den UN-Sicherheitsrat und andere zwischenstaatliche Gremien.

Wo es offensichtliche Widersprüche gibt, wie z.B. bei Interventionen von Trollen bei Wahlen oder robuste Sicherheitseinsätze, bei denen Rechte und Regierungsfragen ignoriert werden, müssen diese klar benannt werden. Beides könnte Russland kurzfristige politische Vorteile verschaffen, ist aber langfristig nicht tragfähig. Die Veränderungen in der politischen Führung im Sudan und in Algerien sind eine Erinnerung daran. Russland investierte stark in die langjährigen Führungspositionen von Abdelaziz Bouteflika (der 20 Jahre lang Präsident Algeriens war) und Omar al-Bashir (der 30 Jahre lang im Sudan amtierte). Beide wurden 2019 durch zivile Proteste abgesetzt, was dazu führte, dass Moskau neue Führungsbeziehungen aufbauen musste.

Im nächsten Jahrzehnt wird sich der geopolitische Wettbewerb in Afrika verschärfen, an dem zahlreiche regionale und externe Akteure beteiligt sein werden. Die afrikanischen Staaten und die AU tragen die Hauptverantwortung dafür, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und wie sie sich international engagieren. Russland und die EU verstärken ihr Engagement und ihr Interesse an dem Kontinent. Wenn sie weiteren geopolitischen Spannungen entgehen wollen, wird die Bewältigung ihrer eigenen Rivalitäten und Visionen ebenso wichtig sein wie die Konsultation ihrer afrikanischen Partner zu ihren Strategien.

Alex Vines

Der Autor ist Direktor des Afrika-Programms des Chatham House in London und Assistenzprofessor an der Universität Coventry.

Sein Artikel geht zurück auf: EUREN Brief 15, Values vs Interests: EU and Russian competition in Africa, January 2020, http://eu-russia-expertnetwork.eu/en/analytics/euren-brief-15



Illustration: Alexeynovikov / Dreamstime.com

Brückenmacht mit Prinzipien

INDIENS AUßENPOLITIK IST GEKENNZEICHNET VON SELBSTBESTIMMUNG UND MULTIPLEN IDENTITÄTEN. Als ehemals blockfreier Staat und Mitglied der BRICS-Gruppe verfolgt Indien das Prinzip der Nicht-Diskriminierung und sieht sich in der Vermittlerrolle zwischen globalen Machtzentren. Aufbauend auf den starken Verbindungen durch die gemeinsame koloniale Vergangenheit weitet Indien die Beziehungen zum afrikanischen Kontinent nun aus. Beim eigenen Anspruch auf eine künftige Weltordnung der „Einheit in Vielfalt" zeigt sich, dass das südasiatische Land auch nicht frei von Widersprüchen und Ambivalenzen ist.

Die indische Außenpolitik führt nicht selten zu Irritationen. Große Verärgerung rief beispielsweise Indiens Beteiligung an der Blockierung des Vertragsentwurfes zum Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls 2009 hervor. Indien schloss sich kurzerhand mit Brasilien, Südafrika und China zur BASIC-Koalition zusammen, um die Verhandlungsposition der Schwellenländer zu verbessern und so gemeinsam die Industriestaaten bei der Bekämpfung des Klimawandels in die Verantwortung zu nehmen. In einem informellen Treffen handelte die Gruppe schließlich mit der US-Delegation die sogenannten Kopenhagen-Vereinbarungen aus, die einziges Ergebnis des Klimagipfels blieben. Und das, obwohl sich Europa bereits zuvor zum Klimagipfel 2007 mit den Schwellenländern solidarisiert hatte, um die G77-Staaten auf seine Seite zu ziehen. Durch diesen Schachzug konnte die in den Verhandlungen damit vollkommenen isolierte USA auf Bali zum Einlenken bewegt werden, ihre Veto-Stimme nicht auszuspielen. Bis zum nächsten Gipfel in Kopenhagen wurden die Karten aber wieder neu gemischt und der Prozess zum Kyoto-Nachfolgeabkommen verzögerte sich durch das Eingreifen der BASIC-Koalition um sechs Jahre. In Paris wurden 2015 daraufhin geforderte Finanzhilfen für die Entwicklungsländer zusätzlich vereinbart.

Vom Westen als natürlicher Verbündeter angesehen, stellt sich Indien diesem in bestimmten Politikfeldern – z.B. Klima oder Welthandel – mit dem Prinzip des „passiven Widerstandes" bzw. „satyagraha" (Ghandi) als Veto-Spieler entgegen. Aufstrebende Mächte wie China und Indien sehen sich jeweils als aktive Akteure und (Mit-)Gestalter bzw. Umgestalter der „westlich" dominierten Weltordnung, in die sie sich nicht einfach eingliedern wollen. Zu diesem Anliegen hat Indien Bündnisse mit anderen Schwellen- und Entwicklungsländern geschlossen, steht jedoch auch nicht per se auf der Seite des „Südens".

Indische Prinzipien

Um die indische Verhaltens- und Verhandlungsposition nachzuvollziehen, ist es wichtig zu verstehen, nach welchen Kriterien Indien handelt und wie es sich und seine Rolle in der Weltordnung sieht. Oberste Priorität hat dabei das Prinzip der Souveränität. Das Hauptziel der indischen Außenpolitik ist somit die Wahrung der eigenen Autonomie. Umgekehrt gilt die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten, allerdings auch in Bezug auf Menschenrechte. Zu Zeiten des Kalten Krieges äußerte sich dies im Konzept der Blockfreiheit (Non-alignment), das seit seiner Unabhängigkeit Indiens Selbstverständnis ausmachte, als dritte und unabhängige Kraft in der Weltpolitik jenseits der Blöcke aufzutreten. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion löste sich die Grundlage dafür auf und stürzte Indien in eine Identitätskrise.

Um den eigenen Anspruch auf Eigenstaatlichkeit aufrechtzuerhalten und sich gleichzeitig der Globalisierung anzupassen, entschied man sich künftig für eine mehrgleisige Ausrichtung (Multi-alignment). Im Zuge dieser Neuausrichtung erweitert Indien seit den 1990er-Jahren seinen außenpoliti-

schen Fokus von der eigenen Region in Südasien zunächst in Richtung der florierenden asiatischen Tigerstaaten („Look East"-Politik) hin zu einer globalen Diversifizierung der Partnerschaften. Zu blockfreien Zeiten ein Vertreter eines sozialistischen Wirtschaftsmodells, zwang die Globalisierung Indien zur Wirtschaftsliberalisierung. Dadurch näher an die westlichen Industriestaaten gerückt, vor allem den USA, gab Indien die Beziehungen zu traditionellen Partnern wie Russland oder den blockfreien Staaten jedoch nicht auf. Seit Anfang der 2000er-Jahre kooperiert Indien auch verstärkt mit anderen aufsteigenden Mächten, insbesondere mit Brasilien, Südafrika und China. In diesem Sinne knüpft Indien auf der Suche nach strategischen Partnerschaften und Handelspartnern Beziehungen mit allen Ländern der Welt – egal ob Ost oder West, Nord oder Süd, demokratisch oder autoritär, klein oder groß, Großmacht oder Entwicklungsland und in verschiedenen Konstellationen. Zugleich vermeidet es indes allzu enge und einseitige Beziehungen, die zu Abhängigkeiten führen oder den Verhältnissen zu anderen wichtigen Akteuren schaden könnten. Abstand nehmend von staatenspezifischen Verbindungen verfolgt Indien teilweise noch seine „wertegeleitete" Außenpolitik, insbesondere aber themen- und interessenbasierte Partnerschaften.

In einer zunehmend pluralistischen Weltordnung und zur Stabilisierung der eigenen nationalen Identität mit unterschiedlichen Kulturen, Traditionen und Systemen ist Indiens Idealvorstellung die „Einheit in Vielfalt", die friedliche Koexistenz in einer ziemlich heterogenen Gesellschaft. Dabei erachtet es das Prinzip der Nichtdiskriminierung, also die Ablehnung diskriminierender und hegemonialer Praktiken zur Bewahrung der herrschenden Weltordnung, als zentralen Eckpfeiler. Gleichwohl zeigen interne Konflikte, repressive Regierungspraktiken und die Verhältnisse zu Nachbarstaaten wie Pakistan die eigenen Bruchlinien auf. Dennoch überzeugt davon, über eine besondere Rolle in der Welt zu verfügen und als Vermittler zwischen den Extremen dienen zu können, sieht sich Indien als „Brückenmacht" und Wortführer des Südens und somit mit einmaligen globalen Einflussmöglichkeiten.

Indien, Afrika und vielfältige Interessen

So vielfältig die Partnerschaften, so vielfältig sind auch die außenpolitische Interessen. Wirtschaftlich geht es Indien um Rohstoffe und Absatzmärkte, geopolitisch um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat, um Interessengemeinschaften als Gegengewicht zu den nördlichen Industrieländern und überdies um die Anerkennung als Großmacht. Auch wenn Asien weiterhin der Schwerpunkt bleibt, spielen hierbei die Verbindungen zum afrikanischen Kontinent wirtschaftlich und strategisch eine zentrale Rolle. Anknüpfend an die alte Verbundenheit durch die gemeinsame koloniale Vergangenheit und Mitgliedschaft in der G77 baut Indien die Beziehungen nun aus, auch in Konkurrenz zu China, und erweitert seine Kooperationen über die Länder des südlichen und östlichen Afrika hinaus zu nicht-anglophonen Ländern (u.a. zu Ruanda).

Als rohstoffarmes Land ist Indien seit der Liberalisierung mit einer wachsenden Wirtschaft und einem zunehmenden Energieverbrauch auf den Import von Erdöl (u.a. aus Nigeria, Angola, Sudan) und Gas (Katar, Australien, Mosambik) angewiesen. Mehr als zwei Drittel des Öl- und Gasbedarfes muss Indien bereits importieren, wovon über 25 Prozent aus afrikanischen Ländern kommen. Zu den weiteren Importen zählen Kohle (Australien, Indonesien, Südafrika), Uran für sein Atomprogramm (Namibia, Malawi), Gold (Ghana, Südafrika) und Diamanten (Südafrika, Simbabwe) für die Edelstein- und Schmuckproduktion. Die indische Gegenleistung besteht hierfür einerseits in der Vergabe von Mitteln, der Lieferung von u.a. Pharmazeutika oder der Durchführung von Entwicklungs- und Infrastrukturprojekten. Daneben gibt es Beteiligungen an UN-Friedensmissionen, militärische und akademische Austauschprogramme. Anderseits liegt bei der Exportförderung ein besonderes Augenmerk auf den afrikanischen Absatzmärkten, insbesondere für Textilien, Elektronik, IT- und Kommunikationsdienstleistungen (z.B. Airtel oder die Tata-Gruppe). Hierzu hat Indien eine Reihe von Wirtschaftsprogrammen und multi- wie bilaterale Foren eingeführt (u.a. „Focus Africa"; Verhandlungen Indien-SACU; Indien-Afrika-Gipfel; IBSA; ISABS). Parallel dazu hat Indien seine Diaspora und deren Geschäftsverbindungen als Katalysator bei der Erweiterung von Absatzmärkten in den jeweiligen Ländern „entdeckt". Die Präsenz indischer Gemeinschaften und der Erfolg indischer Filme trägt dabei indirekt auch zur Vermarktung indischer (Mode-)Produkte wie Textilien, Kosmetika und Schmuck bei (vgl. nachfolgenden Beitrag „Bollywood und die indische Softpower").

Geopolitisch ist Indien auf Süd-Süd-Kooperationen und Bündnisse wie BRICS angewiesen und erhofft sich in Bezug auf den UN-Sicherheitsrat insbesondere auch von afrikanischen Staaten Unterstützung. Immerhin machen Indien und der afrikanische Kontinent ein Drittel der Weltbevölkerung aus. Mit den Bestrebungen zur Großmacht baut sich Indien mittels einer prinzipienorientierten, wenn auch manchmal zwiespältigen, Politik und teilweise konkurrierender Interessen untereinander ein differenziertes Netzwerk an komplexen Beziehungsverhältnissen auf und ist – obgleich selber fern einer toleranten Koexistenz – überzeugt davon, einen Beitrag zum Aufbau einer gerechteren und friedlicheren Weltordnung leisten zu können.

Anna Balkenhol

Für den Aufsatz wurden Beiträge u.a. des Giga-Instituts, Hamburg, des Deutschlandfunks und der Deutschen Welle (2013-2019) ausgewertet.



Indiens Premierminister Narendra Modi mit Robert Mugabe und anderen Staatsführern auf dem 3. India Africa Forum Summit in New Delhi, Oktober 2015. Foto: M. Asokan /cc:by-sa

Indiens eigener Zugang zu Afrika

IN DEN KOMMENDEN JAHRZEHNTEN WILL INDIEN EINEN ERHEBLICHEN TEIL DER FÜR SEINE ENTWICKLUNG NOTWENDIGEN ENERGIEN UND RESSOURCEN AUS AFRIKA BEZIEHEN und diese zunehmend mit dem Absatz seiner Produkte für den wachsenden afrikanischen Mittelstand bezahlen. Dabei kommt Indien beim Kampf um afrikanische Ressourcen, Marktanteile und politische Sympathien seine „Soft Power" in Afrika zugute. Indien möchte sich auch Afrikas „China-Müdigkeit" zunutze machen, da Pekings Auftreten auf dem Kontinent zunehmend als zu massiv empfunden wird.

Zentrale Triebkräfte der indischen Außenpolitik sind der dringende Wunsch, die ökonomische und militärische Umarmung durch China abzuschütteln und in Asien und auf der Weltbühne eine der Bevölkerungsgröße Indiens wirtschaftlich und politisch adäquate Rolle zu spielen. 2025 soll Indien China in Bezug auf den Bevölkerungsreichtum überholen und dann ca. 1,6 Milliarden Menschen beherbergen. Gegenwärtig leben in Indien 1,38 Mrd., in China 1,4 Mrd. Menschen. Aber im Wettlauf um Industrialisierung, Handel, Infrastruktur, Durchschnittseinkommen, militärische Stärke, Raumfahrt und vor allem um globalen Einfluss und politische Relevanz liegt Indien gegenüber China weit zurück.

Uralte Beziehungen

Die Geschichte der indisch-afrikanischen Beziehungen reicht bis in die Pharaonen- und Römerzeit zurück, als zwischen Ägypten und der Malabarküste (Indiens Westküste) Handel hauptsächlich mit Gewürzen betrieben wurde. Ab dem 17. Jhd. arbeiteten indische Sklaven für holländische Kolonialherren am Kap der Guten Hoffnung und äthiopische Krieger dienten als Soldaten beim Nizam, dem islamischen Herrscher des Fürstenstaats Hyderabad. Die Siddis, Nachfahren afrikanischer Krieger in den Diensten der Herrscher von Gujarat, leben seit 400 Jahren im Westen dieses Bundesstaates. Zwischen achtzig und hunderttausend indische Menschen wurden Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts mit Hilfe von Zwangsarbeitsverträgen oder aufgrund der sich bietenden Chancen nach Ost- und Südafrika gelockt, um Eisenbahntrassen zu verlegen (32.000 kamen alleine nach Kenia zum Bau der Kampala-Mombasa-Eisenbahn) oder um in den Minen Südafrikas oder in der Landwirtschaft der anderen ostafrikanischen Kolonien zu arbeiten, auch im ehemaligen Deutsch-Ostafrika. Die Briten setzten besser gebildete indische Migranten als Verwalter, Buchhalter, Organisatoren der einheimischen Bevölkerung vor. Die Verwaltungsarbeit des britischen Kolonialreichs in Ost- und zum Teil auch in Südafrika lag weitgehend in ihren Händen. Sie begannen Handel zu treiben und setzten sich bald in ihren Lebensverhältnissen deutlich von der afrikanischen Bevölkerung ab.

Als sich Afrika in den 1960er- bis 1980er-Jahren von den Kolonialregimen befreite, blieb ein großer Teil der indischen Bevölkerung im Land, viele nahmen die jeweiligen Staatsangehörigkeiten und Pässe an, andere wanderten nach Großbritannien oder Australien aus. Jawaharlal Nehru und seine Tochter Indira Gandhi, Indiens prägende Premierminister nach der Befreiung Indiens von Großbritannien (15.8.1947),

hatten Indien zur Führung der Bewegung der Blockfreien Staaten während des Kalten Krieges verholfen, beginnend mit der berühmten Bandung-Konferenz 1955 in Indonesien. Indien unterstützte die afrikanischen Befreiungsbewegungen sowie die Anti-Apartheitbewegung diplomatisch, durch militärische Ausbildung, Sorge für die Opfer und Waffenlieferungen. Aber erst 1986 wurde ein Fonds dafür gegründet (AFRICA, Action For Resisting Invasion, Colonialism and Apartheid), der private und öffentliche Gelder für die Befreiung sammelte.

Fehlende Assimilation und Indophobie

Nach der kolonialen Befreiung wiesen Nehru und Gandhi den Wunsch der indisch-stämmigen Menschen in Afrika nach doppelten Staatsangehörigkeiten und damit Rückkehrmöglichkeiten nach Indien zurück und empfahlen ihnen, sich als Bürgerinnen und Bürger in die neuen Länder zu integrieren. „Indophobie" gab es schon während der Kolonialzeit, aber auch nach der Befreiung gerieten indische Menschen immer wieder zwischen die politischen Fronten. Die indischen Immigranten haben sich nie in den afrikanischen Gesellschaften assimiliert, sondern blieben auf ihre kulturelle Besonderheit bedacht. Ihre Dominanz in der Geschäftswelt und der daraus erwachsene Wohlstand sorgten für anhaltenden Argwohn der afrikanischen Bevölkerungen gegenüber der indischen Minderheit, der sich gelegentlich in Ausschreitungen entlud.

1949 haben Zulus in Durban ein Massaker mit 147 Toten unter der indischen Bevölkerung angerichtet, Frauen und Kinder vergewaltigt und Geschäfte zerstört. Auch 1985 flammten diese indophoben Unruhen wieder auf. Beim Staatsstreich gegen den kenianischen Präsidenten Arap Moi 1982 wurden indische Geschäfte geplündert und Inderinnen vergewaltigt. Am bekanntesten ist die ethnische Säuberung Ugandas durch Präsident Idi Amin 10 Jahre zuvor. 80.000 indischstämmige Menschen mussten das Land verlassen, 26.000 davon migrierten nach Großbritannien, Uganda wurde seiner Unternehmerschicht weitgehend beraubt.

Seit einigen Jahren gibt es Kritik an der Haltung Mahatma Gandhis zur schwarzen Bevölkerung Afrikas. Wohl hat er sich während seiner 21 Jahre in Südafrika verschiedentlich abfällig über die „Eingeborenen" geäußert, sein Kampf mit der südafrikanischen Kolonialverwaltung um die Gleichheit der indischen Minderheit vor dem Gesetz schloss die schwarze Mehrheit nicht mit ein. Dennoch hat sein gewaltloser Kampf gegen die koloniale Unterdrückung auf viele, die für die Befreiung Afrikas kämpften, inspirierend gewirkt.

Mit Entrüstung werden vor allem in Nigeria, aber auch anderen afrikanischen Ländern, die seit 2016 auftretenden rassistischen Ausschreitungen gegen studierende Landsleute in New Delhi und anderen indischen Städten wahrgenommen. Diese werden beschuldigt, Drogen zu verkaufen oder sich zu prostituieren, es kommt immer wieder zu Todesfällen. Laut BBC vom April 2017 haben afrikanische Botschaften in Delhi einen Protestbrief an die Regierung geschrieben, die fremdenfeindlichen und rassistischen Ausschreitungen verurteilt sowie eine Untersuchung durch die Menschenrechtskommission verlangt. Konsequenzen sind nicht gezogen worden.

Indiens Afrikapolitik

Die Spannungen zwischen China und Indien haben sich zuletzt besorgniserregend verschärft, seit Mitte Juni 2020 bei Auseinandersetzungen von Militärs in der Region Galwan und Pangong Lake entlang der Kontrolllinie zwischen beiden Ländern im nordöstlichen Ladak 20 indische Soldaten getötet wurden. Indien empfindet die chinesischen Investitionen zum Aufbau einer neuen Seidenstraße, die „Belt and Road Initiative", als bedrohliche wirtschaftliche Umklammerung ebenso wie die sogenannte „Perlenkette", eine Kette von Häfen, die sich von Malaysia über Burma, Sri Lanka, Malediven und Pakistan erstreckt und droht, den Indischen Ozean zu einem Chinesischen Ozean zu machen. Diese Konkurrenz bezieht sich auch auf Afrika als Einflussgebiet, als Kontinent mit begehrten Ressourcen, günstigen landwirtschaftlichen Anbauflächen und Märkten mit zunehmender Nachfrage, auch nach Gütern und Dienstleistungen aus Indien.

Marie-Aude Fouréré zeigt in ihrer historisch-anthropologischen Studie vom März 2017 für Tansania, wie über lange Zeiträume lokale Eliten das Zusammenleben von indischen und afrikanischen Menschen auch mittels der Zuschreibung von Stereotypen kontrolliert haben.

Schon heute bezieht Indien aus Nigeria, Angola und Sudan ca. 25 Prozent seines gesamten Rohölbedarfs, sowie Gas aus Ägypten. 2017 machten die afrikanischen Energielieferungen 60 Prozent der afrikanischen Exporte nach Indien aus. Seit dem neuen Jahrtausend haben eine ganze Reihe afrikanischer Staaten jährliche Wachstumsraten von über fünf Prozent erreicht. Das kontinentale Bruttoinlandsprodukt beträgt gegenwärtig ca. zwei Billionen US-Dollar pro Jahr und die Bevölkerungszahl ist auf ca. eine Milliarde Menschen angewachsen. Afrika wird seither in Indien als Schlüsselpartner betrachtet. Die indische Wirtschaft sieht die Möglichkeit, erheblich am jährlichen afrikanischen Mittelschichtkonsum von ca. 1,4 Billionen US-Dollar zu verdienen. Auf all diese Fakten weist die indische Exim-Bank aus Mumbai, Indiens halbstaatliche Exportförderbank, hin. Sie wickelt die private und staatliche kreditbasierte Süd-Südkooperation mit Afrika ab und hat dabei besonders den indischen Export nach Afri-

EXIM-BANKKREDITE FÜR AFRIKA 2010 BIS 2019

Region	Kreditsumme (in Mio. USD)	Anteil
Ostafrika	3.325,34	38 %
Südliches Afrika	2.294,42	26 %
Westafrika	1.551,28	18 %
Zentralafrika	852,04	10 %
Ecowas Bank for Investment and Development (EBID)	650	7 %
Gesamt	8.673,08	100 %

Quelle: Policy Center for the New South, PB 19/34

ka und die Förderung indischer Vorhaben in Afrika im Blick.

Die Bank unterhält mit Stand Mai 2019 177 Kreditrahmen in afrikanischen Ländern in Höhe von 9,7 Mrd. US-Dollar für Projekte, die vom Eisenbahn- und Industrieanlagenbau über IT Parks, Bewässerung und Landwirtschaft, Energie und ländliche Elektrifizierung reichen, wie man der Website der Exim-Bank entnehmen kann. Die Exim-Bank unterhält Zweigstellen in Abidjan, Addis Abeba und Johannesburg.

Indisch-Afrikanische Gipfeltreffen

Indien will mit China in Afrika auf zwei Weisen konkurrieren. Gleichzeitig mit den eigenen Interessen möchte man das Kompetenzlevel aller afrikanischen Partner fördern. Und mit der Hilfe der wirtschaftlich und politisch gut integrierten indischen Diaspora in Afrika möchte Indien seinen eigenen Kurs in Afrika zwischen China, den USA und den Europäern entwickeln. Zur Stärkung der Beziehungen will die Regierung Modi 18 neue diplomatische Vertretungen in Afrika einrichten, sechs davon gibt es bereits.

Bereits 2005 wurden zwischen Indien und der Afrikanischen Union regelmäßige Treffen auf der Ebene der Staatschefs vereinbart. Bisher fanden drei solcher Treffen statt, das nächste ist für September 2020 angesetzt, falls es nicht wegen der Corona-Krise verschoben wird. Beim letzten Treffen in New Delhi (2015) sagte Narendra Modi, Premierminister Indiens von der national konservativen Indischen Volkspartei, Afrika 500 Millionen US-Dollar an Zuschüssen zu, legte einen Entwicklungsfonds in Höhe von 100 Mio. US-Dollar auf und eröffnete einen Kreditrahmen in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar. Mit einer Exportkreditabsicherung (88,89 Mio. US-Dollar im Zeitraum 2015-2016) ähnlich der Hermes-Kreditversicherung in Deutschland soll die Scheu indischer Investoren vor Risiken in Afrika abgemildert werden.

Als Teil des bereits 1964 eingerichteten Regierungsprogramms „Indian Technical and Economic Cooperation“ (ITEC) sollten ferner 50.000 afrikanische Studenten bis 2025 eine Ausbildung an indischen Lehranstalten, Universitäten oder auch Militärhochschulen erhalten. 30.000 haben dieses Ziel bereits erreicht, schreibt Indiens Ministerium für Auswärtiges, das für die Süd-Südkooperation zuständig ist. Christian Wagner von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin ist der Ansicht, dass dieses Programm vermutlich dazu beigetragen hat, Indiens Position als Wortführer der Entwicklungsländer über die Jahre zu stärken (SWP 11, 2019). Bis heute haben sich weit über 50.000 Führungspersonen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung zu Aus- und Weiterbildungszwecken in Indien aufgehalten, darunter 13 ehemalige oder amtierende Präsidenten und sechs Armeechefs.

Indien beteiligte sich an der 1998/2005 vereinbarten HIPC-Initiative der G7/8 zum Schuldenerlass für die ärmsten und am höchsten verschuldeten Länder in den Nullerjahren. Es erließ Mosambik, Tansania, Gambia, Guyana, Nicaragua, Ghana und Uganda insgesamt 20 Mio. US-Dollar. Auch jetzt während der Corona-Krise beteiligt sich Indien am Schuldenmoratorium der G20-Länder, in dessen Rahmen alle Schuldendienste für 2019 gestundet und auf Ende 2020 verschoben werden.

Indiens Afrikaprioritäten

Während seiner Afrikareise nach Südafrika, Ruanda und Uganda 2018 sprach Premierminister Modi vor dem Parlament in Kampala. Er verkündete dort Indiens 10 Grundsätze und Felder für seine künftige Kooperation mit Afrika. Dabei versicherte er, dass die Länder Afrikas in der indischen Politik künftig an vorderster Stelle stehen werden und bei der konkreten Zusammenarbeit die afrikanischen Prioritäten zum Zuge kommen. Er will die indischen Märkte für afrikanische Produkte attraktiv machen und die indische Industrie bei Investitionen in Afrika unterstützen. Indien will seine digitale Kompetenz zur Unterstützung der digitalen Revolution in Afrika nutzen, staatliche Dienstleistungen, Bildung und Gesundheit sowie die digitale Alphabetisierung fördern, die Teilhabe aller Schichten und Geschlechter an Finanzdienstleistungen ermöglichen und dabei helfen, marginalisierten Gruppen einen Zugang zur Mittelschicht zu verschaffen. Indien will zudem die afrikanische Landwirtschaft



Indisch-Afrikanische Beziehungen. Foto: Amelia Broodryk / cc: by-sa

verbessern und als Partner gemeinsam mit Afrika globale Herausforderungen wie den Klimawandel, den Terrorismus und die Sicherheit des Cyberspace bestehen helfen sowie die Ozeane für alle Staaten offenhalten. Indien will vermeiden, dass Afrika erneut wie zur Kolonialzeit zum Spielball internationaler Rivalitäten wird. Gemeinsam mit Afrika will man multilaterale Institutionen wie die UN oder die Weltbank und den IWF so reformieren, dass sie künftig demokratischer und repräsentativer handeln.

Diese Liste von Kooperationsfeldern betont die indischen Stärken, z.B. im Bereich des Digitalen und der Bildung, und seine Interessen z. B. in der Landwirtschaft, der Sicherheit und der Anti-Terrorzusammenarbeit. Die Modi-Regierung will Afrika darin unterstützen, nicht zum Spielball chinesischer Politik zu werden, was in vielen afrikanischen Hauptstädten aufgrund des auf Schulden basierenden Entwicklungsmodells Chinas sicherlich auf Interesse stößt. Zwar bietet Indien Partnerschaft auf Augenhöhe, aber zugleich betont es auch seinen Führungsanspruch etwa bei den Bemühungen um die Reform des Multilateralismus und seiner globalen Institutionen und hofft auf die Unterstützung Afrikas bei der Forderung nach einem festen Sitz Indiens im UN-Sicherheitsrat. Realistischerweise hat Modi jeden Anklang von Rivalität mit China in diesen Kooperationsfeldern vermieden. Die Botschaft lautet: Indien sucht seinen ganz eigenen Weg in Afrika.

Handel und Investitionen

Bei größeren Schwankungen ist Indiens bilateraler Handel mit afrikanischen Staaten seit 2001 um durchschnittlich 14,2 Prozent pro Jahr gestiegen. Indien avancierte damit zum drittgrößten Handelspartner Afrikas. Als Anteil des Gesamthandelsvolumens Indiens ist der Handel mit Afrika in den letzten 20 Jahren nur von 7,6 auf 8 Prozent angewachsen, anders als bei den afrikanischen Staaten, für die er von 2,7 auf 6,4 Prozent anstieg, wie aus einer Analyse der „African Export-Import Bank" in Kairo und der „Export-Import Bank of India" in Mumbai von 2018 hervorgeht. Der Handel Afrikas mit China ist mehr als dreimal so groß (zum Vergleich: 2018 belief sich der Chinesisch-afrikanische Handel auf 185 Mrd. US-Dollar). Die erwähnten staatlichen und zwischenstaatlichen Handelsbanken hoffen, dass sich der afrikanisch-indische Handel bis 2021 auf 117 Mrd. US-Dollar ausweitet. Premier Modis „Make in India"-Exportoffensive hängt zu einem Teil vom erfolgreichen Anzapfen der Kaufkraft der neuen afrikanischen Mittelschicht ab.

Neben Südafrika und Nigeria, die mehr als 60 Prozent der indischen Exporte erhalten und 45 Prozent der indischen Importe aus Afrika ausmachen, sind Ägypten, Kenia, Angola und Tansania wichtige Handelspartner Indiens.

Die Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) bieten ein unausgeglichenes Bild, insofern als die ADI afrikanischer Länder in Indien etwa vier Mal so hoch sind wie umgekehrt. 2014 haben indische Firmen gut 15 Mrd. US-Dollar in Afrika investiert, afrikanische Investoren investierten in Indien gut 73 Mrd. US-Dollar, knapp ein Viertel der ADI in Indien überhaupt. Diese Mittel fließen zum größten Teil über das Steuerparadies Mauritius in den indischen Markt, schreiben die Exportbanken. Stellt man die vom Center for Global Integrity in Washington ausgewiesene Kapitalflucht der Länder südlich der Sahara (alleine durch überhöhte Rechnungsstellung, andere Formen der Kapitalflucht nicht mitgerechnet) in die Entwicklungsländer Asiens in Rechnung, erklärt sich der hohe Mittelzufluss nach Indien zumindest teilweise. Kumulativ auf 2014-2018 gesehen betrugen die Auslandsdirektinvestitionen Indiens in Nigeria, Südafrika und einigen nordafrikanischen Ländern zur Sicherung des Energiebedarfs dennoch 54 Mrd. US-Dollar. Damit stieg Indien zum viertgrößten Investor in Afrika auf.

Landgrabbing

Indien gehört zu den großen „Landgrabbern" unter den BRICS-Ländern in Afrika, um die Ernährungssicherung Indiens zu verbessern. Es will für 15-20 Jahre zwei Millionen Tonnen Getreide und fünf Millionen Tonnen Lebensmittelöle pro Jahr u.a. in Afrika produzieren und hatte zu diesem Zweck bereits 2015 eine Zusammenarbeit von Regierung und Privatsektor auf den Weg gebracht sowie u.a. bilaterale Investitionsschutzabkommen mit 13 Ländern in Afrika ausgehandelt. Der größte Teil dieser Landkäufe fand, begleitet von Protesten der Bevölkerung, in Äthiopien statt, 2013 waren es bereits 600.000 ha. Es gibt wohl kaum Fälle, bei denen die Landübertragungen ohne die Vertreibung der angestammten Landbevölkerung vonstatten gehen. Die indische Firma Karuturi hatte 100.000 ha in Äthiopien gekauft, das Land wurde aber nach langanhaltenden starken Protesten der Bevölkerung nationalisiert. Seither verlangt Karuturi Schadensersatz von der äthiopischen Regierung.

Insgesamt wird noch auf absehbare Zeit hin Indiens Austausch von Waren und Kapital mit Afrika weit hinter seinem Handel mit den Regionen Mittlerer Osten oder Südostasien zurückstehen, mit Ausnahme des Energiebereichs.

Indiens Sicherheitspolitik

Vier Themenbereiche bestimmen die indische Sicherheitspolitik mit Blick auf Afrika. Eine wesentliche Triebkraft ist auch hier die Rivalität mit China, allerdings auch das Sicherheitsinteresse der Handelsschifffahrt vor Piraterie und die Sicherheit indischer Seeleute.

- Indische Blauhelme: Seit Jahren ist Indien einer der größten Truppensteller für die Blauhelm-Bataillone der Vereinten Nationen, bis dato ca. 8000 (SWP 11, 2019). Auch weibliche Polizeikräfte hat Indien im Rahmen von Friedensmissionen entsandt. 80 Prozent der indischen Blau-

helme sind in Afrika stationiert, auf den Kontinent entfallen auch 70 Prozent der indischen Blauhelm-Opfer. Indien ist jedoch weiterhin bereit, Blauhelm-Verantwortung im Rahmen der Vereinten Nationen zu übernehmen. In letzter Zeit mehren sich jedoch kritische Stimmen in Indien, die angesichts der anwachsenden Zahl westlicher und chinesischer Blauhelme und dem geringen Einfluss Indiens auf die UN-Blauhelmpolitik die Höhe des indischen Blauhelmengagements infrage stellen.

- Anti-Piraterie und Anti-Terrorkampf: Indien ist Mitglied der internationalen Kontaktgruppe zu Somalia. Von 2008 bis 2013 haben indische Kriegsschiffe knapp 1200 eigene und fremde Handelsschiffe bei Anti-Piraterie-Patrouillen in somalischen Gewässern begleitet, 2018 auch eines des Welternährungsprogramms und der Operation Atalanta der EU. Sie haben dabei 13 Piratenangriffe abgewehrt. Sicherheit und Anti-Terrorkampf gehören zu den Hauptkooperationsbereichen der künftigen indisch-afrikanischen Zusammenarbeit, die Premier Modi 2018 in Uganda verkündete. Mit Mosambik, Tansania, den Seychellen und Nigeria hat Indien bereits Sicherheitsabkommen geschlossen. Von Entführungen und Terroranschlägen sind immer wieder indische Bürger oder die indische Diaspora betroffen, weshalb der Sicherheitsdialog und die Zusammenarbeit der Geheimdienste nun verstärkt und qualifiziert werden soll. Ein 2018 mit den Seychellen geschlossenes Abkommen soll die Basis für die Errichtung einer indischen Marine- und Luftwaffenbasis bilden. Das Parlament der Seychellen hat allerdings noch nicht zugestimmt.
- Militärische Ausbildung: Zwischen 1990 und 2000 wurden ca. 800 Marineoffiziere aus 12 afrikanischen Staaten ausgebildet, indische Armeeausbilder unterstützen Botswana, Sambia und die Seychellen bei der Offiziersausbildung.
- Rüstungskooperation: Reges indisches Interesse besteht am Rüstungsgüterverkauf. Hier trifft Indien aber auf die besonders harte Qualitäts- und Preiskonkurrenz der chinesischen Waffenexporte.

Indiens Hoffnung für gute Beziehungen mit Afrika ist seine „Softpower“: Dabei handelt es sich hauptsächlich um ca. drei Millionen überwiegend wohlhabender und einflussreicher indischstämmiger Menschen, die in Politik und Wirtschaft einen wichtigen Beitrag in ihren Ländern leisten.

Peter Lanzet

Der Autor, 1980/81 Geschäftsführer der issa, gestaltete 17 Jahre lang das Südasienprogramm von Brot für die Welt mit und baute danach die Fachstelle Entwicklungsfinanzierung und Entschuldung von BfdW auf. Heute arbeitet er ehrenamtlich im Lenkungskreis der deutschen Entschuldungsinitiative „erlassjahr.de“.

Bollywood und die ind



Film- und Videoproduktionen sind herausragende Beispiele dafür, wie die Kulturindustrie als Vehikel von Identität, Werten und Bedeutung Menschen für das Verständnis des Anderen und für Entwicklung öffnen können, sagte Koichiro Matsura, bis 2005 Unesco-Generaldirektor. Die ersten indischen Filme sind bereits in den 20er-Jahren in Ostafrika vorgeführt worden. Indisches und afrikanisches Publikum genossen die „Bombay Movies“, wie sie vor Bollywood genannt wurden. Ab den 1930er-Jahren bereicherten sie zunächst das Leben der vielen indischen Vertragsarbeiter und Migranten in Ostafrika, wurden aber bald zu einem gemeinsamen Kulturvergnügen auch des afrikanischen Publikums, schreibt Ned Berz in seiner Onlinepublikation „Bollywood in Afrika“.

Die heute als Bollywood bekannten indischen Filme sind in Afrika bereits seit sieben Jahrzehnten beliebt. Ihre Ausbreitung in Afrika beginnt Anfang der 50er-Jahre, nicht etwa in Ost- und Südafrika, wo der Großteil der indischen Diaspora lebt, sondern in Westafrika. Hier, besonders im Senegal und in Nigeria, einst importiert von libanesischen Händlern als billige Alternative zu Filmen aus dem Westen, stellten die Menschen sofort einen starken Bezug zu den Bollywood-Geschichten her. Die Hindi-Filme liefen ohne Untertitel oder gar Übersetzungen und doch sahen sie zahllose Menschen, häufig viele Male, und da die

isches Softpower



Themen sich wiederholten, verstanden sie bald genug, um den Geschichten zu folgen. Diese erzählten über das Leben im und den Kampf gegen den Kolonialismus und die Sehnsucht nach Befreiung. Die Armen und Ausgebeuteten oder auch Mythen stellten oft die wichtigsten Rollen in den Filmen, Themen, die europäische oder amerikanische Filme ignorierten. Sylviane Diouf vom Center for Research in Black Culture in New York bemerkt 2011, dass Bollywood ein Modell kulturellen Widerstands und einen Weg zwischen Tradition und Moderne anbot. Wie in Westafrika, ist auch in Indien die Familie besonders wichtig. Die Menschen verehren ihre Altvorderen, leben in Häusern mit allen Generationen zusammen, kleiden sich in langen Tuniken, Turbanen und Schleiern, essen mit den Händen und tragen Lasten auf dem Kopf. Tiere, auch Kühe, laufen überall in den Straßen frei herum. Große und lärmende Hochzeiten, Tänze und Gesänge sind üblich, ein rauschendes Farbenfest mit Geschichten voll romantischer Liebe, aber ohne Sex. Arrangierte Ehen, die Barrieren der Kasten und der ethnischen Zugehörigkeit, die Bedeutung der Familienehre, des guten Namens der Familie und der Religion sind zentrale Themen sowohl für Bollywood als auch für afrikanische Gesellschaften.

Der Film „Mother India“ etwa wurde 1957 zum ersten Mal in Dakar gezeigt und fand seinen Weg direkt in die Herzen der Menschen im Senegal. Er ist bis heute ein Hit in Afrika.

Indische Filme haben Haussa sprechende Musiker, Poeten und Autoren aus dem Norden Nigerias inspiriert. Das Wiedererstarken der islamischen Kultur im Gefolge der Iranischen Revolution 1979 ließ dort Bollywood in neuer Popularität erstrahlen. Ob Mädchenchor einer islamischen Schule oder Sufi-Männergruppe, alle sind Indienfans, sie alle singen Bollywood-Filmmelodien mit Haussa-Texten zum Lob des Propheten Mohammed. Zwar kritisierten die Fundamentalisten des Boko Haram in Nord-Nigeria diesen Trend seither, aber die Liebe der Region für Bollywood blieb stark.

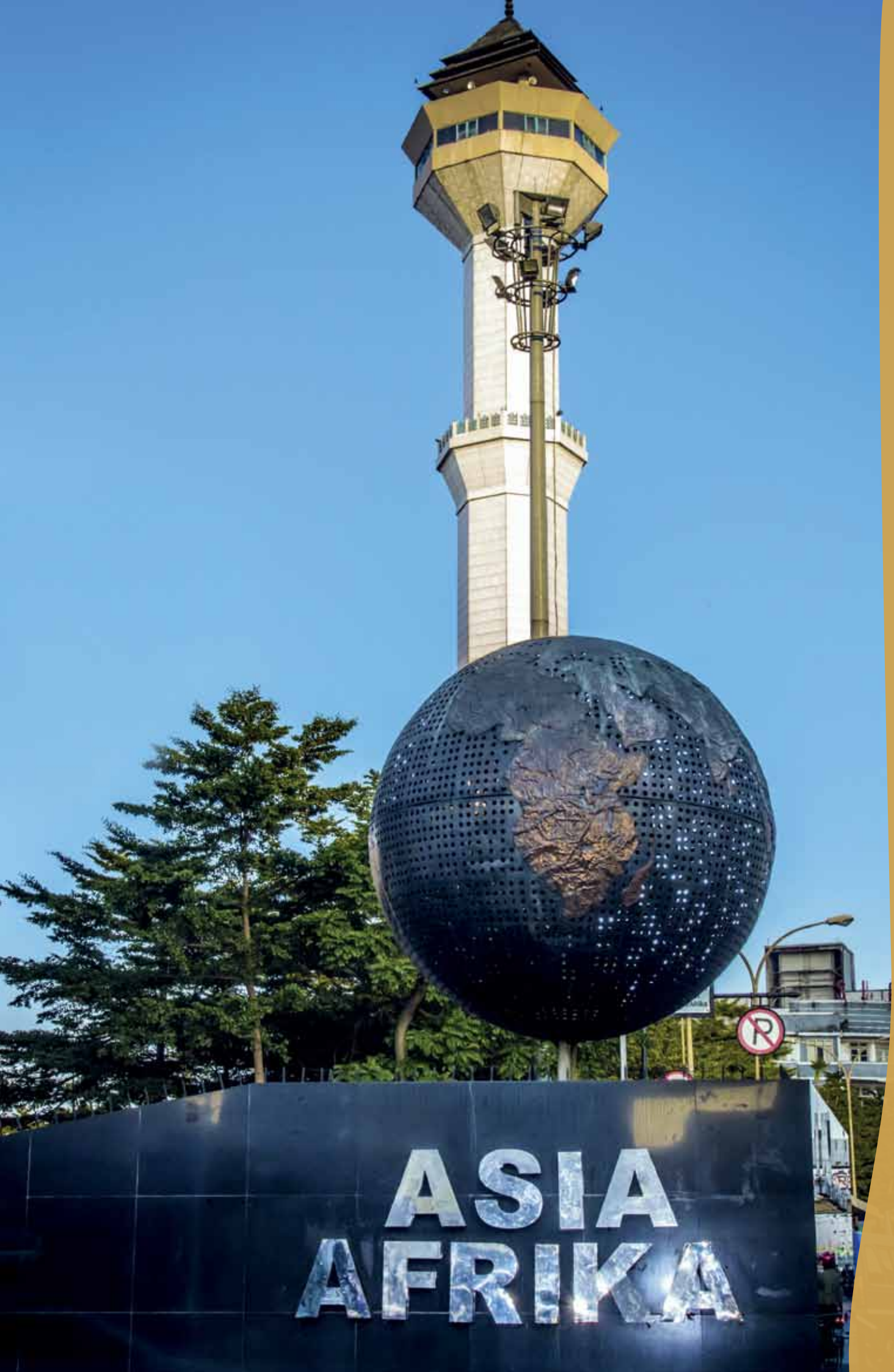
Bollywoods Geschichten drehen sich weiter um Korruption, Liebe, den Kampf der Frauen, Terrorismus, religiöse Fragen etc. Zwar gibt es starke Einflüsse der Kultur der Schwarzen in den USA und ihrer Geschichten, ihrer Musik, Gesang, Disko Tanz, Funk oder Michael Jackson. Aber Bollywood bleibt stark verwurzelt in den kulturellen Traditionen Indiens.

Nur wenige Regisseure des Genres schaffen Inhalte für die wohlhabende indische Diaspora in Afrika. Viele in Afrika wünschen sich, das afrikanische Kino würde Bollywood künftig nachbilden und dabei die eigenen kulturellen Perspektiven in den Mainstream heben. Ein Beispiel sind die Erfolge des in Indien geborenen Regisseurs und Produzenten Manish Mundra. Er kam 2005 als Öl-Manager nach Nigeria. Bollywood war dabei, allmählich seine Kraft als Erzähler von Geschichten über die Auseinandersetzung der Menschen mit den Herausforderungen ihres Lebens zu verlieren, schreibt der Filmkritiker Jeremy Luedi in Lagosi. Mundra schaffte es in Nigeria, wieder gute Bollywoodfilme zu zeigen. Sein Film „Newton“ war 2018 für einen Oscar nominiert.

Bollywood-Filme und Kricket haben im kulturellen Leben, bei der Unterhaltung sowie im Sport afrikanischer Gesellschaften einen festen Platz. Die indischen Außenpolitiker sind sich bewusst: Farruq Khan und Madhuri Dixit oder Sachin Tendulkar sind für das gute indische Image unbezahlbar.

Dr. Kanchana Lanzet

Die Autorin ist Kulturanthropologin von der Universität Puna in Indien. Sie arbeitete im Bereich medizinische Anthropologie und Frauenarbeit in der ländlichen Entwicklung in Asien und Afrika. In Deutschland war sie ehrenamtlich als 2. Vorsitzende für das deutsche Nationalkomitee UNWomen tätig und gestaltet z.Z. ein australisches Journal zur Sozialarbeit mit.


ASIA
AFRIKA